

Bericht

der Landesregierung

Umsetzung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung - 8. Bericht der Landesregierung gemäß Beschluss des Landtages vom 12. Juni 2015 „Toleranz und Weltoffenheit erhalten - Rechtsextremismus bekämpfen“ (Drucksache 6/1601-B)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
1. Einleitung.....	2
2. Die Anfänge – von der Wiedervereinigung bis zum ersten Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“.....	5
2.1 Einsetzung der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg	6
2.2 Gründung und Aufbau der ersten Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e.V. und der Mobilen Beratungsteams.....	8
2.3 Von der „Feuerwehr“ zur strukturierten Beratung	10
2.4 Gründung des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit	14
3. Das erste Handlungskonzept: „Tolerantes Brandenburg – Handlungskonzept der Landesregierung gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“	17
3.1 Initiierung und Gründung der Opferperspektive e.V.	20
3.2 Die erneute Gewaltdynamik Anfang der 2000er Jahre	21
3.3 Einsetzung der Härtefallkommission des Landes Brandenburg	23
4. Die Aktualisierung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“	24
5. Weitere Etappen des Beratungsnetzwerkes, der Koordinierungsstelle und im Land Brandenburg	31
5.1 Etappen innerhalb des Beratungsnetzwerkes	31
5.2 Etappen im politischen Raum.....	35
5.3 Entwicklung innerhalb der rechtsextremistischen Szene in Brandenburg.....	36
5.4 Die Fluchtbewegung und das „Bündnis für Brandenburg“	37
5.5 Herausgehobene weitere Aktivitäten der Koordinierungsstelle.....	41
6. Neue Herausforderungen	43
6.1 Rechtsextremismus und Rechtspopulismus.....	43
6.2 Islamistischer Extremismus	49
6.3 Antisemitismus	50
6.4 Unterstützung für eine digitale Zivilgesellschaft als Reaktion auf „Fake News“ und „Hate Speech“	51
7. Zusammenfassung und Ausblick.....	54
Literaturverzeichnis	58
Anhang.....	60

Vorwort

Vor 20 Jahren, am 23. Juni 1998, beschloss die Landesregierung das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“. Sie wollte und konnte nicht mehr zusehen, wie eine Gesellschaft durch eine Minderheit von ausländerfeindlichen und gewaltorientierten Menschen insgesamt in Misskredit zu geraten drohte. Brandenburg war damals mit dem Problem nicht alleine, aber wir waren eines der ersten Bundesländer, die koordiniert und auf Grundlage eines Regierungskonzeptes den breiten Schulterschluss zwischen Staat und Zivilgesellschaft suchten, um für ein demokratisches, friedliches und menschliches Miteinander einzutreten.

Noch vor dem „Aufstand der Anständigen“ im Jahr 2000 schlug Brandenburg damit einen konsequenten und vor allem nach außen deutlich wahrnehmbaren Weg ein. Dabei standen Repression und Prävention von Anfang an als zwei gleichrangige Handlungsansätze nebeneinander. Mit der Verabschiedung ging aber auch ein schmerzliches Selbsteingeständnis einher. Bis zu dieser Zeit waren alle relevanten Akteurinnen und Akteure davon ausgegangen, dass die fremdenfeindlichen Vor- und Überfälle vor allem Nebeneffekte des überaus schwierigen Transformationsprozesses seien, die Misere werde daher, so die Annahme, von selbst vorübergehen, sobald die größten gesellschaftlichen Verunsicherungen des Übergangs überwunden seien. Dass dies ein Trugschluss war, erwies sich als die entscheidende Einsicht. Tatsächlich bedurfte es eines starken Signals und konsequenten Handelns, um den Rechtsextremismus in Brandenburg einzudämmen.

Schnell erwarb das erste Handlungskonzept auch über Brandenburg hinaus breite Anerkennung. Viele in Brandenburg entwickelten Ansätze und Erfahrungen waren Vorbild für ähnliche Vorhaben in anderen Ländern oder auch auf Bundesebene. Das Handlungskonzept war dabei auch immer Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen. So wurden nicht nur die Ziele und Methoden sowohl des ersten als auch des zweiten Handlungskonzeptes wiederholt kritisch überprüft und an praktische Herausforderungen angepasst. Auch strukturell wurde wo immer möglich versucht, Synergieeffekte zu erzielen – nicht zuletzt mit der Integration des „Bündnisses für Brandenburg“ in die Koordinierungsstelle.

Im zwanzigsten Jahr des Handlungskonzeptes muss festgestellt werden, dass wir beträchtliche Erfolge erzielen konnten. Der Rückgang rechtsextremistischer Straftaten und das „genaue Hinsehen“ vieler Bürgerinnen und Bürger in ihren örtlichen Nachbarschaften sind nicht zuletzt Folgewirkungen des Handlungskonzeptes. Darauf kann Brandenburg zu Recht stolz sein.

Die Fluchtbewegungen und die gestiegene Zahl der bei uns Schutz suchenden Menschen haben jedoch jüngst dazu geführt, dass ähnlich wie in den neunziger Jahren Verunsicherung und Ängste zunehmen. Islamistischer Terror und ein Anwachsen des Antisemitismus sind gesellschaftliche Realität, vor der wir die Augen nicht verschließen dürfen. Resultat dieser Entwicklungen ist ein Wiedererstarben fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Strömungen. Hinzu kommt, dass europaweit rechtspopulistische Bewegungen entstanden sind, die auch vor Brandenburg nicht Halt machen.

Insofern bleibt trotz der Rückschau auf zwanzig erfolgreiche Jahre der Auftrag für das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ hoch aktuell: Damit wir auch in Zukunft in einem Brandenburg leben können, das von Toleranz, Respekt und einem friedlichen Miteinander geprägt ist, brauchen wir eine wachsame Zivilgesellschaft und einen Staat mit klarer Haltung. Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ schafft hierfür entscheidende Voraussetzungen.

1. Einleitung

Im Jahre 2018 feiert das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ sein 20-jähriges Bestehen. Der vorliegende Bericht an den Landtag bietet Gelegenheit, diese vergangenen zwei Jahrzehnte und große Entwicklungslinien Revue passieren zu lassen. Entgegen der vorherigen Landtagsberichte ist er als geschichtlicher Abriss konzipiert, wenngleich nur grobe Ausschnitte der Entwicklungen und der Arbeit dargestellt werden können.

Das Handlungskonzept selbst ist nicht ohne die aus ihm entwachsenen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure zu denken, die der Koordinierungsstelle zur Seite stehen.¹ Daher werden diese Partnerinnen und Partner der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ im vorliegenden Bericht ganz wesentlich zu Wort kommen. Ihre Sichtweisen auf die Entwicklungen der vergangenen Zeit, aber auch ihre Einschätzung der veränderten Herausforderungen in Gegenwart und Zukunft werden sich auf den folgenden Seiten wiederfinden. Außerdem bietet dieser Bericht die Gelegenheit, unseren Partnerinnen und Partnern für ihre Arbeit angemessen zu danken. Die Aktivitäten der Landesregierung wurden kontinuierlich in den Landtagsberichten der vergangenen Jahre dokumentiert, weshalb auf sie im Folgenden nur punktuell eingegangen wird. Das Hauptaugenmerk liegt auf der Darstellung der Entwicklungslinien des Beratungsnetzwerkes „Tolerantes Brandenburg“ und der Umsetzung des Handlungskonzeptes.

Die Entstehung des Beratungsnetzwerkes, die Entwicklung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ und der gleichnamigen Koordinierungsstelle spiegeln auch die Herausforderungen im Umgang mit dem Rechtsextremismus der frühen 1990er Jahre in unserem Land. Zuweilen entwickelten sich Schwerpunkte der Arbeit des Beratungsnetzwerkes und der Koordinierungsstelle erst aufgrund jeweils aktueller rechtsextremistischer Tendenzen. Daher wird in dem vorliegenden Bericht an diejenigen Stellen, an denen es für das bessere Verständnis notwendig ist, die Entwicklung des Rechtsextremismus in gebotener Kürze wiedergegeben.

Der Brandenburger Verfassungsschutz kennzeichnet die Geschichte des Rechtsextremismus in unserem Land als brutal und blutig. Die Liste seiner Opfer ist lang. 18 Menschen wurden von Rechtsextremisten aus dem Leben gerissen.² Die Umstände dieser Todesfälle glichen nach Einschätzung des Verfassungsschutzes nicht selten exzessiven Gewaltorgien. Diese trugen sich in einem transformationsbedingten ordnungspolitischen Vakuum zu, welches im Zuge des umfassenden Systembruchs von 1989/90 entstanden war und nur unter Einsatz von massiver rechtsstaatlicher Repression, Prävention sowie zivilgesellschaftlicher Aktivität nach und nach wieder gefüllt werden konnte. Parallel dazu verlief ein schwieriger politischer Erkenntnis- und Lernprozess.

Im Jahr 1991 begann eine massive Gewaltwelle, die von der Zivilgesellschaft und den Medien mit großer Besorgnis und erhöhter Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Betroffene dieser Gewaltwelle waren vor allem Asylbewerberinnen und Asylbewerber, Ausländerinnen und Ausländer sowie deren Wohnheime, aber auch politisch andersdenkende Menschen. Aus der Besorgnis innerhalb der Zivilgesellschaft, aber

¹ Dieses ist im Wesentlichen das Beratungsnetzwerk, bestehende aus dem Aktionsbündnis, den Mobilien Beratungsteams (MBT), den RAAs sowie der Brandenburgischen Sportjugend.

² Die Zahl könnte auch noch höher liegen. Das „Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam“ hatte 2015 in seinem Forschungsprojekt „Überprüfung umstrittener Altfälle Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt im Land Brandenburg seit 1990“ festgestellt, dass es für den Zeitraum 1990 bis 2008 u.a. fünf weitere Fälle gibt, bei denen die politische Motivation nicht oder nicht mehr aufgeklärt werden konnte. Vgl. Kopke, Christoph/Gebhard Schultz: Forschungsprojekt „Überprüfung umstrittener Altfälle Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt im Land Brandenburg seit 1990“. Abschlussbericht, Potsdam 2015, https://mik.brandenburg.de/media_fast/4055/MMZ_Abschlussbericht.pdf (zuletzt gesichtet am 16.05.2018).

auch der Landesregierung erwachsen zunehmend Initiativen, die das rechtsextreme Treiben eindämmen und abwehren sollten. So nahmen bereits in den Jahren 1991/92 die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e.V. (RAA Brandenburg) und das Mobile Beratungsteam (MBT) ihre Beratungstätigkeit auf. Der Zuschnitt damaliger konzeptioneller Ansätze des MBT sowie der RAA Brandenburg macht klar, dass zu diesem Zeitpunkt noch angenommen wurde, dem „Jugendphänomen Rechtsextremismus müsse mit sozialpädagogischen Mitteln“ begegnet werden und „gegen die Ausländerfeindlichkeit helfe vor allem Aufklärungsarbeit“³.

Angesichts der Erfahrungen der Folgezeit sowie der sich nicht grundlegend ändernden Gesamtsituation sollte sich diese Auffassung im Jahr 1997 wesentlich ändern: Nach einer Diskussion mit jungen Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten an einer Brandenburger Schule gestand der damalige Ministerpräsident Manfred Stolpe ein, dass der Rechtsextremismus tatsächlich ein tiefgreifendes Problem im Land Brandenburg darstelle, bei dem es sich überdies um ein gesamtgesellschaftliches Phänomen handele.⁴ Dies stellte ein zum damaligen Zeitpunkt bundesweit beispielloses öffentliches Bekenntnis zu einer politischen Fehleinschätzung dar. In seiner Regierungserklärung vor dem Brandenburger Landtag vom 20. August 1997 untermauerte Stolpe die Notwendigkeit eines gesamtgesellschaftlichen Handlungsansatzes:

„[D]ie Bekämpfung von Gewaltkriminalität, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit [bleibt] eine vordringliche Aufgabe. Der Prävention kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Eine wirksame Vorbeugung scheint nach allen Erfahrungen aus dem In- und Ausland nur möglich, wenn sie von der Gesellschaft betrieben wird. Deshalb hat die Landesregierung Repräsentanten gesellschaftlich bedeutsamer Kräfte in Brandenburg zur Bildung des "Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit" aufgerufen, das sich am 22. Mai diesen Jahres [sic!] konstituiert hat. Für diejenigen aber, die andere Menschen durch Gewalt oder Diskriminierung in ihrer Gesundheit und Menschenwürde verletzen, gibt es keine Entschuldigung; sie müssen wissen, daß sie harte Strafen treffen. Sie treten nicht nur die Menschenwürde mit Füßen und fügen ihren Opfern oft nicht wiedergutzumachendes Leid zu – sie sind eine Schande für unser Land.“⁵

Rückblickend räumte Stolpe ein, dass er zuvor die sich in der Bevölkerung verfestigten fremdenfeindlichen und rassistischen Ressentiments unterschätzt habe. In einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ stellte er im Jahr 2000 fest:

„Ich wollte es einfach nicht wahrhaben. Ich lebte mit der Vorstellung, dass bei den jungen Leuten doch etwas hängen geblieben sein müsse von dem Antifaschismus, dem Internationalismus und der Solidarität mit Menschen aus anderen Ländern, die an den DDR-Schulen gelehrt wurden. Ich hatte nicht geglaubt, dass das alles so vorbeigerauscht ist.“⁶

Mit der Gründung des Aktionsbündnisses wurde in Brandenburg im Jahr 1997 ein bundesweit einzigartiger Weg beschritten. Schnell entstand ein weit über die Landesgrenzen hinaus anerkanntes System der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Staat.

Parallel zur Konstituierung des Aktionsbündnisses wurde die Notwendigkeit eines abgestimmten Vorgehens der Regierung erkannt. Das aus dieser Erkenntnis heraus erarbeitete Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ wurde schließlich am 23. Juni 1998 im Rahmen einer Kabinetttvorlage beschlossen. Eine Aktualisierung des Konzeptes erfolgte im Jahr 2005. Mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes

³ Wilking, Dirk: Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aufnehmen: 20 Jahre mobile Beratung im Land Brandenburg. In: Ders./Michael Kohlstruck (Hrsg.): Einblicke IV. Ein Werkstattbuch, Potsdam 2012, S. 16-29, hier S. 13.

⁴ Vgl. <http://www.alt.aktionsbueundnis-brandenburg.de/aktuelles/aktionsbueundnis-feierte-jubilaem> (zuletzt gesichtet am 16.05.2018).

⁵ Stolpe, Manfred: „Den Brandenburger Weg neu bestimmen.“ Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Manfred Stolpe, vor dem Brandenburgischen Landtag am 20. August 1997, <http://www.stk.brandenburg.de/reden/1997/p2008a.htm> (zuletzt gesichtet am 16.05.2018).

⁶ Staud, Toralf: „Ich wollte es nicht wahrhaben“ (Gespräch mit Manfred Stolpe). In: DIE ZEIT, Nr. 39, 21.09.2000, https://www.zeit.de/2000/39/ich_wollte_es_nicht_wahrhaben/komplettansicht (zuletzt gesichtet am 16.05.2018).

Brandenburg“ und dem Handlungskonzept wurden – ebenfalls bis dahin einmalig – für ein gesamtes Bundesland Prävention, Intervention und Repression im Bereich des Rechtsextremismus aufeinander abgestimmt sowie Beratungs- und Unterstützungsstrukturen aufgebaut. Alle Akteurinnen und Akteure, sowohl staatliche als auch auf zivilgesellschaftliche, sollten fortan auf einer gemeinsamen Grundlage arbeiten.

Die Ausführungen im vorliegenden Bericht basieren zu einem wesentlichen Teil auf Zeitzeugenberichten und Beiträgen von Akteurinnen und Akteuren des Beratungsnetzwerkes „Tolerantes Brandenburg“: Aktionsbündnis, Brandenburgische Sportjugend, MBT, Opferperspektive und RAA Brandenburg. Hinzu kommen ein historischer Abriss von Dr. Bernd Wagner, Geschäftsführer von EXIT Deutschland, ein Bericht des Verfassungsschutzes des Landes Brandenburg sowie ein eigens von der Koordinierungsstelle geführtes Interview mit der ersten Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg, Almuth Berger, gemeinsam mit ihrer damaligen Mitarbeiterin Ines Schröder-Sprenger.

Eine wesentliche Erkenntnis der hier zusammengetragenen Informationen und Erfahrungen sei vorweggenommen: Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist ein langwieriger und kontinuierlicher Prozess. Dieser Prozess ist bis heute nicht abgeschlossen. Vielmehr gewinnt er sogar erneut an Brisanz. Auch dies wird der vorliegende Bericht deutlich belegen.

2. Die Anfänge – von der Wiedervereinigung bis zum ersten Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland erstarkte der damals bereits als vermeintlich historisches Auslaufmodell angesehene deutsche Rechtsextremismus wieder. Seit den 1980er Jahren prägte sich in Westdeutschland eine modernisierte rechtsradikale Soziokultur aus. Ansätze zur Herausbildung einer rechtsextremistischen Subkultur gab es ebenso in der DDR. Das führte in den frühen 1990er Jahren dazu, dass der Rechtsradikalismus zu einer lebenskulturell verankerten, ideologisch, politisch vielgestaltigen Bewegung wurde. Das hat sich bis in die heutige Zeit deutlich ausdifferenziert und teilweise sogar verstärkt. Auffällig waren die Militanz und die allgegenwärtige Gewalttätigkeit der Bewegung und ihrer netzwerkartig formierten Gruppen, die sich aktionsorientierter als früher präsentierten.

Im gesamten Bundesgebiet herrschte eine nationalistische und rassistische Stimmung. Dies führte auch in Brandenburg zu Pogromen und Angriffen insbesondere auf Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter, Geflüchtete sowie Migrantinnen und Migranten, aber auch allgemein auf Menschen, die nicht dem Menschenbild der rechten Ideologie und Soziokultur entsprachen.

Im Jahr 1990 wurde der Pole Andrzej Frątczak, ein Arbeiter im Kraftwerk Vetschau, in Lübbenau von Skinheads getötet. Damit war das erste Todesopfer rechter Gewalt nach der Wiedervereinigung in Brandenburg zu beklagen. Nur wenige Monate später wurde der angolanische Vertragsarbeiter Amadeu Antonio Kiowa von Jugendlichen in Eberswalde erschlagen.

Früh bildeten sich in Brandenburg Schwerpunkte der rechtsextremen Entwicklung heraus, die im Ring um Berlin und in den ehemaligen Bezirks- und Kreisstädten begann. Städte, die für Schlagzeilen sorgten, waren Cottbus, Potsdam, Frankfurt/Oder, Velten, Oranienburg, später auch Königs Wusterhausen, Eberswalde, Mahlow, Schwedt, Wittenberge. In nahezu allen größeren Orten Brandenburgs wurden rechtsradikale Vorkommnisse registriert.

Sowohl Wagner als auch der Verein Opferperspektive konstatieren in diesem Zusammenhang, dass die deutlich sichtbare Problematik von den politischen Parteien und Regierungen der neuen Bundesländer nicht hinreichend wahr- und ernst genommen wurde. Auch Brandenburg musste sich als neues Bundesland erst selbst (er-)finden. Die Wendezeit verlangte den Brandenburgerinnen und Brandenburgern enorme Anpassungsleistungen an ein neues Gesellschafts- und Wirtschaftssystem ab. Hieraus resultierten große Unsicherheiten, Ängste sowie z.T. massive Entwertungserfahrungen hinsichtlich der Biografien und Berufswege. Die Menschen waren in erster Linie damit beschäftigt, sich selbst in der neuen Zeit zu orientieren und ihren Platz zu finden.

Fragen der inneren Sicherheit sowie der sozialen Ausgestaltung demokratischer Strukturen gerieten zunächst in den Hintergrund. Die rechte Gewalt wurde deutlich unterschätzt und, ebenso wie die Täterinnen und Täter und ihre ideologisch-soziokulturellen Aktionsgruppen selbst, oftmals von Polizei, Justiz, Wissenschaft und in der Politik als „jugendtypisch“ verharmlost.

Der Verein Opferperspektive resümiert, dass damals durch Politik, Sozialarbeit und Medien eine Entpolitisierung selbst schwerster rechter Gewalttaten stattfand. Mehr noch: Es wurde den Täterinnen und Tätern Verständnis entgegengebracht, indem man ihre Taten überwiegend mit dem Frust abgehängter Jugendlicher, sog. „Wendeverlierer“, erklärte. Gesellschaftliche Solidarisierungsprozesse mit den Be-

troffenen blieben hingegen aus, so dass diese noch weiter ins Abseits gedrängt wurden. Die Täterinnen und Täter fühlten sich dadurch in ihren Handlungen bestärkt.

Überdies fehlte es an effektiven Maßnahmen zur Bekämpfung rechtsextremer Gewalt und Straftaten. Generalstaatsanwalt Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg hält rückblickend fest: „Eine effektive Strafverfolgung und damit auch eine zügige Aburteilung der rechtsextremen Straftäter fand nicht statt.“⁷ Erst spät wurden spezifische staatliche Maßnahmen, etwa Organisationsverbote und polizeilich-justizielle Repression, der Gewaltwelle entgegengesetzt. Hierzu zählt das zwischen 1992 und 1996 durchgeführte Bundesprogramm „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG). Dieses erste auf die Jugend zielende zivile Programm, verantwortet von der damaligen Jugendministerin Angela Merkel, konzentrierte sich räumlich insbesondere auf die ostdeutschen Länder und inhaltlich primär auf allgemeine Aggressionen und Gewalt.

2.1 Einsetzung der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg

Im Jahr 1991, zu einer Zeit, als im Land eine massive Gewaltwelle anbrach, setzte Brandenburg als eines der ersten ostdeutschen Bundesländer mit Almuth Berger eine Ausländerbeauftragte auf Landesebene ein. Das Amt wurde dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen (MASGF) unter Dr. Regine Hildebrandt zugeordnet. Von Anbeginn verfolgte sie mit besonderer Aufmerksamkeit die Entwicklungen und Herausforderungen des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit.

In den ersten Jahren wurde, so Berger, die Arbeit der Ausländerbeauftragten mit der Herausforderung konfrontiert, dass die fremdenfeindlichen und rechtsextremen Vorfälle zwar in der Öffentlichkeit diskreditiert wurden, innerhalb der Verwaltung jedoch eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Problematik erst am Anfang stand. Dies drückte sich etwa darin aus, dass auch den Opfern der Übergriffe eine gewisse Mitschuld zugedacht wurde. Diesen Ansichten traten Berger und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entschieden entgegen, was zuweilen intern zu Unmut gegenüber dem Büro der Ausländerbeauftragten führte.

⁷ Rautenberg, Erardo Cristoforo: Die Verfolgung rechtsextremer Straftaten im Land Brandenburg und deren mögliche Ursachen. In: Julius H. Schoeps/ Gideon Botsch/Christoph Kopke/Lars Rensmann (Hrsg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin 2007, S. 221-229.

Die Anfang der 1990er Jahre einsetzende Gewaltwelle ging mit der Aufnahme von zahlreichen Geflüchteten einher. Gründe waren der Krieg in Jugoslawien, die Entwicklungen in der Sowjetunion und (Bürger-)Kriege in Afrika. Die neuen Bundesländer nahmen trotz fehlender Strukturen und Erfahrungen viele Geflüchtete auf. Parallel dazu nutzten rechtsextreme Kader aus den westdeutschen Bundesländern das gesellschaftliche Klima, um erfolgreich Strukturen in Ostdeutschland aufzubauen. Besondere mediale Aufmerksamkeit erfuhren damals die Ereignisse in Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992). Viele der Strukturen lösten sich aus unterschiedlichen Gründen frühzeitig wieder auf oder wurden durch Verbote zerschlagen. Neonationalsozialisten und Neonationalsozialistinnen⁸ spielten im Land mit Blick auf das Personenpotential anfänglich eine eher nachgeordnete Rolle. Prägend waren zunächst neben dem gewaltbereiten Personenpotential auch die Parteien. Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) oder die von 1999 bis 2009 im Landtag Brandenburg vertretene „Deutsche Volksunion“ (DVU) hatten in dieser Gemengelage jedoch zunächst noch nicht die Bedeutung, die ihnen später vorübergehend zufallen sollte.

In dieser Zeit musste die Ausländerbeauftragte ein ums andere Mal darauf hinweisen, dass Menschen, die als (vermeintliche) Ausländerinnen und Ausländer identifiziert werden, im Alltag ihr Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit nur eingeschränkt wahrnehmen können. Es existierten öffentliche Orte, an denen scheinbar „Fremde“ einen Speißrutenlauf an Beleidigungen und Drohungen über sich ergehen lassen mussten. Brandenburg belegte in jener Zeit einen traurigen Spitzenplatz auf der Rangliste rechtsextremer und fremdenfeindlich motivierter Gewaltstraftaten im Bundesgebiet. Infolge dieser Entwicklungen verließen Anfang der 1990er Jahre Flüchtlinge verängstigt ihre Flüchtlingsunterkünfte in Richtung Westdeutschland und viele Asylbewerber und Asylbewerberinnen baten darum, nicht auf die Unterkünfte im Osten Deutschlands verteilt zu werden. Mithin, und dies gilt es deutlich hervorzuheben, war bis Ende der 1990er Jahre ein großes fremdenfeindliches, rassistisches und rechtsradikales Potential inmitten der Brandenburger Gesellschaft vorzufinden.

Entgegen von Politik und Verwaltung spendeten die Zivilgesellschaft und partiell die Medien, angesichts der im Alltag erlebbaren massiven rechtsextremen Angriffe auf (vermeintliche) Ausländerinnen und Ausländer, Linke, Homosexuelle, „Asoziale“ und jüdische Einrichtungen, der Entwicklung deutlich mehr Aufmerksamkeit und Besorgnis. Recht früh entstanden bereits einige wenige Initiativen, die den Versuch unternahmten, gegen die dominante gesellschaftliche Stimmung anzukommen. Viele Bürgerinnen und Bürger wollten sich nicht mehr allein auf behördliche Maßnahmen verlassen. Unabhängige Gruppen, Vereine und Initiativen formierten sich und begannen selbst aktiv zu werden. Vielfach begaben sich diese Initiativen und Organisationen im politischen und sozialen Bereich auf neues Terrain, weshalb die Akteurinnen und Akteure zunächst nicht selten unerfahren waren. Anders als in den westlichen Bundesländern waren in der Wendezeit kaum zivilgesellschaftliche Strukturen vorhanden. Demokratische Parteistrukturen mussten erst aufgebaut und etabliert werden. Die Kirchen verfügten im Vergleich zu den alten Bundesländern nur über kleine Gemeinden und eine geringe Wirkkraft. Darüber hinaus waren auch die Gewerkschaften gezwungen, zunächst einmal neue Strukturen zu bilden. Es fehlte häufig an einer grundlegenden (politischen) Orientierung in der Bewertung und im Umgang mit rechtsextremen und fremdenfeindlichen Entwicklungen. Es mangelte ebenso an effektiver Vernetzung und an

⁸ Neonationalsozialistinnen und Neonationalsozialisten verhalten sich grundsätzlich parteifern, da sie die parlamentarische Demokratie und damit auch rechtsextremistische Parteien ablehnen. Sie sind organisiert, hochgradig ideologisiert und an einem System analog zum historischen Nationalsozialismus ausgerichtet. Im Zuge zahlreicher Verbote neonationalsozialistischer Organisationen fand jedoch in Teilen der Szene eine Neuausrichtung statt. Einige traten zwischenzeitlich der NPD bei, um dort ihre Ziele unter dem Schutzschirm des Parteienrechts weiterzuverfolgen, andere gründeten eigene Parteien, auch motiviert durch die Hoffnung, Verbote zu erschweren.

ausreichendem Wissen über Strukturen und Strategien der Rechtsextremen. Diese Unerfahrenheit wurde durch das enorme Engagement aufgefangen.

Die anfänglichen Schwierigkeiten sind im Laufe der Zeit vielerorts einer eingespielten Professionalität gewichen. Es bildeten sich viele Partnerschaften zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren und staatlichen Behörden aus. So wurde die Zivilgesellschaft in den 1990er Jahren zum Hauptträger der Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus. Sie versuchte sich gegen die massiven, mitunter pogromartigen, ausländerfeindlichen Ausschreitungen zu stellen, schützte Unterkünfte und warb für die Freiheit, Würde und Integrität jedes Menschen. Allen voran waren es Menschenrechtsinitiativen und christliche Gemeinden, die hier wertvolle Arbeit leisteten. Die heutigen zivilgesellschaftlichen Strukturen Brandenburgs nahmen von diesen Initiativen ihren Ausgang. So haben bspw. das *Zentrum Demokratische Kultur* (1997) und die spätere Initiative *EXIT-Deutschland* (2000), die gezielte Deradikalisierungshilfen für extremistische Personen und Gruppen anbietet, in jener Zeit ihren Ursprung.

2.2 Gründung und Aufbau der ersten Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e.V. und der Mobilen Beratungsteams

Auch die Gründung und der Aufbau der RAA in den neuen Bundesländern im Jahr 1991 sind auf die damaligen Ereignisse zurückzuführen. Sitz des RAA-Vereins war Berlin, ab 1992 entstanden auch in Brandenburg die ersten Niederlassungen. Die RAA Brandenburg ist seit 1995 ein eigenständiger Verein. Gefördert wurde der Aufbau der RAA-Niederlassungen durch die Freudenberg Stiftung, das Bildungsministerium und durch die Ausländerbeauftragte.

Zunächst beruhte das Konzept der RAA-Niederlassungen auf den seit 1980 in Nordrhein-Westfalen entwickelten RAAs, die dort in der kommunalen Verwaltung angesiedelt waren. Den inhaltlichen Schwerpunkt bildete zunächst die Förderung der Integration von Zugewanderten. Allerdings wurde recht schnell klar, dass in den neuen Ländern die Auseinandersetzung mit rassistischer und rechtsextremer Gewalt durch die RAAs prioritär zu behandeln war; Integrationsfragen traten zunächst in den Hintergrund.

Daher wurden viele der Niederlassungen dort angesiedelt, wo es zu Übergriffen kam. Bedingung für die Landesfinanzierung war die kostenlose Bereitstellung eines Büroraumes seitens der jeweiligen Kommune. Unter dieser Voraussetzung war es möglich, dass abgeordnete Lehrkräfte des Landes über Abminderungsstunden zusammen mit pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die durch die Ausländerbeauftragten finanziert wurden, in einer Kommune für die RAA tätig werden konnten. Der Ausbau der Niederlassungsstruktur in Brandenburg erfolgte im Rahmen des Bund-Länder-Kommission-Modellversuchs „RAA Neue Länder“ (1993-1996).

Die einzelnen RAA-Niederlassungen wurden rasch zu wertvollen Anlaufstellen. Ihre wichtige Rolle beschreibt eine Lehrerin aus einer Berlin-fernen Region folgendermaßen: „In dieser Zeit gab es so gut wie keine Ansprechpartner vor Ort, die sich mit diesen Problemen praktisch auseinandergesetzt haben. Ich habe sie bei der RAA gefunden. Sie haben zugehört, beraten und mich in meiner Schule unterstützt.“ Neben der persönlichen Beratung hat die RAA auch eine Fülle von Materialien für Schule und Jugendarbeit erarbeitet und zur Verfügung gestellt. Dies geschah alles zu einer Zeit, als noch keine Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus existierten, die mittlerweile zahlreiche und hilfreiche Materialien angereicht haben.

Gleichzeitig hat sich die RAA Brandenburg von Anfang an für die Integration Zugewanderter eingesetzt. Das Engagement reichte vom Deutschunterricht über die Arbeit mit Eltern und Kindern in Flüchtlingseinrichtungen bis hin zur Anbahnung von regionalen Unterstützungskreisen für diese schwächste Gruppe der Zugewanderten. Die Begleitung der in Brandenburg entstandenen regionalen und kommunalen Netzwerke und die Unterstützung der kommunalen Integrationsbeauftragten waren und sind weiterhin ein wichtiger Teil der Arbeit.

Die beratende Funktion der RAA erlangte vor dem Hintergrund der rassistischen und rechtsextremen Gewaltwelle zunehmend an Bedeutung. Im Mai 1992 wurde der nigerianische Asylbewerber Steve Erenhi von einer Gruppe Neonazis in Wendisch-Rietz beinahe zu Tode geprügelt.

Ein Jahr zuvor, am 3. Mai 1991, stürmten etwa 40 Wittenberger ein Wohnhaus, in dem Namibier untergebracht waren und stießen zwei Namibier von der Balkonbrüstung im 4. Stock. Der pogromartigen Stürmung des Wohnhauses gingen Streitigkeiten zwischen Afrikanern und deutschen Jugendlichen voraus. Die Presse berichtete bundesweit über die fremdenfeindliche Gewalt in Wittenberge. Auch standen Vorwürfe im Raum, dass die Polizei sehr nachlässig ermittle.⁹

Während in den betroffenen Kommunen häufig die Frage dominierte, wie eine Überwindung des schlechten Images bzw. der medialen Berichterstattung erreicht werden kann, fanden sich auch einzelne Personen, die eine nachhaltigere Beschäftigung mit Rassismus anstrebten. Hierbei rückten Fragen nach dem richtigen Weg, den Bedürfnissen vor Ort und nach potentiellen Unterstützungsformen seitens der Landesregierung in den Vordergrund. Das war die „Geburtsstunde“ der Mobilen Beratung in Brandenburg bzw. im gesamten Bundesgebiet; der „Geburtsort“ war gewissermaßen die Stadt Wittenberge.¹⁰

Überlegungen zum Aufbau eines Mobilen Beratungsteams äußerten damals zur gleichen Zeit verschiedene Personen innerhalb von Politik und Zivilgesellschaft. Ihnen war die Idee gemein, akut auf Situationen und neue Problemlagen reagieren, zugleich aber längerfristig vor Ort beratend aktiv sein zu können. Die bisher genutzten „Runde Tische“ erschienen vielen Akteuren angesichts der Entwicklungen jedenfalls nicht mehr ausreichend.

Im Ausgang eines Gespräches der damaligen Bildungsministerin Marianne Birthler mit Almuth Berger und Ines Schröder-Sprenger entstand die Idee, Ralf-Erik Posselt für den Aufbau eines MBT zu gewinnen; Posselt arbeitete bereits in Nordrhein-Westfalen im Bereich Anti-Rassismus. Nahezu gleichzeitig formulierte auch Hildebrandt die Idee einer „Feuerwehr“ gegen Rechtsextremismus, weshalb sie ebenfalls die Idee eines MBT unterstützte. Schließlich wurde der Einsatz eines Sozialarbeiters zur Unterstützung in Wittenberge entschieden. 1991 nahm Axel Zimmermann als erster Sozialarbeiter die Arbeit mit den Menschen in Wittenberge auf. Die offizielle Gründung des MBT folgte dann im Jahre 1992.

Da man in der Landesregierung zu diesem Zeitpunkt noch von einem Jugendproblem ausging, lag der Fokus auf der Jugendarbeit. In der Praxis stellten sich allerdings sehr rasch weitere Arbeitsschwerpunkte heraus: Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen, Erwachsenenarbeit und die Vernetzung von Jugendarbeit, Stadtverwaltung, Kirche und Sicherheitsbehörden. In diesem ersten Beratungsprozess, der

⁹ Die Darstellung der Beratungsfälle sowie der Entwicklungsschritte des MBT Brandenburg beruhen, sofern nicht anders gekennzeichnet, auf einer Zusammenfassung von Wilking, Dirk: Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aufnehmen.

¹⁰ Ebd., S. 16.

mit der Entwicklung des ersten MBT-Konzeptes einherging, kristallisierten sich bereits wesentliche methodische Grundlagen der heutigen Mobilen Beratung heraus:

- Skandalisierungen vermeiden;
- Hingehen, Hinschauen, Nachfragen;
- gemeinsam mit Akteurinnen und Akteuren vor Ort Möglichkeiten eruieren und ein maßgeschneidertes Konzept entwickeln;
- prozesshafte Umsetzung in die Praxis (Prinzip „Versuch und Irrtum“).

Die Gründung der RAA Brandenburg sowie der Aufbau des MBT waren wichtige Meilensteine für das später beschlossene Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“. Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse dienten nicht zuletzt auch als Anregungen und schafften Grundlagen für die Formulierung des Handlungskonzeptes. Mit der Leitformel „Erkennen, deuten, handeln“ wurden die Paradigmen in die Zukunft übersetzt.

2.3 Von der „Feuerwehr“ zur strukturierten Beratung

Wie hoch dynamisch die Zeiten waren, illustrieren folgende Ereignisse: Am 26. September 1992 ereignete sich ein Brandanschlag auf die jüdischen Baracken im Konzentrationslager Sachsenhausen. Der Brandanschlag war ein Moment des „Aufwachens“, da er eine offene Konfrontation mit der Vergangenheit des Nationalsozialismus, der „deutschen Schuld“ und der Verantwortung gegenüber jüdischen Menschen darstellte. Mit dem Anschlag gingen desaströse Pressestimmen im Ausland sowie damit verbundene Befürchtungen ausländischer Investorinnen und Investoren und Unternehmerinnen und Unternehmer in Brandenburg einher.

1993 wurde im heutigen Bad Belzig am 8. Mai der marokkanische Asylbewerber Belaid Baylal in einer Gaststätte brutal zusammengeschlagen und erlag im November 2000 den Folgen des Angriffs. Im selben Jahr eskalierte in Schwedt/Oder die rechtsextremistische Gewalt. Uta Leichsenring, seinerzeit Polizeipräsidentin, erklärte damals: „[G]anz konkret liegt Schwedt damit an der Spitze bei uns im Präsidialbereich und stellt für uns also auch einen Brennpunkt dar – gerade bei diesen [rechtsmotivierten] Straftaten“¹¹. Im Ausgang dieser Serie von organisierten rechtsextremen Gewalttaten bat die Ausländerbeauftragte das MBT, in Schwedt aktiv zu werden.

Das MBT sollte wie bereits 1992 in Wittenberge als eine Art „Feuerwehr“ in Schwedt/Oder Hilfe leisten. Jedoch hatte die Stadt nach Aussage des MBT Schwierigkeiten damit, das MBT zu tolerieren, geschweige denn als Partner zu akzeptieren, weshalb den Beratenden wesentliche Anknüpfungspunkte fehlten. Erschwerend kam hinzu, dass sich die Einschätzungen der Zuständigen in der Stadt grundsätzlich von denen des MBT unterschieden. Der Beratungsprozess endete erfolglos, er erwies sich sogar als gefährlich für das MBT und deren Beratungsnehmerinnen und Beratungsnehmer: So wurde bei einer städtischen Veranstaltung eine Gruppe Rechtsextremer als Sicherheitsdienst eingesetzt. Die Veranstaltung eskalierte und ein Veranstalter wurde von Rechtsextremen aus dem Saal gejagt. Es gelang ihm zunächst, zu fliehen, doch die Schläger holten ihn ein. Sie traten ihn zusammen und er blieb mit Nasenbeinbruch und Gehirnerschütterung liegen. Ein MBT-Mitarbeiter wollte ihm zu Hilfe kommen, wurde aber sofort ebenfalls zum Angriffsziel der Rechtsextremen. Dem MBT-Mitarbeiter gelang knapp

¹¹ Demurray, Enrico/Gesine Enwaldt: Die Stadt gehört uns - Rechte Gewalt in Schwedt 1993 (Film), Erstausstrahlung ARD 1993, <https://www.youtube.com/watch?v=59iYMZfVpeY>, zuletzt gesichtet am 16.03.2018.

die Flucht. Die Polizei nahm dem MBT zufolge seine Anzeige nur widerwillig auf und das Verfahren wurde nach einigen Monaten eingestellt.

Das MBT musste somit in Schwedt/Oder einen Rückschlag hinnehmen, der jedoch zu einer weiteren wichtigen konzeptionellen Erkenntnis führte: Eine von außen angeordnete Beratung ist nicht funktional. Seither versteht sich das MBT prinzipiell nicht als exekutives, von staatlichen Stellen einsetzbares Organ. Eine erfolgreiche, zielführende Beratung hängt ganz wesentlich von der Mitwirkungsbereitschaft der relevanten Akteurinnen und Akteure vor Ort ab.

Im Jahr 1993 erfolgten die Konzeption und der Aufbau des Friedensdorfes Storkow. Das Projekt ist als ein weiterer Meilenstein anzusehen. Dr. Rupert Neudeck, Gründer des Notärzte-Komitees CAP ANAMUR, richtete sich in einem Brief mit der Idee eines „Friedensdorfes“ an den damaligen Ministerpräsidenten Stolpe. Das Büro der Ausländerbeauftragten wurde daraufhin mit der Bearbeitung des Anliegens betraut. Gemeinsam mit dem MBT, der RAA Brandenburg und Neudeck erfolgte die Realisierung. Ausgangspunkt des Projektes war die Idee, der erschreckende Zunahme rechtsextremer Aktivitäten ein anspruchsvolles Bauprojekt entgegenzusetzen, das ausstiegsbereiten Jugendlichen *und* zugewanderten Flüchtlingen eine berufliche und soziale Perspektive bietet. Frauke Postel, Beraterin des MBT, übernahm von 1992 bis 1998 die Projektleitung des Friedensdorfes Storkow. In dem anfänglich durch den Ministerpräsidenten geförderten Friedensdorf lebten in der Folgezeit Geflüchtete und Deutsche zusammen. Das Friedensdorf setzte der in den 1990er Jahren gängigen Annahme, Rechtsextremismus sei ein bloßes Jugendphänomen und -problem, die These entgegen, dass die Ursachen auch aus der Mitte der Gesellschaft entspringen. Der Projekterfolg zeigte auch, dass sich umfassende Projekte, die viele Akteurinnen und Akteure einbinden, lohnen.

Die RAA Brandenburg wiederum fokussierte ganz konkret auf einzelne Städte und Regionen, weshalb die Arbeit kommunal angelegt war und sich v.a. an Schulen, aber auch Kitas und die außerschulische Jugend- und Integrationsarbeit richtete. Die Umsetzung von Maßnahmen erfolgte in Form verschiedener Projekte, die entweder vor Ort oder aber auf Landesebene durch die seit der Vereinsgründung 1995 nun auch offiziell mit der Koordinierung beauftragten RAA-Geschäftsstelle in Potsdam entwickelt wurden. Aus der Fülle an Projekten, die durchgeführt wurden und teilweise bis heute weitergeführt werden, ragen folgende heraus:

- (1) Seit Mitte der 1990er Jahre setzt die RAA Brandenburg mit Mitteln des MBS den „*Muttersprachlichen Unterricht*“ im Land Brandenburg um (aktuell 70 Lerngruppen). Es hat sich nicht zuletzt aufgrund der jahrelangen Arbeit gezeigt, dass die Wertschätzung und Förderung der Herkunftssprache die ganzheitliche Sprachentwicklung der Schüler/innen im Hinblick auf eine gelingende soziale und insbesondere schulische Integration unterstützt.
- (2) Ebenfalls Mitte der 1990er Jahre wurde das Projekt „*Spotkanie heißt Begegnung*“ entwickelt. Grundschulen und später auch weiterführende Schulen auf beiden Seiten von Oder und Neiße boten Sprachkurse in der Nachbarsprache an und begegneten sich in festen Schulpartnerschaften. Zeitweise lernten bis zu 1.500 Schülerinnen und Schüler beiderseits der deutsch-polnischen Grenze die jeweilige Nachbarsprache. Das Projekt lief erfolgreich über mehr als 10 Jahre und musste nach dem Auslaufen der Finanzierung leider beendet werden.
- (3) „*Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Unterricht*“ sowie die späteren „*Bildungsbausteine*“ waren Projekte, in denen pädagogisches Material zur schulischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt entwickelt wurde und in Fortbildungen für Lehrkräfte und Mitarbeiter/innen in der Jugendarbeit eingesetzt wurden. Diese Materialien wurden für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit benötigt, da zu dieser Zeit kaum Materialien vorlagen, die für den Unterricht und die außerschulische Bildungsarbeit geeignet waren.
- (4) *Geschichtsprojekte* und das *Zeitzeugenprogramm der RAA Brandenburg* mit Blick auf die NS-Geschichte und die neuere deutsche Geschichte, internationale Begegnungen und die Auseinandersetzung mit historischer Zuwanderung in Brandenburg bildeten einen Kern der RAA-Arbeit in den 1990er Jahren. Mit der Etablierung der Brandenburger Gedenkstätten und ihrer pädagogischen Arbeit, der Arbeit der Gedenkstättenpädagoginnen und -pädagogen und der Zu-

nahme der Angebote anderer Bildungs- und Jugendhilfeträger konnte sich die RAA weitgehend aus diesen Arbeitsfeldern zurückziehen.

- (5) Projekte des *Globalen Lernens* und der *entwicklungspolitischen Bildungsarbeit* gehörten von Anfang an zum Angebot der RAA Brandenburg. Die „*Begegnungsarbeit mit Sansibar*“ und die nun 15-jährige Tradition der „*Brandenburgischen entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage*“ (BREBIT), ein landesweites Kooperationsprogramm mit weiteren Trägern entwicklungspolitischer Bildungsarbeit, stellen weiterhin einen wichtigen Bereich der Arbeit dar. Seit 2014 konnten im Rahmen des Bundesprogramms „*Chat der Welten*“ neue mediengestützte Angebote für Schulen entwickelt werden.

Infolge des Asylkompromisses 1992/93 ließen die fremdenfeindlichen Gewalttaten zunächst nach. Doch der Schein eines dauerhaften Rückgangs trog: Die Zahl v.a. rassistisch motivierter Delikte stieg ab 1996/97 wieder stark an. Dabei gingen die Überfälle keineswegs nur von organisierten Neonazis aus. Die Landesregierung sprach 1997 von einer „unabsehbaren Problemspitze“¹² und Berger äußerte in einem Zeitunginterview: „Fast kein Tag vergeht, ohne dass es zu Überfällen auf Ausländer kommt.“¹³ Rassistische Einstellungen wurden vielfach als normal erachtet und unverhohlen geäußert. „Fast jede Woche werden Menschen aus rechtsextremistischen Motiven, aus Haß gegen alles vermeintlich 'Un-deutsche' angegriffen. Beleidigungen, Drohungen, Körperverletzungen oder Morde gehören zur Tagesordnung“ rekapitulierte später die Opferperspektive.¹⁴

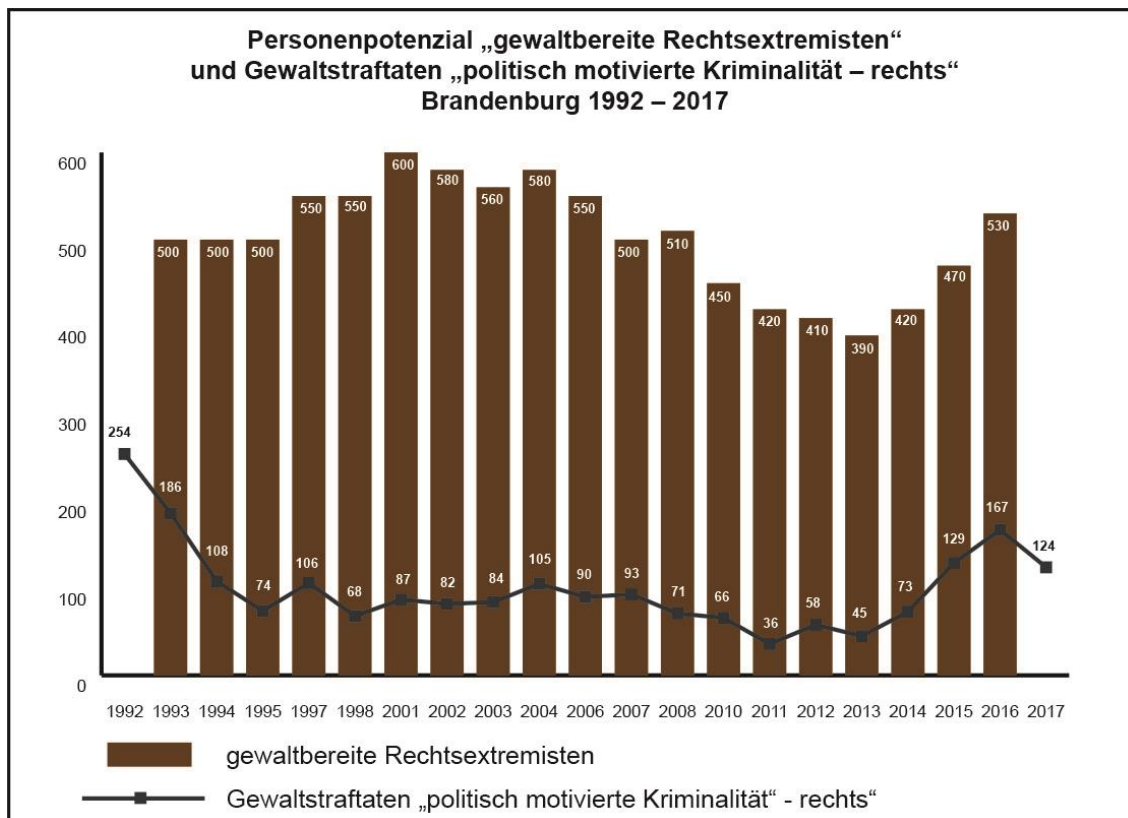
In dieser Zeit kam es gar soweit, dass sich die Klagen westdeutscher oder Berliner Jugendgruppen und Schulklassen über Beleidigungen und Übergriffe häuften, weshalb es zu Stornierungen von Jugendfahrten nach Brandenburg kam. Auch die Angriffe auf den Italiener Orazio Giambianco in Trebbin am 30. September 1996 und auf den Briten Noël Martin in Mahlow am 16. Juni 1996 zeugen von dieser erneuten leidvollen Entwicklung. Beide Opfer sind seitdem schwer behindert und kämpfen sich unter größten Anstrengungen durch das Leben. Der Vietnamese Van Toau Phan überlebte einen rechtsmotivierten Angriff auf ihn am 31. Januar 1997 am Bahnhof Fredersdorf nicht.

Die hohe Gewaltdynamik ist mehr als deutlich an den Zahlen der vergangenen Jahre ablesbar. In Brandenburg wurden 1992 insgesamt 254 rechtsextremistische Gewaltstraftaten gezählt. Laut Verfassungsschutz gab es 1993 rund 500 gewaltbereite Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten. Zumindest die Gewaltstraftaten nahmen in den Folgejahren deutlich ab. Den Tiefpunkt bildete das Jahr 2011 mit 36 Gewaltstraftaten. Ab 2014 stiegen die Zahlen jedoch wieder auf 530 gewaltbereite Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten und 167 Gewaltdelikte deutlich an. Der Anstieg steht mit der vermehrten Fluchtbewegung in Verbindung. 2017 gingen die Gewaltstraftaten zwar auf 124 zurück. Das ist aber immer noch der fünfthöchste, jemals in Brandenburg festgestellte Wert.

¹² Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1997, Potsdam 1998, http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/VSB_1997.pdf (zuletzt gesichtet am 16.05.2018).

¹³ Kraus, Matthias: „Fast kein Tag ohne Ausländerfeindlichkeit“. Almuth Berger stellt Bericht der Landesregierung vor / Kritik an geplanter Flüchtlings-Rückführung. In: Berliner Zeitung, 27.02.1997, <https://www.berliner-zeitung.de/almuth-berger-stellt-bericht-der-landesregierung-vor---kritik-an-geplanter-fluechtlings-rueckfuehrung--fast-kein-tag-ohne-auslaenderfeindlichkeit--16541454> (zuletzt gesichtet am 16.05.2018).

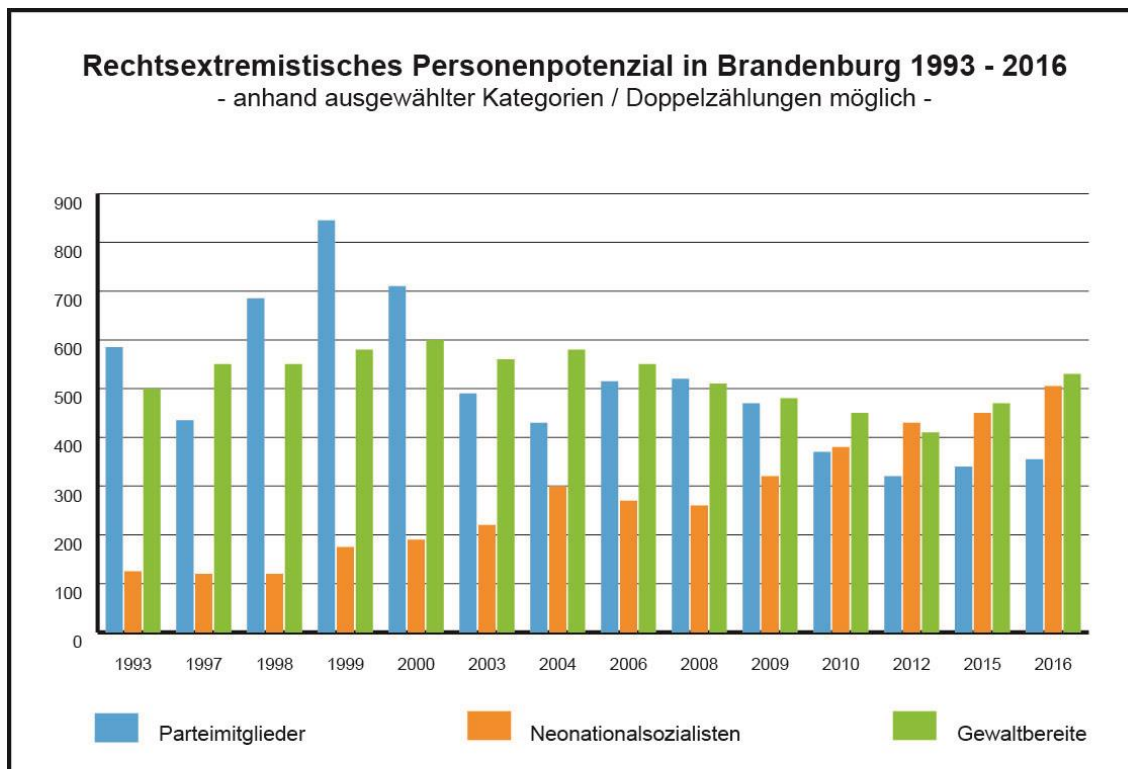
¹⁴ Opferperspektive: Die Opfer in den Blickpunkt rücken. Von der Analyse der Tätergesellschaft zur Förderung von Solidarisierungsprozessen mit den Betroffenen. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Was tun gegen rechts, Berlin 1999, S. 46-57.



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Innerhalb des Rechtsextremismus haben gewaltbereite Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten immer eine herausgehobene Stellung in Brandenburg eingenommen. Insbesondere in den 1990er Jahren war das eine stark von „Skinheads“ geprägte Szene, die bis heute eine wesentliche Teilmenge des gesamten rechtsextremistischen Milieus ausmacht – die anderen beiden relevanten Teilmengen sind Parteimitgliederinnen und Parteimitglieder sowie Neonationalsozialisten und Neonationalsozialistinnen.¹⁵ Charakteristisch für gewaltbereite Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten sind ein eher rudimentär ausgeprägter Organisationsgrad und eine geringe ideologische Durchdringung. Die Gewalt ist gruppenorientiert und entlädt sich meist spontan, oft in Verbindung mit Alkohol an Wochenenden oder Feiertagen. Angehörige dieser Kategorie sind weit überwiegend männlich im Alter von etwa 15 bis 30 Jahren.

¹⁵ Bei diesen Zählungen des Verfassungsschutzes ist zu berücksichtigen, dass ein/e Rechtsextremist/in in mehreren Teilbereichen gezählt werden kann. Demnach wird ein gewaltbereites Mitglied einer neonationalsozialistischen Gruppierung sowohl unter „gewaltbereit“ als auch unter „Neonationalsozialist/in“ statistisch erfasst.



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Die Biografie konnte eine/n Gewalttäter/in bspw. über die Gefängnisstrafe in den Neonationalsozialismus und von dort in den Vorsitz eines Kreisverbandes der NPD führen. Ein anderer Gewalttäter, der daran beteiligt war, einen Ausländer in den Tod zu hetzen und als Rädelsführer zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde, war später Kommunalwahlkandidat der NPD. Die Teilgruppen des Rechtsextremismus, also gewaltbereite Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten, Parteimitgliederinnen und Parteimitglieder sowie Neonationalsozialistinnen und Neonationalsozialisten, waren somit nie strikt voneinander getrennt. Sie sind vielmehr auf unterschiedlichste Arten vernetzt und durchlässig. Das gilt insbesondere für die NPD, die ab 2004 erfolgreich Neonationalsozialistinnen und Neonationalsozialisten als Mitglieder warb.

2.4 Gründung des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Infolge der markanten Gewaltdynamik konstituierte sich 1996 auf Ebene der Landesregierung eine Arbeitsgruppe, die sich mit Ansätzen der Gegenwehr befasste. Der Arbeitsgruppe gehörten Vertretende der verschiedensten Arbeitsebenen an. Zu dieser Gruppe zählten u.a. der damalige Generalstaatsanwalt Rautenberg, ein Abteilungsleiter des Justizministeriums, jeweils ein Referatsleiter des Bildungs- und des Innenministeriums, Uta Leichsenring (Polizeipräsidentin des Polizeipräsidiums Eberswalde), zwei Bürgermeister aus engagierten Kommunen sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter des MBT. Die Zusammensetzung resultierte aus dem Anliegen, primär (bereits) engagierte Personen als Teilnehmende für die neue Arbeitsgruppe zu gewinnen.

Zur gleichen Zeit verfolgte der damalige Innenminister Alwin Ziel die Idee der Etablierung eines Landespräventionsrates, dem eine beratende Funktion im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung zugedacht werden sollte. Das zur Kabinetttvorlage ausgearbeitete Vorhaben des Innenministers wurde in der Kabinettsitzung am 25. März 1997 diskutiert. Schließlich hat das Kabinett keinen Landespräventionsrat

beschlossen, sondern ein „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“.¹⁶ Mit der Initiierung des Aktionsbündnisses wurde zugleich die oben skizzierte Arbeitsgruppe obsolet und sie beendete ihre Arbeit.

Vorangetrieben wurde die Gründung des neuen Aktionsbündnisses durch die Landesregierung unter Stolpe. Darüber hinaus dürften ebenso die Aktivitäten und Maßnahmen der Ausländerbeauftragten sowie ein Kabinettsbericht von ihr im Februar 1997 wesentlich dazu beigetragen haben: Mit dem Bericht wurde die Aufmerksamkeit für die fremdenfeindliche, rassistische und rechtsextremistische Dynamik in Brandenburg nochmals erhöht. Im Bericht hieß es u.a.:

„Gewalttätige Angriffe haben [...] deutlich zugenommen, vorrangig auf Ausländer und unter ihnen vermehrt auf Arbeitnehmer aus der EU, aber auch auf so genannte ‚Linke‘, auf kirchliche Jugendgruppen etwa und ihre Sozialarbeiter – bis hin zu Morddrohungen gegenüber einer Pastorin – auch auf Westdeutsche oder auf Menschen, die angeblich wie Juden aussehen. Auch wenn die Medien unter Umständen manchmal überzeichnen und Bürgermeister von Orten, in denen ein Angriff geschah, verständlicherweise eher geneigt sind, die Situation herunterzuspielen: die alarmierenden Signale von anwachsenden Hass- und Gewaltpotentialen sind deutlich und werden inzwischen wohl auch weithin ernst genommen.“¹⁷

Das Aktionsbündnis vereint bereits seit der Gründung Verbände, Bürgerinitiativen und Persönlichkeiten Brandenburgs, die gemeinsam Stellung gegen Gewalt, Rassismus und Neonazismus beziehen wollen. Der Vertreter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Generalsuperintendent i.R. Leopold Esselbach, wurde zum ersten Vorsitzenden gewählt. Im Zuge der Gründung wurde zur Koordinierung der Arbeit im Innenministerium eine Geschäftsstelle eingerichtet, deren Leiterin Dr. Gisela Rüß wurde. Dem Aktionsbündnis, das ursprünglich 29 Mitglieder hatte, schlossen sich zügig weitere lokale Bürgerinitiativen sowie Persönlichkeiten Brandenburgs an, so dass die Mitgliederzahl über die Jahre auf heute 73 anwuchs. Die aktuellen Bündnismitglieder beraten in halbjährlichen Plenarsitzungen über die politische Entwicklung und beschließen Stellungnahmen sowie Aktionen. Geleitet wird das Bündnis von einem ehrenamtlich tätigen, achtköpfigen Vorstand, dem seit 2014 Superintendent Thomas Wisch als Vertreter der Evangelischen Kirche vorsitzt.¹⁸

Das Aktionsbündnis zielt auf die Ermutigung von Bürgerinnen und Bürgern, sich gegen Hass und Gewalt zu engagieren, und auf die Förderung der Gründung örtlicher Bündnisse sowie von Veranstaltungen und Gegendemonstrationen. Dafür bietet es ein Forum für den Austausch, stellt landesweit Informationen und Materialien zur Verfügung und führt Kampagnen, bspw. „Schöner leben ohne Nazis“, durch, die viele Menschen ansprechen und einbeziehen sollen. Heute unterhält das Aktionsbündnis in Potsdam eine von der Landesregierung geförderte Geschäftsstelle. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzen die Beschlüsse des Bündnisses um und unterstützen mit ihrer Expertise landesweit Bürgerinnen und Bürger – die Unterstützung erfolgt dabei weit über den Kreis der Mitgliedsorganisationen hinaus.

Bevor das Aktionsbündnis jedoch zu einem unumstrittenen Akteur in der Arbeit gegen Rechtsextremismus avancieren konnte, kam es zu inhaltlichen Debatten und Anpassungen. So plante das Aktionsbündnis im Vorfeld der Landtagswahl 1999 einen Appell an die Bevölkerung zu richten, keine rechten Parteien zu wählen. Hierbei zeigte sich jedoch, dass das Bündnis, gerade weil es auch mehrere staatl-

¹⁶ Der Landespräventionsrat Brandenburg wurde im Jahr 2000 gegründet und bündelt Initiativen zu einer umfassenden Kriminalitätsprävention im Land. Im seinem Beirat sind u.a. mehrere Ministerien sowie der Städte- und Gemeindebund, der Landkreistag und das Tolerante Brandenburg/Bündnis für Brandenburg vertreten. Der Rat organisiert seine Tätigkeit in drei ständigen Arbeitsgruppen. Die Geschäftsstelle des Landespräventionsrates befindet sich im Ministerium des Innern und für Kommunales. Weitergehende Informationen auch zu den geförderten Projekten und durchgeführten Veranstaltungen stehen unter www.lpr.brandenburg.de zur Verfügung.

¹⁷ Die Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg (Hrsg.): Annäherungen. Bericht der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg 2006, Potsdam 2006, S. 86.

¹⁸ Zuvor übernahmen Generalsuperintendent i.R. Leopold Esselbach (1997-2000), Generalsuperintendent Rolf Wischnath (2000-2004), Superintendent Heinz-Joachim Lohmann (2004-2008) und Generalsuperintendent Heilgard Asmus (2008-2014) den Vorsitz.

che Einrichtungen umfasste, nur sehr bedingt gegen Parteien wie NPD, DVU und „Die Republikaner“ (REP) vorgehen konnte. Behörden unterliegen dem Neutralitätsgebot, demzufolge der Staat grundsätzlich nicht zugunsten oder zuungunsten einzelner politischer Parteien Werbung oder gar Wahlaufufe betreiben darf. In der Folge zogen sich die vier Landesministerien (Bildungs-, Arbeits-, Justiz-, Innenministerium) sowie die Staatskanzlei Brandenburg und der Senat von Berlin aus dem Bündnis zurück. Lediglich die Ausländerbeauftragte des Landes blieb weiterhin involviert. Damit wurde die Entwicklung zu einem staatlich unabhängigen wichtigen zivilgesellschaftlichen Bündnis eingeläutet.

Im Mai 2000 entbrannte eine weitere Kontroverse über die künftige grundlegende Ausrichtung. Anlass war die Forderung der CDU, die nach den Wahlen 1999 Regierungspartner wurde, dass sich die Arbeit des Aktionsbündnisses auch gegen Linksextremismus wenden solle. Durch einen Beschluss wurde jedoch klargestellt, dass sich das Aktionsbündnis auch zukünftig ausschließlich gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit richten soll, da diese damals wie heute die größten Probleme für die Demokratie in Brandenburg darstellen.

3. Das erste Handlungskonzept: „Tolerantes Brandenburg – Handlungskonzept der Landesregierung gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“

Schon bald sollten die RAAs, die MBTs und auch das Aktionsbündnis eine sinnvolle Ergänzung erfahren. Ausgehend von den Erfahrungen in der Beratungsarbeit wurde am 23. Juni 1998 von der Landesregierung das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg – Handlungskonzept der Landesregierung gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ verabschiedet. Mit diesem politisch weitreichenden Beschluss war das Land Brandenburg eines der ersten Länder bundesweit, das ein für eine ganze Landesregierung gültiges Konzept im Bereich Rechtsextremismus auf den Weg brachte. Die vorausgegangen Darstellungen haben bereits die Motivation der Landesregierung erahnen lassen, die Bekämpfung des Rechtsextremismus auf eine neue strategische Grundlage zu stellen.

Die Verabschiedung des Handlungskonzeptes kann gleichermaßen als ein Zeichen für die 1998 einsetzende, stete Unterstützung im parlamentarischen Raum angesehen werden. Nicht nur wurden der Gründungsprozess der Koordinierungsstelle und die Erarbeitung des Handlungskonzeptes konsequent parlamentarisch begleitet, auch erfährt seine Umsetzung seitdem eine finanzielle Absicherung. Die seit 2010 alljährlich stattfindende parlamentarische Debatte zur Koordinierungsstelle und zum Handlungskonzept unterstreicht die besondere Wertschätzung der Arbeit aller beteiligten Akteurinnen und Akteure. Folgerichtig verfügen zwischenzeitlich vier von fünf Fraktionen über eine/n parlamentarische/n Sprecher/in für das „Tolerante Brandenburg“ und den Bereich Rechtsextremismus.

Die Landesregierung ist mit dem beschlossenen Konzept die Verpflichtung eingegangen, sich dauerhaft für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage sowie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einzusetzen. Das Handlungskonzept von 1998 beinhaltet folgende Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels:

- Zum einen wurde die Mobilisierung der Gesellschaft für Toleranz, Solidarität und Internationalität insbesondere durch das „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ angestrebt. Im Jahr 2000 wurde aufgrund der Verlegung der Geschäftsstelle des Aktionsbündnisses in das Bildungsministerium die Zusammenarbeit mit der dort eingerichteten Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ ermöglicht. Das Aktionsbündnis sah es nach eigenen Angaben fortan als zusätzliche Aufgabe an, auch die Maßnahmen der Landesregierung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus „kritisch zu begleiten“.
- Ein weiteres zentrales Element des Handlungskonzeptes war die Ächtung von Gewalt sowie die Unterstützung für die Opfer. Während die Ächtung von Gewalt mittels einer konsequenten öffentlichen Thematisierung breitenwirksam erfolgen sollte, sollten zur Unterstützung von Opfern rechter und fremdenfeindlicher Straftaten Projekte gefördert werden, die „beratend helfen, die Unterstützung der Opfer durch das soziale und politische Umfeld vor Ort organisieren und die Taten und ihre Folgen dokumentieren und öffentlich bekannt machen“¹⁹.
- Eine dritte Säule stellten die Entwicklung und Unterstützung von lokalen, demokratischen Strukturen und der kommunalen Öffentlichkeit dar. Zum einen sollte ein kommunales Beratungsangebot geschaffen werden, das Prozesse regional und in den Gemeinwesen moderieren und organisieren sollte. Daneben beinhaltete diese dritte Säule die Einsetzung einer

¹⁹ „Tolerantes Brandenburg“. Handlungskonzept der Landesregierung gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Potsdam 1998, http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/handlungskonzept_1998.pdf (zuletzt gesichtet am 16.05.2018), S. 4.

Initiative zur Entwicklung kommunaler Integrationsstrukturen für Zuwanderer und Zuwanderinnen und die Fortschreibung der Kommunalen Kriminalitätsverhütung. Darüber hinaus zählten die (Weiter-)Entwicklung und Unterstützung der politischen Bildung, von Jugendfreizeitangeboten und Beteiligungsprojekten und die Vernetzung der Akteurinnen und Akteure zu den künftigen Aufgaben.

- Ferner wurden die Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte im Umgang mit Gewalt und Rechtsextremismus sowie die präventive Arbeit mit auffälligen Jugendlichen und Gruppen als wichtige Elemente für eine nachhaltige Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit angesehen. Ergänzt werden sollte dies durch die Arbeit und die Mittel von Polizei und Justiz. Die Fortschreibung der polizeilichen Tätergruppenanalyse („Polizeilich relevante jugendliche Gruppierungen“) sollte dem Überblick über polizeilich relevante Gruppierungen und deren Entwicklung dienen. Auch sollten Arbeitsgruppen „Jugendliche Intensivtäter/innen“, als eine spezielle Form der täterorientierten Jugendsachbearbeitung, eingerichtet werden.

Gleichwohl haben die Strafverfolgungsbehörden, noch bevor das Handlungskonzept beschlossen wurde, ihre Maßnahmen an die damaligen Herausforderungen angepasst. Vom ersten Innenminister Ziel begonnen, unter seinem Nachfolger Jörg Schönbohm weiter vorangetrieben und unter den Innenministern Rainer Speer, Dietmar Woidke, Ralf Holzschuher und Karl-Heinz Schröter fortgeführt, entwickelte die Polizei spezielle Methoden zur Verhinderung sowie konsequenten Verfolgung politisch motivierter Straftaten ständig und effektiv weiter. Ein erster Schritt war die Schaffung der „Mobilen Einsatzeinheiten gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“ (MEGA) Januar 1998, die vorwiegend Präventionscharakter entfalten sollten, zugleich aber auch als operatives Strafverfolgungsinstrument dienten. Darauf aufbauend erfolgte kurze Zeit später die zielgerichtete und umfassende (Sach-)Bearbeitung extremistischer Straftäter und Straftäterinnen im Rahmen von „Täterorientierten Maßnahmen gegen extremistische Gewalt“ (TOMEG). So sollte eine konsequente polizeiliche Strafverfolgung sichergestellt werden.²⁰ Am selben Strang zogen Staatsanwaltschaften und Gerichte. Strafen sollten den Taten auf dem Fuße folgen. Auf Seiten der Justiz wurden Schwerpunkte bei der Verfahrensbeschleunigung, den schuldangemessenen Sanktionen, dem Ausbau der vorgerichtlichen Konfliktklärung durch einen Täter-Opfer-Ausgleich sowie bei Resozialisierungsbemühungen gesetzt.

Das Maßnahmenpaket verweist in seinen vielfältigen Ansätzen auf die Besonderheit des Handlungskonzeptes: Bereits frühzeitig wurden diese Maßnahmen als ressortübergreifende, alle gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure betreffende Querschnittsaufgaben verstanden. Es ging um eine gesamtgesellschaftliche Strategie, die von Politik, Zivilgesellschaft, aber auch von der Brandenburger Bevölkerung getragen werden sollte.

Um die Vorhaben im Rahmen des Handlungskonzeptes zeitnah, aber auch langfristig und spürbar umsetzen zu können, bedurfte es einer institutionellen Anbindung. Vor diesem Hintergrund wurde Dr. Gerd Harms, damaliger Staatssekretär des Bildungsministeriums, mit der Koordinierung beauftragt und eine

²⁰ 2003 wurden die beiden bis dato eigenständigen Säulen in das „Handlungskonzept der Polizei des Landes Brandenburg zur Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität“ (HK PMK) aufgenommen. Im „HK PMK“ wurden nunmehr ein Leitbild entwickelt und gesamtheitlich alle Phänomenbereiche der politisch motivierten Kriminalität einbezogen sowie entsprechende Maßnahmen abgeleitet. Mit den stetigen Anpassungen an die aktuellen Erfordernisse (Fortschreibungen 2009 und 2012) ist das „HK PMK“ ein wesentliches Grundsatzdokument des Polizeilichen Staatsschutzes im Land Brandenburg. Des Weiteren hat mit der Aufdeckung des NSU im November 2011 ein wesentlicher bundesweiter Aufarbeitungs- und Reformprozess bei den Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern im Bereich des Rechtsextremismus begonnen. Begleitet durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) des Deutschen Bundestages und einer Vielzahl von PUA in den Länderparlamenten führte dies zu einer veränderten Betrachtungsweise des Rechtsextremismus. Seitens der Polizei Brandenburg erfolgt bei rechtsextremistischen (Gewalt-)Straftaten ein Abgleich mit dem Verein „Opferperspektive e. V.“, was insbesondere das Beratungsangebot des Vereins stärken und zugleich der Polizei Kenntnis von möglichen noch nicht bekannten PMK-Straftaten geben soll, um diese einer Strafverfolgung zuzuführen. Ebenfalls wurden deutliche Anstrengungen unternommen, alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte und polizeilichen Führungskräfte im Bereich der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu sensibilisieren und Handlungssicherheit bei diesem Thema zu schaffen.

Koordinierungsstelle etabliert. Letztere wurde mit der Aufgabe der Gewährleistung der unabdingbaren Abstimmungsprozesse innerhalb der einzelnen Ressorts sowie mit der Organisation der Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen den verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren und Partnerinnen und Partnern betraut.²¹ Harms zufolge ergaben sich damit drei wesentliche Entwicklungen:

- Nunmehr waren alle Ressorts der Landesregierung mit dem Problem beschäftigt,
- einer damals verbreiteten Haltung (v.a. seitens der Kommunen) zur Verleugnung oder Verniedlichung des Problems wurde ein Riegel vorgeschoben,
- die Bevölkerung wurde mithilfe der Mobilisierung in die Problemlösung involviert.²²

Die Schaffung des Handlungskonzeptes hatte auch Auswirkungen auf die Beratungsstrukturen im Land. Für das MBT veränderten sich die Auftragslage und die Rahmenbedingungen spürbar positiv. Das Konzept bot nun eine politische und gesellschaftliche Basis, auf der sich nach eigenen Angaben die Wirkung der MBT-Arbeit besser entfalten konnte: Rechtsextremismus wurde zu einem gesellschaftlichen Thema in Brandenburg, die Auseinandersetzung mit der Problematik war gewollt und stellte nicht mehr ein Zeichen von Schwäche, sondern von Stärke der jeweiligen Kommune dar. Darüber hinaus wurde verstärkt nicht nur an den Symptomen (Stichwort „Jugendphänomen“), sondern ebenso an den gesellschaftlichen Ursachen gearbeitet. Ferner erkannten die Verantwortlichen in Brandenburg das Konzept der Mobilen Beratung als erfolgreich an und stellten die Arbeit auf eine breitere finanzielle Grundlage. Ab dem 1. Januar 1999 verfügte das MBT über 10 Beraterinnen und Berater: jeweils zwei Kolleginnen und Kollegen arbeiteten zusammen in fünf verschiedenen Regionen.

Aufgrund der interdisziplinären Zusammensetzung des Teams kam es 1999 zu einer enormen methodischen Vielfalt, die bis heute ein wichtiges Merkmal des MBT ist. Dabei greifen die Beraterinnen und Berater auf individuelle Qualifikationen sowie einen breiten und teamintern erarbeiteten Fundus an Wissen zur Beschreibung regionaler und überregionaler Situationen sowie an methodischen Herangehensweisen zurück. Darüber hinaus setzt das MBT auf personelle Kontinuität bei den Beraterinnen und Beratern. Dadurch kann auf das langfristig aufgebaute Beziehungskapital und die bestehenden Netzwerke zurückgegriffen werden. Um an möglichst vielen Standorten Ansprechpersonen zu haben, erfolgte zunächst die Ansiedlung der MBT-Büros bewusst in den Orten, in denen keine RAA-Niederlassungen vorhanden waren.

Aber nicht nur für das MBT verbesserten sich mit dem „Toleranten Brandenburg“ die Voraussetzungen. Auch die RAA Brandenburg wurde als wichtiger Kooperationspartner des Landes in das Handlungskonzept aufgenommen. Die RAA-Niederlassungen entwickelten sich in einem längeren Prozess zu landesweit tätigen Einrichtungen und der Fokus wurde auf die Etablierung einer landesweiten Beratungsstruktur (als Teil des in den Schulämtern angesiedelten „Beratungssystems Schule“) und auf Angebote der Integrationsarbeit gelegt.

Damit wurde die starke lokale Ausrichtung und kommunale Einbindung aufgegeben, was zu einer deutlichen Veränderung der RAA-Arbeit beitrug: Statt konkrete und sehr kleinteilige schulische und außerschulische Projekte umzusetzen, waren fortan Beratung und Fortbildungen für Lehrkräfte sowie Sozial-

²¹ Vgl. RAA Brandenburg (Hrsg.) in Kooperation mit der Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg: 10 Jahre Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie, Potsdam 2008, S. 11.

²² Vgl. Roos, Alfred: Das Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. In: RAA Brandenburg (Hrsg.): 10 Jahre Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie, Potsdam 2008, S. 28f.

arbeiter und Sozialarbeiterinnen in Kita, Jugend- und Integrationsarbeit gefragt. Ebenso wurde die RAA-Arbeit im Kontext der Integrationsarbeit zunehmend in die Umsetzung der jeweiligen Landesintegrationskonzepte des Landes Brandenburg eingebunden. Insofern bilden das Landesintegrationskonzept und das Handlungskonzept den Rahmen für einen Großteil der Arbeit der RAA.

2004 erfolgte schließlich eine weitere strategisch begründete Umstrukturierung: Die Arbeit von MBT und RAA wurde auf Vorschlag des damaligen Bildungsministers, Steffen Reiche, in sechs gemeinsamen Büros für Integration und Toleranz (BIT) vereint. Die regionale Ansiedlung verhielt sich analog zur damaligen Schulämterstruktur, wobei die Büros jeweils für zwei bis vier Landkreise und kreisfreie Städte zuständig sind. Dies führte schließlich zu einer Erweiterung von fünf auf sechs MBT-Niederlassungen mit jeweils zwei Beraterinnen und Beratern. Diesen veränderten Rahmenbedingungen und Schwerpunkten ist die Gründung des Demokratie und Integration Brandenburg e.V. geschuldet. Unter diesem neuen Namen arbeiten seitdem „demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung/Mobiles Beratungsteam“ und die „Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie“ als Kernbereiche des Vereins zusammen.

3.1 Initiierung und Gründung der Opferperspektive e.V.

Im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ wurde von Beginn an die Unterstützung für und die Solidarität mit Betroffenen rechter Gewalt als eine wichtige Aufgabe festgeschrieben. Im August 1998 wurde in Trägerschaft der RAA Brandenburg das Projekt Opferperspektive entwickelt, aus welchem im Jahr 2000 schließlich der eigenständige Verein hervorging.²³

Die Opferperspektive zielt(e) darauf, der Täterfixierung und dem Schweigen der gesellschaftlichen Mehrheit eine praktische Solidarität mit den Opfern entgegenzusetzen. Mit der Verbindung von „Hilfe- und Gestaltungsparadigma“²⁴ wendete sich die Opferperspektive konzeptionell einem bis dahin noch wenig beachteten Gebiet zu und entwickelte bundesweit beispielgebend den speziell auf Betroffene rechter Gewalttaten ausgerichteten Opferberatungsansatz.

„Die Arbeit des Projektes Opferperspektive hat das Ziel, den Betroffenen zu helfen, sich nicht in einer passiven Opferrolle einzurichten, sondern aktiv zu werden und gemeinsam Perspektiven zu entwickeln. Dazu gehört, über die Vermittlung der Lebensrealität potentiell Betroffener Solidarisierungsprozesse im sozialen Umfeld auszulösen oder zu fördern. Ziel ist dabei nicht nur, die Anteilnahme am Schicksal einzelner zu ermöglichen. Es geht auch darum, die mit Ausgrenzung von Menschen verbundene Gefahr für eine demokratische Zivilgesellschaft zu erkennen. Eine Parteinahme für die von rechter Gewalt Betroffenen und die gleichzeitige Entwicklung von Initiativen, die sich gegen Ausgrenzungsbestrebungen richten, verschaffen Handlungsalternativen anstelle von Ohnmacht und Angst. Das Schaffen von Bündnissen gegen Ausgrenzung führt zu einer Verminderung des Einflusses rechter Ideologie, zum Entzug vermeintlicher Zustimmung für rechte Gewalt in der Öffentlichkeit und damit zu einer Schwächung rechter Machtpositionen.“²⁵

Die Einsicht, dass eine professionelle Opferhilfe einen notwendigen Baustein der Aktivitäten gegen Rechtsextremismus darstellt, setzte sich laut Opferperspektive jedoch erst nach langwierigen Auseinandersetzungen durch. Bundesweit erfuhr der Verein schrittweise große Anerkennung und wurde für seine Pionierarbeit 2000 mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte und 2003 mit dem Preis „Aktiv für Toleranz und Demokratie“ ausgezeichnet.

²³ Zu dieser Zeit ereignete sich abermals eine rechtsmotivierte Hetzjagd, wobei der algerische Asylsuchende Farid Gouendoul den Angriff am 13. Februar 1999 in Guben nicht überlebte.

²⁴ Möller, Kurt: Politische Programme zur pädagogischen und sozialarbeiterischen Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt – Aktuelle Ansätze und ihre Probleme aus der Praxisperspektive. In: Journal für Konflikt und Gewaltforschung, Vol. 4, 1/2002, S. 74-100, hier S. 96.

²⁵ Ebd.

Bei der Ausgestaltung des 2001 aufgelegten Bundesprogramms „CIVITAS - Initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ wurde in erster Linie auf die Erfahrungen in Brandenburg zurückgegriffen und anhand des von der Opferperspektive entwickelten Konzeptes Projekte in allen ostdeutschen Bundesländern und Berlin aufgebaut. Erstmals in der bundesrepublikanischen Geschichte sollte die Bekämpfung von Rechtsextremismus durch den kontinuierlichen Aufbau von zivilgesellschaftlichen Strukturen und Initiativen sowie die Unterstützung von Betroffenen in einem Bundesprogramm fest verankert werden.²⁶ An der Entwicklung der Programmleitlinien war die Opferperspektive als Praxis-Vertreterin für den Förderbereich Opferberatung wesentlich beteiligt. Sie unterstützte mithilfe von Spendengeldern der Kampagne „Mut gegen rechte Gewalt“ des Magazins der „Stern“ aktiv den Aufbau von Opferberatungsstellen in den anderen ostdeutschen Bundesländern.

Das Konzept der Verschränkung von Opferberatung und kommunaler Intervention gegen Rechtsextremismus wurde von der Opferperspektive bis 2003 mit einer Vollfinanzierung über das Bundesprogramm CIVITAS umgesetzt und weiterentwickelt. Ab 2004 war eine Ko-Finanzierung der Länder erforderlich. Nur durch intensive Verhandlungen mit Ministerien, Parlamentarierinnen und Parlamentariern und mit der Unterstützung verschiedener Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner konnte die immer wieder zur Disposition stehende Landesförderung abgesichert werden.

3.2 Die erneute Gewaltdynamik Anfang der 2000er Jahre

Im Jahr 1999 strebte die Ausländerbeauftragte die Etablierung einer Antidiskriminierungsstelle an. Noch im selben Jahr nahm sie als erste Institution dieser Art auf Länderebene, ihre Arbeit auf. Die Antidiskriminierungsstelle wurde als eigenständiges Projekt dem Büro der Ausländerbeauftragten zugeordnet.

Wie notwendig die bis zu diesem Zeitpunkt beschlossenen und realisierten Maßnahmen waren, sollten nicht zuletzt die rassistisch und rechtsextremistisch motivierten Angriffe der Folgejahre – wenn auch mit veränderter Ausprägung - verdeutlichen: So rückten um die Jahrtausendwende zunehmend auch Arbeitsmigranten und Arbeitsmigrantinnen aus Westeuropa, Migrantinnen und Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion oder jugendliche Angehörige nicht-rechter Subkulturen ins Fadenkreuz rechtsextremer Täter und Täterinnen.

In dieser Zeit wurden Falko Lüdtker am 31. Mai 2000 in Eberswalde, Dieter Manzke am 09. August 2001 in Dahlewitz, Kajrat Batesov am 04. Mai 2002 in Wittstock, Marinus Schöberl am 12. Juli 2002 in Pötzlow sowie Enrico Schreiber am 29. März 2003 in Frankfurt/Oder getötet.

Die Opferperspektive zählte von 2000-2004 mehr als 70 Angriffe von Rechtsextremen, zumeist Brandanschläge, auf von Migrantinnen und Migranten geführte Imbisse in Brandenburg. Diese Gewalttaten nahmen dabei schon früh auch terroristische Formen an. Mit dem Ziel, „Ausländer und Ausländerinnen“ aus der Region zu vertreiben, brannten Neonazis des „Freikorps Havelland“ in den Jahren 2003 und 2004 zehn Imbissbuden nieder. Einige der Täter wurden dafür als Mitglieder einer terroristischen Vereinigung zu Jugendstrafen verurteilt.

²⁶ Eckert, Roland: XENOS, ENTIMON, CIVITAS – Wirkungen und Grenzen der Aktionsprogramme aus externer wissenschaftlicher Perspektive. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Gemeinsam für Demokratie. Dokumentation der Ergebniskonferenz, Bonn 2007, S. 18-27, hier S. 25.

Jedoch stellten organisierte Täter und Täterinnen wie in diesem Fall eher eine Ausnahme dar. Bei einem Großteil der Taten wurde relativ spontan aus rassistischer Motivation gehandelt. Zu diesem Ergebnis kam die 2005 von der Opferperspektive in Auftrag gegebene Studie „Fremdenfeindliche und rechts-extreme Übergriffe auf Imbissbuden im Land Brandenburg“²⁷.

In seiner Regierungserklärung vom 13. November 2002 erklärte Stolpes Nachfolger Ministerpräsident Matthias Platzeck:

„Wir erleben in unserem Lande immer noch zerstörerischen Hass. Wir erleben rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Stimmungen und Straftaten, die allem zuwiderlaufen, was wir in Brandenburg aufbauen wollen. Gegen Gewalt, gegen verbohrene Hassparolen und politischen Extremismus in unserem Lande werden wir weiterhin hart und un-nachgiebig kämpfen. Meine Damen und Herren, seien Sie sich in einem Punkt mit mir gemeinsam ganz sicher: Wir werden diesen Kampf gewinnen.“²⁸

Nicht zufällig fällt in diesen Zeitraum ein weiterer Meilenstein im Rahmen der Arbeit der Opferperspektive: Immer wieder kam es zu Auseinandersetzungen um die Diskrepanz zwischen den von der Polizei erhobenen Opferzahlen und den durch die Opferperspektive registrierten Fällen. Die erste Veröffentlichung einer Dokumentation der Arbeit im Jahr 1999 und die folgenden Chroniken rechter Gewalt sorgten laut Opferperspektive für Aufsehen und waren ein wichtiger Schritt in der Debatte um das ungenügende polizeiliche Erfassungssystem. „Damit sollte der objektive Umfang des bis dahin kleingeredeten Problems rechter Gewalt gesichert dargelegt werden.“²⁹

Bereits zuvor hatte sich die bundesweite politische Diskussion um das reale Ausmaß rechter Gewalt im Zuge der Veröffentlichung einer Liste von 93 Tötungsdelikten seit der Wiedervereinigung in den Zeitungen „Tagesspiegel“ und „Frankfurter Rundschau“ verschärft. „Wenige Wochen später räumte das Bundeskriminalamt (BKA) ein, die Regelungen zur polizeilichen Erfassung derartiger Delikte seien ‚überkommen‘, die diesbezüglichen Lagebilder ‚nicht nutzbar‘.“³⁰ Diese Einsicht mündete 2001 letztlich in eine grundlegende Reform des polizeilichen Meldesystems. Mithilfe der Kategorie „Politisch motivierte Kriminalität (PMK) rechts“ konnte fortan das Ausmaß rechter und rassistischer Gewalt realistischer abgebildet werden.³¹ Auch wenn nach Auffassung der Opferperspektive weiterhin Differenzen hinsichtlich der Bewertung von Fällen bestehen, haben sich die Erfassungskriterien von Polizei und Opferberatungsstellen seitdem einander angenähert.

Schließlich arbeitete die Opferperspektive als Vertretung der Opferhilfen in Deutschland im Jahr 2015 in der beim Bundeskriminalamt angesiedelten Arbeitsgruppe „Wissenschaft und Zivilgesellschaft“ zur Reformierung des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes - Politisch Motivierte Kriminalität“ mit. Auf der Landesebene findet heute ein regelmäßiger Austausch über die Bewertung rechter Gewalttaten zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Opferperspektive und der Brandenburger Polizei statt.

²⁷ Vgl. Bürk-Matsunami, Thomas/Beate Selders: Fremdenfeindliche und rechtsextreme Übergriffe auf Imbissbuden im Land Brandenburg. Ein Forschungsbericht, o.O. 2004, http://www.opferperspektive.de/wp-content/uploads/2014/04/Anschlaege_Imbissbuden.pdf (zuletzt gesichtet am 16.05.2018).

²⁸ Platzeck, Matthias: Modernisierung mit märkischer Prägung - Regierungserklärung von Ministerpräsident Matthias Platzeck, 13.11.2002, <http://brandenburg.de/cms/detail.php/bb2.c.415854.de> (zuletzt gesichtet am 16.05.2018).

²⁹ Jaschke, Gabi/Kay Wendel: Wie alles anfing. In: Opferperspektive e.V. (Hrsg.): Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt. An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren. Münster 2013, S. 216-226, hier S. 223.

³⁰ Kleffner, Heike/Mark Holzberger: Reform der polizeilichen Erfassung rechter Straftaten. In: CILIP. Bürgerrechte & Polizei, Nr. 77, Heft 1/2004, S. 56-64.

³¹ Jaschke, Gabi/Kay Wendel: Wie alles anfing, hier S. 222f.

3.3 Einsetzung der Härtefallkommission des Landes Brandenburg

In den Zeitabschnitt der erneuten Gewaltwelle um 2005 fiel aber auch eine wichtige asylpolitische Maßnahme. Diese ging von einer der ersten Arbeitsgruppen des Aktionsbündnisses aus. Die Arbeitsgruppe Asylpolitik unterlag der Annahme, dass eine humanitäre Asylpolitik einen gewissen Vorbildcharakter für den alltäglichen Umgang mit Migrantinnen und Migranten besitzt und damit eine positive Signalwirkung auf die Gesellschaft erreicht wird.

Vor diesem Hintergrund setzte sich die Arbeitsgruppe für eine Zustimmung Brandenburgs zu einem Zuwanderungsgesetz und für die Einrichtung einer Härtefallkommission ein; ein entsprechender Beschluss wurde bereits am 31. Januar 2002 vom Aktionsbündnis gefasst. Aufgrund der uneinheitlichen Abstimmung scheiterte das Zuwanderungsgesetz im Jahr 2002 im Bundesrat. Im Zuge der Koalitionsvereinbarungen wurde jedoch in der Kabinettsitzung am 21. Dezember 2004 die Einrichtung einer Härtefallkommission beschlossen, die seit 2005 tätig ist.

Die Institutionalisierung der Härtefallkommission stellte bundesweit eine der ersten Kommissionen auf der Grundlage des § 23a des Aufenthaltsgesetzes dar. Seit der konstituierenden Sitzung am 17. Februar 2005 werden Einzelfälle vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländerinnen und Ausländer mit dem Ziel verhandelt, unter bestimmten Voraussetzungen den Erhalt eines Aufenthaltsrechtes aus persönlichen oder humanitären Gründen zu ermöglichen.

4. Die Aktualisierung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“

Im Jahr 2005 erfolgte durch die Landesregierung eine Aktualisierung des Handlungskonzeptes, die auf den Überlegungen von Prof. Dr. Gerd Jaschke zu Strategien gegen Rechtsextremismus basiert. Das Konzept von 1998 beschrieb lediglich den damaligen Ist-Zustand in Brandenburg und leitete aus diesem sehr spezifische und konkrete Maßnahmen ab. Demgegenüber wurden nun allgemeine systematische Leitlinien erarbeitet, die grundlegende Prinzipien und Ziele der Arbeit im Kampf gegen Rechtsextremismus beinhalten. Integraler Bestandteil ist ebenso das Ziel der Stärkung der Demokratie.

Damit erfasst das Konzept zugleich die Förderung des Engagements und der Partizipation der mündigen Bürgerinnen und Bürger. Auch sollte mit der Überarbeitung prägnanter zum Ausdruck kommen, für welche Werte man steht – und nicht nur, wogegen man sich richtet. Dieser bürger- und teilhabeorientierte Charakter ist bereits dem neuen Titel „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie. Handlungskonzept der Landesregierung für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ eingeschrieben.

Das Konzept ist in drei Handlungsebenen untergliedert: 1. Politik der klaren Signale, 2. Sozialen Zusammenhalt stärken und 3. Repression wirksam organisieren.

Auf der Ebene der „Politik der klaren Signale“ geht es um die Stärkung der Demokratie und Zivilcourage, weshalb eine dauerhafte gesellschaftliche Verständigung über die gemeinsamen Grundwerte eine Grundlage des staatlichen und zivilgesellschaftlichen Handelns darstellt. Auch die Fortführung der Unterstützung des Engagements durch aufsuchende, beratende und ermutigende Angebote ist Teil dieser Ebene. Dies umfasst ebenso die weiterführende Förderung des Aktionsbündnisses.

Die Ebene „Sozialen Zusammenhalt stärken“ zielt auf verschiedene, jedoch nicht isoliert voneinander zu betrachtende Ansätze. Nach wie vor ist die mobile Beratung in den Landkreisen und Kommunen durch die MBTs eine unablässige Aufgabe. Aber auch die enge Zusammenarbeit zwischen der RAA Brandenburg und den Schulen ist für die Festigung demokratischer Einstellungen weiterhin vonnöten. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls eine Verstärkung der auf Prävention zielenden Zusammenarbeit von Schulen und Polizei, vermehrte Kooperationen zwischen Jugendarbeit bzw. außerschulischer Jugendbildung einerseits und Schule oder Berufsausbildung andererseits, die Unterstützung der Politischen Bildung durch die Brandenburger Landeszentrale für politische Bildung oder der Ausbau der Gedenkstättenpädagogik verfolgt.

Auch soll der soziale Zusammenhalt durch die Unterstützung von Opfern rechtsextremer Straf- und Gewalttaten, durch die Präventionsarbeit des Verfassungsschutzes, durch demokratiefördernde Stadtentwicklungsprozesse, teilhabeermöglichende Sportangebote und Antidiskriminierungsarbeit verbessert werden. Ein weiteres Augenmerk wird auf die Interkulturalität in der wissenschaftlichen Lehre und Forschung sowie bei den Weiterbildungsangeboten der Hochschulen gelegt.

Die 3. Handlungsebene, „Repression wirksam organisieren“, umfasst schließlich das konsequente Handeln der Strafverfolgungsbehörden sowie die Ahndung rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Straftaten mit spürbaren Sanktionen.

Mit den drei Handlungsebenen weist das Handlungskonzept eine konsistente Strategie auf, deren Realisierung auf die Vernetzung, Kooperation und den Austausch staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure angewiesen ist. Wie sehr die jahrzehntelang gewachsene Beratungs- und Netzwerkstruktur einen herausragenden Aspekt in der Umsetzungsfähigkeit des Handlungskonzeptes darstellt, betont eine wissenschaftliche Expertise aus dem Jahr 2014. Die wissenschaftliche Begleitung

„Zukunftsdialog Tolerantes Brandenburg“³² von 2017 bekräftigt diese Einschätzung nochmals: Als Stärken wurden identifiziert: die effektiven Informations- und Kommunikationsstrukturen im Beratungsnetzwerk, die zentrale Rolle der Koordinierungsstelle und der Kernakteure wie der MBT und der RAA Brandenburg, das Mitwirken zahlreicher Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner, der parteiübergreifende Grundkonsens und das konstruktive Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte sowie die finanzielle und personelle Stabilität und Kontinuität der Arbeit.

Aufgaben der Koordinierungsstelle

Auch unter dem neuen Handlungskonzept ist die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ mit der Bündelung all dieser Umsetzungsmaßnahmen betraut. Damit fungiert die Koordinierungsstelle als Schnittpunkt – und zuweilen als Seismograph – zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft und unterstützt regional wie überregional Engagierte bei der Entwicklung eigener Strategien zugunsten einer starken und lebendigen Demokratie.

Gestärkt wurde ihre Rolle als Ansprechpartnerin für den Bund und andere Bundesländer bei der Abstimmung insbesondere von Bundesprogrammen. Als Landesdemokratiezentrum (seit 2015) wird zudem für das Land die Umsetzung des gegenwärtigen Bundesprogramms „Demokratie Leben!“ verantwortet und koordiniert. Gleiches gilt für das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Gestärkt wurden auch die Aufgaben der Analyse und Entwicklung von Ansätzen zur Prävention von Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sowie der Entwicklung und Förderung von neuen Ansätzen.

Beratungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“

Mit dem neuen Handlungskonzept werden aktuell fünf wichtige Akteure in einem Beratungsnetzwerk für einen systematischen Informationsaustausch zusammengefasst. Die Unterstützung und Begleitung dieses landesweiten Beratungsnetzwerkes nimmt einen herausgehobenen Stellenwert ein. Die Akteure verfügen über je individuelle Arbeitsansätze und Zielgruppen. In ihrer Gesamtheit ermöglichen sie, in besonderen Problemlagen zielgruppenspezifische Lösungsstrategien mit den Betroffenen zu erarbeiten. Zu den vier „Gründungsmitgliedern“ zählen:

- Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
- demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
- Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Brandenburg³³
- Opferperspektive e.V.

Seit Juli 2007 ist zudem die Brandenburgische Sportjugend Mitglied des landesweiten Beratungsnetzwerkes. Als Dachorganisation von ca. 3.000 Sportvereinen, 14 Kreis- und 4 Stadtsportbünden sowie 54 Landesfachverbänden ist der Landessportbund Brandenburg mit mehr als 300.000 Vereinsmitgliedern die größte Personenvereinigung sowie eine der bedeutendsten Freiwilligenorganisationen in Brandenburg. Dabei fördert der Landessportbund mit seiner Brandenburgischen Sportjugend die Partizipation und Teilhabe aller sozialen Gruppen am gesellschaftlichen Leben. Mit mehr als 120.000 freiwilligen Helfenden und 46.000 ehrenamtlich Tätigen verfügt der Landessportbund über ein enormes Potential

³² Die Begleitung wurde durchgeführt von Prof. Dr. Schubarth (Universität Potsdam), Dr. Kohlstruck (TU-Berlin) und Prof. Dr. Rolfes (Universität Potsdam).

³³ Seit 2004 ist der Verein Demokratie und Integration Brandenburg e.V. gemeinsamer Träger von MBT und RAA Brandenburg.

von ehrenamtlich Engagierten sowie über landesweite Strukturen, mit denen der Landessportbund (LSB) auf den verschiedenen Ebenen wirksam werden kann. Neben der Förderung und Entwicklung des organisierten Sports engagiert sich der LSB auf vielfältige Weise im Sinne der olympischen Erziehung sowie der Vermittlung humanistischer Werte im und durch den Sport.

Verschiedene soziale Projekte und Programme des Landessportbundes verdeutlichen dessen gesellschaftliche Verantwortung bei der Mitgestaltung der demokratischen Gesellschaft, der Erziehung von Kindern und Jugendlichen, bei der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements sowie bei der Mitwirkung sozialer Integration und der Übernahme sozialer Aufgaben. Die Brandenburgische Sportjugend sensibilisiert, aktiviert und vernetzt Sportvereine zur Positionierung gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, qualifiziert Akteurinnen und Akteure aus den verschiedenen Bereichen des organisierten Sports, wie Vereinsfunktionärinnen und Vereinsfunktionäre und Übungsleiter und Übungsleiterinnen, führt themenbezogene Veranstaltungen und Seminare durch und bietet anlassbezogene Beratung bei Problemsituationen vor Ort an.

Für die langjährigen Netzwerkakteure RAA Brandenburg und MBT stellt die Entwicklung des Beratungsnetzwerks „Tolerantes Brandenburg“ unter dem Dach der Koordinierungsstelle einen Meilenstein sowohl für die Förderung der demokratischen Kultur als auch für die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus in Brandenburg dar. Im Zuge dieser Kooperation von Staat und zivilgesellschaftlichen Organisationen auf Landesebene ist es ihrer Ansicht nach seit vielen Jahren gelungen, belastbare gemeinsame Beschreibungen von gesellschaftlichen Entwicklungen zu erlangen sowie schnell und abgestimmt auf Veränderungen zu reagieren. Dies wurde zuletzt in der Zeit der Fluchtbewegungen unter Beweis gestellt.

Exemplarisch für die gelungene Zusammenarbeit sind der Widerstand gegen „Heldengedenken“ in Halbe sowie die „Oranienburger Reihe“ (seit 2005). Über viele Jahre fanden sich Rechtsextreme aus dem gesamten Bundesgebiet zu sog. „Heldengedenken“ an der größten Kriegsgräberstätte Deutschlands, dem Waldfriedhof in Halbe, ein. Der Ort, an dem die letzte große Schlacht des Zweiten Weltkrieges mit zehntausenden Opfern stattfand, drohte zu einem Wallfahrtsort des Neonazismus zu werden. Vor diesem Hintergrund befasste sich eine Arbeitsgruppe des Aktionsbündnisses mit dieser Problematik. Gemeinsam mit der lokalen Bürgerinitiative – dem Aktionsbündnis Halbe – führte das Aktionsbündnis diverse Gegenkundgebungen durch. Am 18. November 2006 gelang es gar, zum Volkstrauertag in Halbe und Seelow rund 10.000 Bürgerinnen und Bürger gegen einen geplanten Aufmarsch von Rechtsextremen zu mobilisieren, wobei sich der Landtag Brandenburgs aktiv daran beteiligte. 2006 verabschiedete der Landtag schließlich ein Gesetz, das es ermöglicht, Versammlungen am Waldfriedhof zu untersagen, so dass auf diesem Wege die Aufmarschserie letztlich beendet werden konnte (vgl. Gesetz über Versammlungen und Aufzüge an und auf Gräberstätten (Gräberstätten-Versammlungsgesetz)). Im Ausgang der Ereignisse regte eine vom Aktionsbündnis und dem damaligen Landtagspräsidenten Gunter Fritsch berufene Arbeitsgruppe an, mit einer Freiluftausstellung an das Kriegsgeschehen in Halbe zu erinnern; der Vorschlag wurde von der Kommune, dem Amt Schenkenländchen, aufgegriffen und die Freiluftausstellung zur Erinnerung an das Kriegsgeschehen in Halbe im Jahr 2015 eröffnet.

Ebenso beispielhaft ist die „Oranienburger Reihe“. Mitte der 2000er Jahre wurde innerhalb wichtiger staatlicher Stellen ein Informationsbedarf formuliert: Hauptverwaltungsbeamtinnen und Hauptverwaltungsbeamte sowie Polizei wünschten kontinuierliche Informationen zu aktuellen

Entwicklungen, Strategien und Akteurinnen und Akteuren im Bereich Rechtsextremismus. Zur Deckung dieses Bedarfs wurde die Veranstaltungsreihe „Oranienburger Reihe“ initiiert. Gemeinsam mit dem Brandenburger Verfassungsschutz, dem Städte- und Gemeindebund, dem Landkreistag, der Polizei-Fachhochschule, der Kommunalakademie und der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ organisiert das MBT regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen. Die sich hieraus ergebenden ergänzenden Perspektiven eröffnen die Möglichkeit einer umfassenderen Beschreibung und Bewertung der (lokalen) Situationen, als das bisher der Fall war. Ferner bietet die „Oranienburger Reihe“ einen fachlichen Raum für eine intensivere Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, als dies im Alltag je hätte realisiert werden können. 2018 findet die Veranstaltung mit dem sich neu abzeichnenden Schwerpunkt „Islamismus“ statt.

Internetauftritt, Social-Media und App

Die Koordinierungsstelle präsentiert sich seit 2005 auf der eigenen Internetseite www.tolerantes.brandenburg.de sowie seit April 2011 im Sozialen Netzwerk Facebook (www.facebook.com/tolerantesbrandenburg). Sowohl auf der Internetseite als auch auf der Facebook-Seite werden zahlreiche Informationen bereitgestellt. Veranstaltungshinweise, Möglichkeiten der Beratung und Förderung oder Hinweise auf Publikationen sind nur ein Teil der Informationsbandbreite. Damit erhöht die Koordinierungsstelle nicht zuletzt auch die Sichtbarkeit ihrer Arbeit.

Insbesondere die Facebook-Seite ermöglicht eine schnelle Informationsverbreitung und bietet einen zusätzlichen, niedrighschwelligigen Kommunikationsweg. Mittlerweile erreicht die Facebook-Seite aktuell über 4.600 Abonnentinnen und Abonnenten (Stand: Mai 2018). In 2017 wurden auf der Facebook-Seite des „Toleranten Brandenburgs“ insg. 329 Beiträge mit einer Gesamtreichweite von 419.327 Personen gepostet.

Seit 2013 verfügt das „Tolerante Brandenburg“ zudem über eine eigens entwickelte App für Smartphones (IOS, Android). Die App bündelt für die Nutzenden aktuelle Informationen zu Ansprechpartnern, Beratungsangeboten, Aktionen und Projekten gegen Rechtsextremismus und für Demokratie in Brandenburg. Darüber hinaus können Anwenderinnen und Anwender mithilfe der App die Partner des „Toleranten Brandenburgs“ einfach und schnell kontaktieren. Auch werden Unterlagen zu Projektförderungen bereitgestellt, die heruntergeladen und mobil bearbeitet werden können. Über die App kann ebenso die Facebook-Seite des „Toleranten Brandenburgs“ aufgerufen werden.

Die Zusammenarbeit der Koordinierungsstelle mit den Bundesförderprogrammen

Seit Einführung des ersten vom Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend finanzierten Bundesprogramms gegen Rechtsextremismus im Jahr 2007 besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle. Diese erhält seit nunmehr über zehn Jahren Gelder, um landesweit koordinierende Aufgaben zu übernehmen sowie ein Beratungsnetzwerk, Mobile Beratungsteams, eine Opferberatungsstelle, Ausstiegsberatung und weitere freie Träger zu fördern.

Seit 2015 läuft das aktuelle Förderprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. Neben dem Ausbau des Beratungsnetzwerks ermöglichte die Förderung auch die Finanzierung von Modellprojekten. Seit 2010 fördert ein weiteres Programm des Bundesministeriums des Innern, „Zusammenhalt durch Teilhabe“, Projekte gegen Extremismus und für Partizipation in ländlichen und strukturschwachen Regionen. Auch zu diesen Projekten sucht die Koordinierungsstelle den engen Kontakt, stellt ihre Expertise zur Verfügung und lässt die Informationen der lokalen Initiativen in ihre Lageeinschätzungen einfließen.

Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner

Mit der Aktualisierung des Handlungskonzeptes ging der Ausbau der Kooperationsbeziehungen einher (siehe Anhang). In dem Wissen, dass eine starke und lebendige Demokratie darauf beruht, dass alle gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure an deren Verfestigung beteiligt werden müssen, werden sowohl mit Vereinen, Verbänden, aber auch mit Kommunen und Unternehmen Kooperationsvereinbarungen geschlossen. Diese fixieren eine abgestimmte, inhaltliche Zusammenarbeit und die Entwicklung gemeinsamer Projekte. Damit soll das Handlungskonzept durch weitere Aktivitäten in Verwaltungen, Institutionen, Bildungseinrichtungen, in der Wirtschaft sowie in Vereinen, Verbänden und Körperschaften ergänzt werden. Durch die Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner wird die Partnerschaft sowohl nach innen (Mitarbeiterversammlungen, Mitgliedszeitschriften, Fortbildung) als auch nach außen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit kommuniziert. So bekennen sich die Partnerinnen und Partner in ihren spezifischen Zielgruppen zu den Zielen des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“.

Der Kooperationsvertrag verpflichtet die Koordinierungsstelle ihrerseits, die Partnerinnen und Partner regelmäßig zum Austausch einzuladen, über geplante Projekte zu informieren und ihnen jedes Jahr den Landtagsbericht zukommen zu lassen. Sind die Partnerinnen und Partner in ihrem jeweiligen Arbeitsalltag mit rechtsextremen Vorkommnissen konfrontiert, stellt die Koordinierungsstelle die nötige Expertise und Beratung zur Verfügung. Des Weiteren können die Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner für ihre Projekte Fördermittel beantragen und erhalten bei Bedarf ebenso die Unterstützung durch das seit 2009 eingeführte „Demokratie-Mobil“ (siehe unten). Darüber hinaus bestärken regelmäßige Treffen zwischen der Koordinierungsstelle und den Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern nachhaltig die Zusammenarbeit und vertiefen nicht zuletzt stets auf ein Neues das bindende Element: Das Eintreten für ein Brandenburg der Freiheit und Solidarität, der lebendigen und starken Demokratie sowie des toleranten Miteinanders.

Zu den ersten Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern zählen der Landessportbund Brandenburg e.V. sowie die Brandenburgische Sportjugend. Als Kooperationspartner der Koordinierungsstelle leistete und leistet der LSB einen wichtigen Beitrag zur Förderung demokratischer Strukturen in den Vereinen und Verbänden sowie zur aktiven Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit, Gewalt, Intoleranz, Rassismus und Rechtsextremismus. Hervorzuheben sind dabei Bildungsprogramme zur demokratischen Wertevermittlung, Programme zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in den Sport und in die Gesellschaft sowie Programme gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Die erste Kooperationsvereinbarung mit einer kommunalen Körperschaft wurde im Jahr 2006 mit dem Landkreis Elbe-Elster geschlossen.

Gegenwärtig verzeichnet die Koordinierungsstelle 41 Kooperationsbeziehungen, weitere sind in Vorbereitung. Zuletzt wurde vom Fachverband Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit Brandenburg (FJB) im November 2017 eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Die Kooperationsbeziehungen finden ihren Ausfluss auch in gemeinsamen Aktionen und Veranstaltungen. Exemplarisch seien Folgende genannt:

- Mit dem Brandenburger Landfrauenverband e.V. wird alljährlich ein gemeinsamer Informationsstand auf der „Grünen Woche“ in Berlin organisiert.
- Im Jahr 2006 wurde mit einer Vielzahl der Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner eine Großdemonstration unter dem Motto „Tag der Demokraten“ gegen den Neonaziaufmarsch in Halbe auf den Weg gebracht.
- In den Jahren 2011 und 2013 brachten sich im Rahmen des Jugendkongresses „Tage der Demokratie“ mit mehreren hundert Jugendlichen verschiedene Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner in Form von Workshops ein. Ausgerichtet wurde der Kongress von der Brandenburgischen Sportjugend. Der Fußball-Landesverband Brandenburg e.V. lobt einen Integrationspreis aus, wobei die Koordinierungsstelle Mitglied der Jury ist. Zudem wird seit 2008 alljährlich der AOK-Fußballtag für Vielfalt und Toleranz unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten Brandenburgs gemeinsam mit dem Fußballlandesverband, dem LSB und der Koordinierungsstelle durchgeführt. Im Vorfeld dieses Aktionstages wird eine gemeinsame Resolution als Zeichen für Respekt und Zusammenhalt aller daran beteiligten Institutionen unterzeichnet. Damit wird für einen Fußballsport des Fair Plays, der Völkerverständigung und der Freundschaften geworben.
- In den Jahren 2009 und 2014 wurde die DGB-Berufsschultour mit dem Demokratie-Mobil unterstützt. Ebenso erhielt 2009 die LesBiSchwule Tour des Aktionsbündnisses und des Vereins AndersARTiG Unterstützung durch das Demokratie-Mobil.
- Im Jahr 2009 erfolgte zudem ein gemeinsamer Wahlauf Ruf der Kooperationspartner zur bevorstehenden Landtagswahl.

Eine herausragende Kooperation aller Partnerinnen und Partner fand im Zuge der Kampagne „Wahlalter 16“ im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 statt. Die Partnerinnen und Partner haben im Rahmen dieser Kampagne unterschiedliche Projekte und Angebote realisiert: Die Brandenburgische Sportjugend nutzte in ihrem Projekt „Treffsicher wählen – Tore für Demokratie“ das Konzept des „Straßenfußball für Toleranz“ sowie Seminare, Workshops und Gesprächsforen, um Jugendliche auf das Thema aufmerksam zu machen. Im Kontext des „Fußball-Aktionstages für Vielfalt und Toleranz“ wurde das Thema „Wahlalter 16“ durch ein Erstwähler/innenspiel in den Fußball-Aktionstag eingebettet. Das MBT wiederum bot Coachings für Ortsverbände der Parteien an, um lokal spezifische Strategien zur Ansprache der Erstwähler/innengruppe zur Kommunal- und Landtagswahl 2014 zu entwickeln. Dabei wurden verschiedene Module angeboten (z.B. Erhöhung der Wahlbeteiligung, Erstwähler/innenansprache, aufsuchende Kommunalpolitik).

Die Landesjugendfeuerwehr wie auch die Berlin-Brandenburgische Landjugend haben das Thema „Wahlalter 16“ im Zuge der von ihnen durchgeführten Projekte („Werte-Projekt“ der Landesjugendfeuerwehr, „Schloß Trebnitz“ der Berlin-Brandenburgischen Landjugend) aufgegriffen und ihren Jugendlichen vermittelt. Das Jugendherbergswerk nahm ein themenbezogenes Modul in das Workshop-Angebot ihrer Herbergen auf. Weiterhin wurde mithilfe der „Kreuzberger Musikalische Aktion“ von Jugendlichen eine CD mit Liedern zu den Themen Demokratie und Wahlalter produziert sowie themenorientierte Musik-Workshops in Jugendeinrichtungen und in Jugendstrafvollzugsanstalten angeboten.

Der Verein für Medienarbeit organisierte im Rahmen der Kampagne das „Mobile Schülerstudio“. Ein entsprechend ausgestattetes Wohnmobil tourte durch Brandenburg und bot Filmworkshops zum Thema „Wahlen 2014“ in allen Landkreisen und kreisfreien Städten an. Die Workshops wurden in Jugendeinrichtungen, Schulen und Jugendstrafvollzugsanstalten durchgeführt. Auch veranlassten die Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner entsprechende Werbemittel: Die DEHOGA produzierte Getränkedeckel mit dem Kampagnenlogo, der Landesjugendring ließ eine Erstwähler/innen-Broschüre drucken und betreute die Internetplattform www.machs-ab-16.de. Zudem produzierte die Brandenburgische Seniorenwoche 2014 einen Flyer und thematisierte „Wahlalter 16“ während der Seniorenwoche.

Die sich im Jahr 2014 anschließende Mobilisierungskampagne „Wahlwecker Tour 2014“, die unter dem Motto „Aufwachen – Wählen gehen!“ vom 30. August bis 14. September 2014 im Kontext der Landtagswahl 2014 in Brandenburg stattfand, wurde von den Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern Landesjugendring sowie der LAG Streetwork/Mobile Jugendarbeit unterstützt und erfolgte in Zusammenarbeit mit der Stiftung SPI. Zudem beteiligten sich die Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner an der ebenfalls 2014 durchgeführten Plakatkampagne „Wählen gehen“. Für das Jahr 2019 wird eine Neuauflage der Kampagne „Wahlalter 16“ angestrebt.

Demokratie-Mobil

Seit 2009 unterstützt die Mercedes-Benz Niederlassung Berlin (Daimler AG) die Koordinierungsstelle durch das Sponsoring eines Fahrzeuges, des sog. „Demokratie-Mobils“. Seitdem wurden mit dem Demokratie-Mobil insg. rund 130.000 Kilometer in ganz Brandenburg zurückgelegt. Das Demokratie-Mobil wird von Brandenburgerinnen und Brandenburgern stark nachgefragt. So werden durch die Koordinierungsstelle Stadtfeste, Sportevents, Projektstage, Konferenzen, interkulturelle Begegnungen, Musikveranstaltungen sowie Aktionen gegen rechtsextreme und asylfeindliche Aufmärsche begleitet. Ergänzt werden die Einsätze durch Beiträge auf der Facebook-Seite des „Toleranten Brandenburgs“.

Neben der Signalwirkung dient das Demokratie-Mobil dazu, mithilfe von Informationsmaterialien und in Gesprächen die Bürgerinnen und Bürger für Rechtsextremismus zu sensibilisieren, Akteurinnen und Akteure vor Ort zu unterstützen, die Angebote des landesweiten Beratungsnetzwerks vorzustellen und das Handlungskonzept in die Fläche des Landes zu tragen. Seit 2015 wird das Demokratie-Mobil zusätzlich für Veranstaltungen des „Bündnisses für Brandenburg“ eingesetzt.

5. Weitere Etappen des Beratungsnetzwerkes, der Koordinierungsstelle und im Land Brandenburg

Parallel und zuweilen infolge der Aktualisierung des Handlungskonzeptes entwickelten sich sowohl die Akteure des Beratungsnetzwerkes und deren Arbeit als auch die Bedingungen im Land Brandenburg fort.

5.1 Etappen innerhalb des Beratungsnetzwerkes

Weiterentwicklungen der Opferperspektive

Die Opferperspektive bspw. bemühte sich im Verlaufe der Jahre, auch bundesweit den Prozess des flächendeckenden Auf- und Ausbaus unabhängiger und professionell arbeitender Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt voranzubringen. Bis 2007 oblag ihr die Koordinierung aller durch CIVITAS geförderten Opferberatungsprojekte in den neuen Bundesländern. Daraufhin folgten die Mitarbeit an der Entwicklung von Qualitätsstandards für die fachspezifische Opferberatung sowie Vorstandstätigkeiten im Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG).

Nachdem in den zurückliegenden Jahren zuletzt auch die neuen Beratungsstellen in München, Bremen, Niedersachsen und im Saarland in ihrer Gründungsphase durch fachlichen Rat der Opferperspektive unterstützt wurden, existieren nun in allen Bundesländern unabhängige Beratungsstellen. Sie alle orientieren sich an jenen Konzepten und Methoden, die ganz wesentlich in Brandenburg entwickelt wurden.

Eine in der Zeit der Fußballweltmeisterschaft 2006 entbrannte Debatte über bundesweite Angstzonen („No-Go-Areas“) gab Anlass für die Opferperspektive in Kooperation mit dem Aktionsbündnis, einen „mobilen Fachtag“ für 50 Abgeordnete, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Verbandsvertreterinnen und Verbandsvertreter durchzuführen, um über das Ausmaß rechter Gewalt und über die oft schwierige Arbeit im ländlichen Raum zu informieren. Die Teilnehmenden trafen im Norden Brandenburgs mit Bürgerinnen und Bürgern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, Polizistinnen und Polizisten und Vertreterinnen und Vertretern von Kommunen zusammen. Die Opferperspektive schrieb dazu: „Neonazis schlagen nicht nur zu, sie gründen auch Bürgerinitiativen, drängen in Feuerwehren und Vereine, treten als Elternsprecher auf – und zunehmend werden sie dabei als anständige Leute angesehen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen.“³⁴

Darüber hinaus ergriff der Verein Opferperspektive nach zehnjährigem Engagement für Opfer rechter Gewalt im Jahr 2009 die Initiative und gründete als Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit dem Büro der damaligen Landesintegrationsbeauftragten Prof. Dr. Karin Weiss die landesweit tätige „Antidiskriminierungsberatung Brandenburg“ (ADB). Grund für diese Weiterentwicklung war ein allmählicher Rückgang der Fallzahlen rechtsmotivierten Straftaten ab 2008, die zwar Anlass zu Optimismus gaben, dass die großen gesellschaftlichen und staatlichen Anstrengungen greifen und sich die Sicherheitslage für potenziell Betroffene langfristig verbessert; gleichzeitig aber sind Diskriminierungen im Alltag weiterhin zu beklagen.

³⁴ Opferperspektive e.V. (Hrsg.): Mobiler Fachtag. 29. September 2006. Rechtsextremismus in Brandenburg – Einblicke vor Ort, Potsdam 2006, S. 3.

Handlungsfeld Reichsbürgerinnen und Reichsbürger

Das MBT war bereits 2009 mit einem Bereich konfrontiert, der bis heute aktuell bleibt. Zunächst verfolgte es das Thema „Reichsbürger/in“ nur als Randphänomen. Dies änderte sich jedoch mit der Gründung des „Fürstentums Germania“ in Brandenburg. Im Februar 2009 gründete sich im „Schloss Krampfer“ in der Gemeinde Plattenburg überraschend das „Fürstentum Germania“, ein Autarkie-Projekt, das sich als eigener Staat verstand. „Selbstverwalter/in“ und „Reichsbürger/in“ sind seitdem ein neues Phänomen, das v.a. Gemeindeverwaltung, Landkreisverwaltung und Polizei, aber auch Bürgerinnen und Bürger herausfordert. Das MBT übernahm schon in diesem ersten öffentlichen Fall die Beratung der Akteurinnen und Akteure, damit diese ruhig und besonnen (re-)agieren konnten.³⁵

Zu diesem Zeitpunkt hatte keine der Verfassungsschutzbehörden in Deutschland das Thema „Reichsbürger/in“ auf der Agenda. Das MBT nutzte die über das Beratungsnetzwerk entstandenen Kooperationen mit dem Innenministerium, um gemeinsam mit dem Brandenburger Verfassungsschutz das Thema in den Blick zu nehmen. Um dem immer größer werdenden Informationsbedarf gerecht werden zu können, publizierte das MBT ein Handbuch mit dem Titel „Reichsbürger. Ein Handbuch“, in dem neben dem MBT der Verfassungsschutz, die Polizei und die Verwaltung das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten und Handlungsempfehlungen formulieren. Das Handbuch erfreut sich enormer Popularität und wird im gesamten Bundesgebiet nachgefragt. Da es schnell vergriffen war, befindet sich derzeit eine überarbeitete Fassung im Druck.

Dank dieser Aktivitäten war Brandenburg das erste Bundesland, welches das Thema zum einen ernst nahm, zum anderen aber auch konkrete Maßnahmen entwickelte. Die bewährte Zusammenarbeit mit dem „Toleranten Brandenburg“ hat einen nicht zu unterschätzenden Anteil an dieser maßgeblichen Rolle Brandenburgs. Mittlerweile sind „Reichsbürger und Reichsbürgerinnen“ bundesweit zu einem wichtigen Thema avanciert und die Behörden erlangen zunehmend Handlungssicherheit in der Auseinandersetzung mit den „Selbstverwalterinnen und Selbstverwaltern“.

Trotzdem beobachtete das MBT im Bereich „Reichsbürger/in“ sowohl ein zunehmendes Interesse als auch eine verstärkte Radikalisierung. Das diffuse Konglomerat von vermeintlichen Fakten, fraglichen Annahmen, Skepsis an der Legitimation des Staates, Einflüssen verschiedenster Verschwörungsideologien und Antisemitismus sowie kruden und verkürzten Schlussfolgerungen bietet für viele Menschen, die sich von der Gesellschaft benachteiligt, übergangen und unverstanden fühlen, eine „ideologische Heimat“. Insbesondere Polizei und Verwaltungen werden zum Feindbild. Dieses überhöhen Einzelne derart, dass sie selbst die Nutzung von Gewalt als legitim erachten. In der Folge entstehen bei den Menschen Unsicherheiten und Angst im Hinblick auf den Umgang mit Akteurinnen und Akteuren aus dem Spektrum der „Reichsbürgerinnen und Reichsbürger“. Bei Bürgerinnen und Bürger, die bereits mit „Reichsbürgerinnen und Reichsbürgern“ sympathisierten, kam es überdies in manchen Fällen zu deutlichen Radikalisierungen.

Seit 2017 arbeitete das MBT zudem mit dem Justizministerium zusammen und schulte (Straf-)Richterinnen und (Straf-)Richter der Amtsgerichte sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Amtsanwältinnen und Amtsanwälte und (Zwangsversteigerungs-)Rechtspflegerinnen und (Zwangsversteigerungs-)Rechtspfleger zum Thema „Reichsbürger/in“.

³⁵ Vgl. Feist, Mario: Das „Fürstentum Germania“ – „Nicht rechts, nicht links, sondern vorne“? In: Dirk Wilking/Michael Kohlstruck (Hrsg.): Einblicke III. Ein Werkstattbuch, Potsdam 2010, S. 109-124; Schlamann, Gabriele: Die Auseinandersetzung mit dem „Fürstentum Germania“ in der Gemeinde Plattenburg 2009. In: Dirk Wilking/Michael Kohlstruck (Hrsg.): Einblicke III. Ein Werkstattbuch, Potsdam 2010, S. 125-139.

Weiterentwicklung der RAA Brandenburg durch Leitprojekte

Die Auflage der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus und der EU-Programme für Integration ermöglichten der RAA Brandenburg die Ausweitung und weitere Professionalisierung ihrer Arbeit. Die geförderten Modellprojekte, die durch das „Tolerante Brandenburg“, die Integrationsbeauftragte des Landes, aber auch andere Fördermittelgeber kofinanziert wurden, zielten konsequent auf die Weiterentwicklung der Struktur und der Arbeit der sechs Niederlassungen. Eine Auswahl dieser Modellprojekte und -programme sei hier genannt:

- (1) Als *Landeskoordination* des Programms *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* wurden Schülerinnen und Schüler, Schulleitungen und Lehrkräfte bei der Umsetzung des Programms durch Fortbildungen und Seminare für die Schülerschaft unterstützt. Heute sind 71 Schulen Mitglied des landes- und bundesweiten Netzwerks von Schule ohne Rassismus.
- (2) Mit der Entwicklung sog. „Peer Leaders“-Programme werden Schülerinnen und Schüler in Bezug auf demokratisches politisches Handeln unterstützt. Zurzeit fördern die Schulberatenden der RAA die Kreisschülerräte in den vier Schulamtsregionen.
- (3) Unter dem Titel *Kita interkulturell* werden seit 2011 Fortbildungen und Praxisberatung für Kitas und Horte in Brandenburg angeboten.
- (4) Um die Beratungsarbeit der Schulberatenden der RAA systematisch weiterzuentwickeln, wurden in dem dreijährigen Projekt *Demokratische und interkulturelle Schulentwicklung (DEINS!)* Schulberatenden der RAA, des „Beratungs- und Unterstützungssystems für Schulaufsicht und Schule“ (BUSS) und weitere Interessierte in Fragen der Begleitung demokratischer Schulentwicklung qualifiziert und schulentwicklungsbezogene Beratungs- und Fortbildungsansätze erprobt.
- (5) Mit der Aufnahme des Landes Brandenburg in das bundesweite *IQ-Netzwerk* war die RAA Brandenburg in die Entfaltung und Konzeption des Netzwerks durch die Integrationsbeauftragte des Landes involviert und entwickelte seit 2011 Fortbildungs- und Beratungsangebote für die Regelinstitutionen des Arbeitsmarktes (Jobcenter, Arbeitsagenturen und weitere arbeitsmarktrelevante Verwaltungsbereiche).

Weiterentwicklung der Arbeit der Brandenburgischen Sportjugend

Seit nunmehr über zehn Jahren stärkt die Brandenburgische Sportjugend durch verschiedene Maßnahmen demokratische Handlungskompetenzen, das zivilgesellschaftliche Engagement und die Zivilcourage im organisierten Sport. So wurden u.a. das Projekt „Verein(t) gegen Rechtsextremismus“ in dem Zeitraum von 2007-2010 und das Projekt „Tore für Demokratie“ in den Jahren 2010-2012 durchgeführt. Ebenfalls zu erwähnen ist das Projekt „Meilen für Toleranz“, das im gesamten Land Brandenburg stattfindet. Besonders symbolträchtig war im Jahr 2007 die „Meile für Toleranz“ beim 40. Sachsenhausener Gedenklauf. Der Lauf erinnert an die Befreiung des Konzentrationslagers Sachsenhausen und verläuft alljährlich Anfang Mai rings um die Gedenkstätte in Oranienburg herum. 2017 nahmen über 700 Sportlerinnen und Sportler aus dem In- und Ausland teil. Die Schirmherrschaft für den 50. Sachsenhausen-Gedenklauf übernahm Ministerpräsident Woidke.

Auch das Projekt „Beraten Bewegen – DRANBLEIBEN“ (2013-2019) ist von großer Bedeutung: Im Rahmen des Projektes wurden in zwei Durchgängen insgesamt 18 systemische Beraterinnen und Berater ausgebildet. Ziel dieser Ausbildung war der Erwerb grundlegender Beratungskompetenzen, um den komplexen Anforderungen bei Beratungen in Sportvereinen gerecht zu werden. Des Weiteren erhielten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen Fortbildungen, um insbesondere bei Vorfällen in den Themenfeldern Rechtsextremismus, Rassismus, Diskriminierung und Demokratie aktiv werden zu können.

Seit Bestehen blickt das Projekt „Beraten Bewegen – DRANBLEIBEN“ auf über 60 erfolgreich bearbeitete Beratungsfälle zurück. Inhaltlich wurden Vorfälle auf allen Ebenen eines Vereins (Vorstände, Übungsleiter/innen, einfache Mitglieder, Sponsorinnen und Sponsoren, Zuschauer/innen) bearbeitet –

wobei die betroffenen Vereine sehr unterschiedlich mit den jeweiligen Vorfällen umgegangen sind. Während einige Vereine lediglich kleinere Hilfestellungen benötigten, waren andere Vereine mit der Situation überfordert und benötigten umfassendere Hilfestellungen. Viele Vereine gingen an die Beratung mit der Erwartungshaltung heran, direkt bereits ausgearbeitete Lösungen zu erhalten, um ihr Problem klären zu können. Die Notwendigkeit einer intensiven vereinsinternen Auseinandersetzung ist für die betroffenen Vereine nicht immer nachvollziehbar. Ebenso bringt eine deutliche Positionierung die zumeist ehrenamtlich agierenden Sportvereine an ihre Grenzen. Mit viel Sensibilität und respektvollem Umgang gelingt es aber zunehmend, gemeinsam mit ihnen Handlungsansätze zu erarbeiten.

Auch die engere Kooperation mit den regionalen Sportstrukturen (Kreis- und Stadtsportbünde), die aufgrund ihrer Zuständigkeiten eine engere Beziehung zu den Sportvereinen haben, hat sich bewährt. Insgesamt ist die Sensibilität für antidemokratische Vorfälle in den Sportstrukturen Brandenburgs gestiegen, was auch mit der Bekanntheit des Projektes einhergeht. Dabei ist es gelungen, LSB-intern ein Kommunikationskonzept für Vorfälle dieser Art zu entwickeln, so dass es dem Projekt nunmehr möglich ist, kurzfristig und adäquat zu handeln und zu unterstützen.

Neben den Beratungen bietet das Projekt „Beraten Bewegen – DRANBLEIBEN“ regelmäßig Workshops an, um präventiv zu sensibilisieren. Dazu gehören u.a. die Mitwirkung am jährlichen „Antirassismustag in Schwedt“, regelmäßige thematische Teamerinnen- und Teamerschulungen im Projekt Straßenfußball sowie Workshops auf regionalen Fachtagungen. Auch in den Ausbildungen zur Jugendleitercard der Freiwilligendienstleistenden im Sport ist das Thema Rechtsextremismus flächendeckend fester Bestandteil geworden. Darüber hinaus bietet z.B. der Stadtsportbund Cottbus jährlich gezielt Übungsleiter/innenfortbildungen als Lizenzverlängerung zum Thema „Umgang mit Rechtsextremismus im Sport“ an. Im Zuge dieser Fortbildungen gelang es überdies, Hallen- und Nutzungsverträge für die Anmietung von Sportstätten mit entsprechenden Klauseln zu versehen. Zudem fand 2013 unter dem Titel „Wir wollen doch nur unseren Sport machen – Sportvereine und Rechtsextremismus in Südbrandenburg“ ein Abendforum der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem Landessportbund Brandenburg mit über 60 Vereinen aus der Region in Cottbus statt. Nicht zuletzt hierbei zeigte sich, dass Südbrandenburg aufgrund der vorhandenen langjährig gewachsenen rechtsextremistischen Strukturen auch für den Sport eine Herausforderung im Umgang mit Vorfällen darstellt.

Gleichwohl verzeichnet das Projekt auch besondere Erfolge, wie die Sensibilisierung der Brandenburger Kampfsportverbände für das Thema Rechtsextremismus eindrücklich veranschaulicht: Unter dem Motto „Dem Rechtsextremismus Paroli bieten“ entstand im Jahr 2014 ein Positionspapier der Landesfachverbände für Kampfsport und Selbstverteidigung in Brandenburg. Zu den Unterzeichnenden gehörten der Brandenburgische Judo-Verband e.V., der Amateur-Box-Verband Land Brandenburg e.V., der Brandenburgische Ju-Jitsu Verband e.V., der Taekwondo-Verband Berlin/Brandenburg e.V., der Karate Dachverband Land Brandenburg e.V., der Ringerverband Brandenburg e.V. sowie die Berlin-Brandenburger Kickboxunion. In dem Positionspapier heißt es etwa: „Wir setzen uns für die Vermittlung demokratischer Werte und ein tolerantes harmonisches Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur, gegen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und jegliche Diskriminierung von Minderheiten ein.“ Seit der Unterzeichnung dieses Positionspapieres besteht eine enge Zusammenarbeit, insbesondere bei antidemokratischen Vorfällen, die für eine hohe Sensibilität in den Verbänden spricht.

Ein wesentlicher Bestandteil von „Beraten Bewegen – DRANBLEIBEN“ ist außerdem die enge Kooperation mit dem Fußball-Landesverband Brandenburg e.V. Die Kooperation wurde bewusst gewählt, denn dem Fußball-Landesverband wird eine große mediale Aufmerksamkeit zuteil und er ist der größte Verband mit den meisten Mitgliedern. Der gemeinsame „Aktionstag für Menschlichkeit und Toleranz“ schafft jährlich eine Plattform, die der Fußball-Landesverband nutzt, um deutliche Signale zu setzen und um möglichst viele Fußballvereine zu sensibilisieren. Mit einem bunten Programm und vielen regionalen und lokalen Partnerinnen und Partnern setzt der Verband somit regelmäßig ein Zeichen für Integration und ein faires Miteinander.

5.2 Etappen im politischen Raum

Novellierung der Landesverfassung – die Anti-Rassismus-Klausel (2013)

Im November 2013 hat das Land Brandenburg mit der Einführung einer Anti-Rassismus-Klausel eine bundesweite Vorreiterrolle übernommen. Dabei wurde auf Basis einer von allen Landtagsfraktionen eingebrachten Beschlussempfehlung des Hauptausschusses die Verfassung des Landes Brandenburg geändert. Mit der Novellierung wurde ein weiteres Staatsziel in die Landesverfassung (LV) aufgenommen.

Im eingefügten Art. 7a LV heißt es nun: „Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen.“ Vorausgegangen waren dieser Verfassungsänderung Anregungen von Generalstaatsanwalt Rautenberg, dass mithilfe des Zusatzartikels und einer überarbeiteten Schutzklausel der Schutz vor rassistischer Verfolgung im Land Brandenburg deutlich gestärkt würde. Zudem würde bspw. auch für Versammlungsbehörden die Rechtslage bei der Beurteilung von Versammlungsgenehmigungen eindeutiger.

Im Rahmen einer Anhörung vor dem Hauptausschuss des Landtages Brandenburg zu einem zuvor erarbeiteten Gesetzesentwurf sprachen sich zudem mehrere Sachverständige und insbesondere der Präsident des Landesverfassungsgerichtes Brandenburg, Jes Möller, dezidiert dafür aus, den Begriff „Rasse“ aus der Verfassung zu streichen. Mit der Novellierung des Art. 12 Abs. 2 LV lautet die Schutzklausel in der Landesverfassung nun: „Niemand darf wegen der Abstammung, Nationalität, Sprache, des Geschlechts, der sexuellen Identität, sozialen Herkunft oder Stellung, einer Behinderung, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder aus rassistischen Gründen bevorzugt oder benachteiligt werden.“

Die Verfassungsänderung ist ein eindrücklicher Beleg dafür, wie sich im Land Brandenburg auf Grundlage demokratischer Prozesse unterschiedliche politische Gruppierungen letztendlich wiederholt auf einen gemeinsamen Weg im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus einigen können. Die CDU-Fraktion hatte nämlich zunächst den ersten von SPD, DIE LINKE, FDP und Bündnisgrünen vorgelegten Gesetzesentwurf abgelehnt. Durch die im Laufe der parlamentarischen Beratung vorgenommenen Änderungen gelang es schließlich, sich in den unterschiedlichen parteipolitischen Positionen soweit anzunähern, dass die Verfassungsänderung auf Grundlage eines gemeinsamen Gesetzesentwurfes aller Fraktionen erfolgte.

Insgesamt sind die Einführung der Anti-Rassismus-Klausel und die Novellierung des Art. 12 Abs. 2 LV ein weiterer Beleg für die seit 1998 einsetzende, stete parlamentarische Unterstützung. Im Prozess der Änderung der Landesverfassung wurde eine Art Leitbild der Zusammenarbeit erkennbar: Die Zivilgesellschaft Brandenburgs ist eine *Partnerin* des Landesparlamentes; die gleichberechtigte Zusammenarbeit ist ein Charakteristikum dieser Partnerschaft, was wiederum als Fundament des spezifischen und zugleich vorbildlichen Weges Brandenburgs zu betrachten ist.

5.3 Entwicklung innerhalb der rechtsextremistischen Szene in Brandenburg

Neonazistische Szenen und Strukturen entwickeln sich insbesondere dort, wo neonationalsozialistische Personenzusammenschlüsse zustande kommen. Derartige Zusammenschlüsse in Brandenburg waren bereits zu Beginn der 1990er Jahre von bundesweiten Verboten betroffen. Vergleichsweise früh wurden 1995 die „Direkte Aktion/Mitteldeutschland (JF)“ sowie 1997 die „Kameradschaft Oberhavel“ verboten. Später folgten weitere Verbote:

- 2005: Kameradschaft Hauptvolk sowie die Untergliederung Sturm 27
- 2005: Alternative Nationale Strausberger Dart-, Piercing- und Tattoo-Offensive (ANSDAPO)
- 2006: Kameradschaft Schutzbund Deutschland
- 2011: Freie Kräfte Teltow-Fläming (FKTF).

So richtig und wirkungsvoll diese Maßnahmen auch waren, sie konnten auf lange Sicht nicht das Anwachsen des ideologisch sehr gefestigten neonationalsozialistischen Personenpotentials verhindern, so dass es 2012 die größte Teilmenge im Rechtsextremismus ausmachte. Zentrum dieser Entwicklung war der „Widerstand in Südbrandenburg“, oftmals auch nur „Spreelichter“ genannt. Diese Gruppierung hatte über Jahre hinweg ihre Agitationsformen virtuell wie real so fortentwickelt und professionalisiert, dass sie als Ideengeber vorübergehend zu den einflussreichsten Neonationalsozialisten im deutschsprachigen Raum zählte. Sie konnte im Süden des Landes dabei auf ein Netzwerk zurückgreifen, welches sich von der Rechtsrock-Szene über Kampfsport, Hooliganismus, dem Security-Gewerbe bis hin zum Rocker-Milieu erstreckte.

Diese rechtsextremistische Verdichtung in einem regionalen Raum, in dem zusätzlich die NPD zwischenzeitlich hohe Präsenz zeigte, ist eine Besonderheit in Brandenburg. All dies vollzog sich innerhalb einer parallel erzeugten rechtsextremistischen Subkultur, die über eigene Mode- und Musiklabel, Konzerte, Räumlichkeiten und vieles andere verfügt. Der „Widerstand Südbrandenburg“ wurde 2012 vom damaligen Innenminister Woidke verboten, was zumindest einen vorübergehenden Rückgang der Aktivitäten nach sich zog.

Nach dem Verbot der Gruppierung „Widerstand in Südbrandenburg“ („Spreelichter“) im Jahr 2012 rückte der Nordwesten Brandenburgs ins Zentrum rechtsextremistischer Aktivitäten. Hier versuchte eine Mischung aus NPD sowie Neonationalsozialistinnen und Neonationalsozialisten mit Verbindung zu Akteurinnen und Akteuren der verbotenen „Kameradschaft Hauptvolk“ eine massive Anti-Asyl-Kampagne zu starten. Höhepunkt war im August 2015 der Brandanschlag eines NPD-Funktionärs und seiner Komplizen auf eine geplante Asylunterkunft in Nauen. Die beteiligten Täter erhielten mehrjährige Haftstrafen.

In den Jahren 2015 und 2016 befeuerte die NPD mit Hilfe von Neonationalsozialistinnen und Neonationalsozialisten und teilweise in punktueller Zusammenarbeit mit den neonationalsozialistisch ausgerichteten Kleinstorganisationen „Der III. Weg“ sowie „Die Rechte“ auf den Straßen und im Internet eine breit angelegte Anti-Asyl-Protestkampagne. Dabei musste die Szene jedoch feststellen, dass sie bei Demonstrationen überwiegend auf sich selbst beschränkt blieb. Daher setzen einige auf Bündnispolitik. Andere sind bemüht, über ein modernisiertes Erscheinungsbild, intellektuellen Anstrich, elitäre Grundhaltung und aufmerksamkeitserschöpfende Spontanaktionen Einfluss auf Debatten zu nehmen. Das gilt auch für die ursprünglich aus Frankreich stammende „Identitäre Bewegung“. Sie unterscheidet sich zwar im Erscheinungsbild teilweise erheblich vom bisherigen Rechtsextremismus. Jedoch treten bei ihr – wenn auch außerhalb Brandenburgs – Akteurinnen und Akteure mit rechtsextremistischer Biografie in Erscheinung und sorgen so für entsprechende Personenkontinuität. Ebenso ist der von der „Identitären Bewegung“ propagierte „Ethnopluralismus“ geeignet, als vermeintlich wohlklingende Hülse rassistische Überzeugungen zu verdecken und geschönt zu transportieren. In Brandenburg verfügt die „Identitäre Bewegung“ über etwa 20 Unterstützende.

Mit Blick auf die rechtsextremistische Subkultur (bspw. eigene Mode- und Musiklabel, Konzerte) zeigt sich laut Verfassungsschutz, dass gerade die rechtsextremistische Musik schon immer für die Szene Brandenburgs von hoher Bedeutung war. Noch bis in die jüngste Zeit hinein hatte das eher bevölkerungsarme Brandenburg die meisten Bands dieser Art in ganz Deutschland (2016: 24). Diese sorgen seit Jahren für ein hohes Aufkommen an produzierten Tonträgern, die in erster Linie als Ideologievermittler dienen, um Nachwuchs an die Szene heranzuführen. Durch massive Anstrengungen der Polizei, welche über Jahre hinweg immer wieder in Großeinsätzen illegale Konzerte verhinderte oder auflöste, konnte das Konzertgeschehen in Brandenburg zwischenzeitlich fast vollständig gestoppt werden. Hinzu kommen wirkungsvolle Maßnahmen der Ordnungsämter. Der höchste Wert lag mit 15 Konzerten im Jahr 2011, 2016 gab es nur noch zwei Konzerte in Brandenburg. In jüngster Zeit bemüht sich die rechtsextremistische Szene in den neuen Bundesländern wieder verstärkt um die Durchführung von Szenekonzerten. Zentrales Anliegen ist, eine „verbotssichere“ Liegenschaft zu erlangen.

5.4 Die Fluchtbewegung und das „Bündnis für Brandenburg“

Herausforderungen für das Beratungsnetzwerk

Ab 2014 zog eine steigende Zahl von u.a. aus den Krisenregionen des Nahen Ostens Geflüchteter nach Brandenburg. Dadurch erlebte die Gesellschaft zeitweilig eine enorme Belastung der kommunalen und regionalen Systeme. Verwaltungen, Politik und insbesondere die Zivilgesellschaft standen vor großen Herausforderungen, für deren Bewältigung ihnen keine Routinen zur Verfügung standen, auf die sie hätten zurückgreifen können. Gleichzeitig erfolgte jedoch eine große Welle der Hilfsbereitschaft und Solidarität aus der Bevölkerung. Binnen kurzer Zeit entstanden in Brandenburg etwa 100 Bürgerinitiativen, die sich der Flüchtlingshilfe widmeten. Viele davon rekrutierten sich aus den Mitgliedern örtlicher Bündnisse gegen Rechtsextremismus.

Die abrupt gestiegenen Flüchtlingszahlen beeinflussten schon frühzeitig die Arbeit des Beratungsnetzwerkes „Tolerantes Brandenburg“. Im Mittelpunkt der Angebote der RAA Brandenburg und der MBTs standen bereits seit 2013 die Integration von Zugewanderten und die Förderung interkultureller Kompetenz. Ein Schwerpunkt war die Beratung von Landkreisen und Gemeinden zur Einrichtung neuer bzw. der Erweiterung bestehender Flüchtlingsunterkünfte sowie die Aufnahme von Flüchtlingskindern

und Flüchtlingsjugendlichen in Kitas und Schulen. Dabei ging es einerseits darum, dass Flüchtlinge eine humane Aufnahme erleben. Zweitens sollte verhindert werden, dass es rechtsextremen Kräften gelingt, das Flüchtlingsthema politisch zu instrumentalisieren, die soziale Aufnahme der Flüchtlinge zu erschweren und daraus politisches Kapital zu schlagen. Diese frühzeitige Intervention führte dazu, dass bei steigenden Geflüchtetenzenzahlen die öffentliche Debatte über die Unterbringung in einem im ostdeutschen Ländervergleich relativ zivilisierten Rahmen stattgefunden hat.

Ebenso forderte die RAA Brandenburg mit Nachdruck den frühzeitigen Beginn schulischer Integrationsmaßnahmen schon in der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) in Eisenhüttenstadt. Durch den mehrmonatigen Verbleib von Asylsuchenden in der EAE konnten Kinder und Jugendliche weit über eine aufnahmetechnisch begründete Zeitspanne hinaus nicht am Unterricht teilnehmen. Auch gab es kaum Maßnahmen der schulischen Eingliederung. Aufgrund der sehr zögerlichen Aufnahme in den Landkreisen führte die RAA dieses Angebot in Abstimmung mit dem Bildungsministerium auch in der EAE Eisenhüttenstadt durch und richtete erste Fördermaßnahmen zum Erlernen der deutschen Sprache ein. Mit der Einrichtung regulärer Fördergruppen zum Schuljahr 2013/14 wurde die Maßnahme beendet.

Für das MBT entstanden durch das nunmehr erweiterte Aufgabenspektrum nicht nur quantitativ erheblichen Mehrbelastungen in der Beratungsarbeit, sondern auch qualitativ. Mit der Übernahme von neuen Arbeitsschwerpunkten im Beratungsangebot lag nun ein Fokus auf der Analyse und Steuerung kommunaler Prozesse zur Sicherung des sozialen Friedens. Dazu zählte etwa die Frage, wie eine gute Umsetzung der Unterbringung und der sich daran anschließenden Integration in den entsprechenden Kommunen gelingen kann. Waren früher zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure die größte Gruppe, beriet das MBT nun vermehrt Zuständige in den Kommunen (Städte und Gemeinden, Landkreise, Verwaltungsspitzen und Kommunalpolitiker/innen). Diese neu erschlossene Zielgruppe des MBT wird bis zum heutigen Tag intensiv beraten. Zugleich musste das MBT nach eigenen Aussagen in der damaligen Situation vorübergehend Qualitätsverluste in seiner Arbeit akzeptieren. So konnte der wesentliche Qualitätsstandard, Beratungsprozesse stets zu zweit zu beginnen, anfangs nicht aufrechterhalten werden.³⁶ Das Land reagierte jedoch auf diese prekäre Situation und ermöglichte 2017 eine personelle Aufstockung des MBT, um die Beratungsqualität nachhaltig zu gewährleisten.

Ebenso betroffen von den Fluchtbewegungen war die Arbeit des Aktionsbündnisses: Es entschloss sich, die vielerorts schnell entstandenen Bürgerinitiativen in ihrem Engagement zu unterstützen und zu vernetzen. Das Aktionsbündnis initiierte eine Koordination ehrenamtlicher Hilfsstrukturen in Brandenburg und einen Austausch mit der Zentralen Ausländerbehörde. Dadurch konnte das Engagement der Helferinnen und Helfer innerhalb staatlicher Einrichtungen der Flüchtlingserstaufnahme geregelt werden. In großer Stückzahl vertrieb das Aktionsbündnis zudem die Hefte „Neue Nachbarn“. Diese Hefte enthalten gut nachvollziehbare und leicht verständliche Informationen für Bürgerinnen und Bürgern, die aufgrund des Zuzugs von Flüchtlingen verunsichert sind und daher für Vorurteile empfänglich sein könnten.

Mit dem verstärkten Zuzug von Geflüchteten gab sich auch ein sich veränderndes Erscheinungsbild rechter und rassistischer Gewalt zu erkennen. Die Zahl dokumentierter Fälle stieg bundesweit massiv an. Entsprechend musste sich die Opferperspektive in ihrer Arbeit anpassen. Auffällig ist, dass die

³⁶ Der/die Beratungsnehmende hat so die Möglichkeit, sein Problem an eine bestimmte Person anzudocken; das MBT hat die Möglichkeit, das Problem der/des Beratungsnehmenden aus unterschiedlichen Perspektiven wahrzunehmen und sich gegenseitig zu korrigieren.

Hemmschwelle, gewalttätig gegen Mitmenschen vorzugehen, in den letzten Jahren deutlich gesunken ist. Die Täterinnen und Täter greifen oft spontan und bei Gelegenheit, vermehrt aus größeren Gruppen heraus, an. Betroffen sind neben vermeintlich identifizierten Migrantinnen und Migranten und Geflüchteten, auch jene, die sich für eine gelebte Willkommenskultur, gegen Rechtspopulismus oder die extreme Rechte engagieren. Vermehrt geraten dabei Frauen, Kinder und Jugendliche ins Visier. Auch der Einsatz von Waffen, Sprengstoffen und Brandsätzen nimmt zu. 2015 und 2016 brannten geplante und bereits bewohnte Flüchtlingsunterkünfte in Brandenburg, wurden Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker mit dem Tod bedroht, Journalistinnen und Journalisten und internationale Studierende angegriffen und Anschläge gegen politische Gegnerinnen und Gegner verübt. Aufgrund des enorm gestiegenen Bedarfs konzentrierte sich die Opferberatung in den letzten drei Jahren fast ausschließlich auf die akute Beratungs- und Unterstützungsarbeit, leistete Krisenintervention und Begleitung durch die juristischen Verfahren. Besonders besorgniserregend ist in diesem Kontext, dass sich die gesellschaftliche Resonanz für rassistische Positionen und genuin rechte Mobilisierungen gegen Geflüchtete spürbar vergrößerte. „Die Anzahl und Intensität rechter und rassistischer Taten haben ein Ausmaß angenommen, das uns an die 1990er erinnert“, äußerte die Opferperspektive im Jahr 2016. Heute engagieren sich viele Menschen für ein solidarisches Zusammenleben von Alt- und Neu-Brandenburgerinnen und Alt- und Neu-Brandenburgern. Hierin zeigt sich auch ein wesentlicher Unterschied zur desolaten Situation der 1990er Jahre.

Das „Bündnis für Brandenburg“

Angesichts dieser Situation war man sich in Politik und Verwaltung schnell einig, das bis dahin erfolgte Engagement der Brandenburgerinnen und Brandenburger sowie zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure stärker und strukturierter als bis dahin zu unterstützen. Ziel war die Schaffung politischer Rahmenbedingungen, um das solidarische Miteinander besser fördern zu können. Das gemeinsame Vorgehen sollte untereinander effektiver abgestimmt werden und langfristig wirken können. Auch die steigende Skepsis gegenüber Geflüchteten sollte verringert werden.

Aus diesem Grund entschloss sich die Landesregierung als erstes Bundesland, ein starkes und gesellschaftlich breit aufgestelltes Bündnis zu initiieren. Ziel war es nicht, neue Strukturen zu schaffen, sondern auf bereits vorhandene aufzubauen, um so möglichst schnell handlungsfähig zu werden. Zu diesen vorhandenen Strukturen, die genutzt wurden, zählten neben dem Beratungsnetzwerk des „Toleranten Brandenburgs“ z.B. die Initiative „Brandenburg zeigt Herz“, „HelpTo“ oder die kommunalen Ausländer- und Integrationsbeauftragten. Das Grundanliegen des Bündnisses sind die Vernetzung, die Unterstützung und die Kommunikation, um so für eine größere gesellschaftliche Öffnung mit Blick auf die Integration von Geflüchteten zu werben. Dazu zählen ebenso die Bündelung der verschiedenen Aktivitäten im Land Brandenburg, die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe der Geflüchteten sowie die lebensnahe Vermittlung demokratischer Grundwerte wie Respekt, Toleranz oder Vielfalt in der Gesellschaft.

Recht schnell nach der Initiierung des „Bündnisses für Brandenburg“ im November 2015 war man sich einig, dass sich die Inhalte und Aufgaben des Bündnisses und jene des „Toleranten Brandenburgs“ ergänzen. Entsprechend wurde das Bündnis Anfang 2016 der Koordinierungsstelle zugeordnet, auch um Synergieeffekte zu erzielen. Damit erhielt die Koordinierungsstelle nicht nur ein weiteres Aufgabenfeld, sondern wurde nun als Stabsstelle in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg angesiedelt.

Das Bündnis stellt einen breiten Zusammenschluss der verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen dar: Aktuell tragen das Bündnis 295 Organisationen und Unterstützende, darunter viele wichtige zivilgesellschaftliche, wirtschaftliche, politisch-gesellschaftliche und kirchliche Akteurinnen und Akteure. Die Vielfalt des breit aufgestellten Unterstützendenkreises birgt für das gesamte Netzwerk der Koordinierungsstelle ein bedeutendes Potential.

So leistete bspw. der organisierte Sport als Gründungsmitglied des „Bündnisses für Brandenburg“ seit 2015 einen wichtigen Beitrag mit dem Ergänzungsprojekt „Flucht und Asyl“ sowie der Einbindung von Bundesfreiwilligen mit Fluchtbezug. Im Rahmen dieses Projektes wurden Beratungen für Sportvereine zur Unterstützung bei der Arbeit mit Flüchtlingen, Vorträge, Workshops und Willkommenssportfeste durchgeführt. Bei regionalen Willkommenssportfesten gelang es, mit Flüchtlingsunterkünften und verschiedenen Netzwerkpartnerinnen und -partnern ins Gespräch zu kommen und teilweise Flüchtlinge in die lokalen Sportvereine zu integrieren.

In den vergangenen zwei Jahren hat sich das „Bündnis für Brandenburg“ als wichtiger Motor und Förderer der Integrationsarbeit in Brandenburg etabliert, was die vielen durch das Bündnis geförderten Modellprojekte eindrücklich bestätigen. Auch werden durch das Bündnis Mikroförderungen für Projekte und freie Träger zur Integration von Geflüchteten ermöglicht. Es werden z.B. Projekte unterstützt, die den Austausch und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Bevölkerung fördern sowie regionale Netzwerkstrukturen anregen, stärken und weiterentwickeln.

Ebenso fördert das „Bündnis für Brandenburg“ das kommunale Engagement zur Integration geflüchteter Menschen mit den Regionalbudgets. Den Landkreisen und kreisfreien Städten werden Mittel zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Die Regionalbudgets dienen der Unterstützung von eigenen flüchtlingsbezogenen Projekten sowie von Projekten der Gemeinden oder Städte, aber auch freier Träger.

Aber auch als Informationspool leistet das Bündnis wertvolle Arbeit. So werden alle Informationen zu den Fördermodalitäten der Koordinierungsstelle, des MASGF, des MWFK und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, ebenso wie umfangreiche Hilfestellungen und neue Entwicklungen im Kontext der Geflüchtetenarbeit und der Integration in Brandenburg auf der Internetseite www.buendnis-fuer-brandenburg.de bereitgestellt.

Die Internetseite hat sich damit über die Jahre hinweg zu einer wichtigen Informationsseite insbesondere für Helferinnen und Helfer in der Flüchtlingsarbeit entwickelt. Zurückgegriffen werden kann sowohl auf allgemeine Informationen als auch auf Angaben bspw. zu den Kategorien Wohnen, Arbeiten, Studieren, Schule/Kinderbetreuung, Finanzen, Mobilität oder Gesundheit. Darüber hinaus stellt die Internetseite Kontaktdaten zu (regionalen) Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern und Initiativen zur Verfügung, verweist auf themenspezifische Veranstaltungen in Brandenburg und präsentiert die Unterstützenden des Bündnisses.

Ferner veranstaltete das „Bündnis für Brandenburg“ insgesamt sechs Dialogveranstaltungen zu jeweils einem thematischen Schwerpunkt. In die Programmgestaltung sind wiederum die Kompetenzen der Beratungsnetzwerk-Mitglieder des „Toleranten Brandenburg“ mit eingeflossen. Die Dialogforen zielten auf die Vernetzung der Akteurinnen und Akteure untereinander und die Förderung des Erfahrungsaustausches.

Gleichzeitig wurde durch die Rede des Ministerpräsidenten und die umfangreiche Mitwirkung der jeweiligen Fachministerien der Stellenwert der Bündnis-Zielstellungen für die Landesregierung deutlich her-

vorgehoben. Jedes der Foren hat für seinen Themenbereich zu einer Weiterentwicklung der fachpolitischen Debatte, aber v.a. auch zu einer Vernetzung der auf dem jeweiligen Themenfeld aktiven Organisationen und Verbände, geführt. Damit hatten die Dialogveranstaltungen eine nachhaltige Wirkung für eine zielorientierte Integrationspolitik gezeitigt.

5.5 Herausgehobene weitere Aktivitäten der Koordinierungsstelle

B-Team-Tour

Ziel der B-Team-Tour ist es, jeweils ein aktuell relevantes Problem aufzugreifen und zu diesem Thema mit Brandenburgerinnen und Brandenburgern ins Gespräch zu kommen. Gerade im Zuge der Fluchtbewegungen zeigte sich, wie Synergien durch die Zusammenlegung der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ mit dem „Bündnis für Brandenburg“ zu erzielen sind. So führte die Koordinierungsstelle im Jahr 2016 unter dem Motto „Flucht und Asyl“ erstmalig die B-Team-Tour³⁷ durch, die im Zeitraum vom 3. September bis 17. September 2016 insgesamt 48 Stationen besuchte. Tour-Teilnehmer und Tour-Teilnehmerinnen waren 7 junge Menschen aus verschiedenen Teilen Brandenburgs.

Ebenso wie die als Vorbild dienende „Wahlwecker-Tour“ in 2014 war es Ziel dieser B-Team-Tour, mit den Brandenburgern und der Brandenburgerinnen und hier v.a. Jugendlichen in Austausch zu treten. Dabei wurden Stationen im gesamten Land Brandenburg besucht. Dazu zählten Schulen, (Jugend-)Einrichtungen, lokale Veranstaltungen, Orte (z.B. Marktplätze) und Menschen (u.a. auch Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte und Amtsträgerinnen und Amtsträger) in Brandenburg. Während der gesamten Tour berichteten die jungen Teilnehmenden regelmäßig auf Facebook, Instagram und auf einem eigenen Blog über die Geschehnisse und ihre Eindrücke.

Im Jahr 2017 widmete sich die zweite Tour dem Thema „Gegen Hate-Speech & Fake-News!“. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten vom 9. bis 23. September 2017 mehr als 30 Stationen. Der für diese Tour angefertigte 5 Meter hohe Aktions-Würfel trug zusätzlich dazu bei, der Tour besondere Aufmerksamkeit zu verschaffen. Das große Interesse wurde durch einen Pressetermin vor dem Landtag und die zu der Zeit aktuelle Debatte über das Netzwerk-Durchsetzungsgesetz (NetzDG) nochmals erhöht.

2018 führt die B-Team-Tour Jugendliche an Orte Brandenburgs, an denen sich die Geschichte des Handlungskonzeptes ablesen lassen. Hierzu gehören einerseits Stationen, an denen sich der Schrecken von rechter Gewalt und Rassismus besonders manifestiert. Andererseits werden auch solche besucht, an denen es besonders gut gelungen ist, nachhaltig eine demokratische Kultur zu etablieren und rechter Ideologie den Nährboden zu entziehen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden wichtige Akteurinnen und Akteure der vergangenen 20 Jahre sowie Opfer rechter Gewalt treffen. Anlässlich der bevorstehenden Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen im Jahr 2019 ist geplant, dass sich die B-Team-Tour 2019 mit dem Thema „Wahlen“ auseinandersetzt.

³⁷ Die Abkürzung „B-Team“ steht für „Brandenburg-Team“.

Die Zukunftsdialoge des „Toleranten Brandenburgs“

In Anbetracht der hohen Ansprüche, die zu Recht an die professionelle Arbeit für Demokratie und gegen Extremismus gestellt werden, hat die Koordinierungsstelle im Jahr 2013 eine wissenschaftliche Expertise zur praktischen Umsetzung des Handlungskonzeptes in Auftrag gegeben.

Instrumente der Arbeit für Demokratie und gegen Extremismus, wie z.B. politische Bildungs- und Präventionsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung, wirken primär langfristig, weshalb sich sofortige Wirkungen oft nur mittelbar und mit Verzögerung feststellen lassen. Mithin stellen Evaluationen derartiger Programme eine Herausforderung dar. Daher wurde die Anfertigung der Expertise an drei ausgewiesene Experten für Rechtsextremismus in Brandenburg, Prof. Dr. Wilfried Schubarth, Dr. Michael Kohlstruck und Prof. Dr. Manfred Rolfes, übertragen. Die im Jahr 2014 vorgelegte Expertise würdigt die Erfolge des „Toleranten Brandenburgs“, formuliert gleichzeitig aber auch Optimierungsmöglichkeiten. In Bezug auf die organisatorischen Rahmenbedingungen heißt es u.a., es „erscheint ein *partizipativer, die lokalen Bedürfnisse und Kompetenzen berücksichtigender Ansatz* am meisten Erfolg zu versprechen. Ein mehrstufiger, alle *relevanten Akteure integrierender Beteiligungsprozess* könnte hierzu angestoßen werden“³⁸.

Diese Empfehlung griff die Koordinierungsstelle auf und entwickelte das Format „Zukunftsdialoge“, in dessen Rahmen in den Jahren 2015 und 2016 insgesamt 18 ganztägige Informations- und Diskussionsveranstaltungen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Brandenburgs durchgeführt wurden. Insgesamt nahmen an den 18 Veranstaltungen 1.200 Personen teil. Die Auswertung der Zukunftsdialoge, die von denselben Wissenschaftlern im Jahr 2017 ausgearbeitet und auf der Abschlussveranstaltung der Zukunftsdialoge vorgestellt wurde, stellte das in Brandenburg flächendeckende Engagement gegen Rechtsextremismus heraus. Die bestehenden Beratungsangebote wurden auf den Veranstaltungen mehrheitlich als gut zu den Bedarfen passend eingeschätzt. Die Zukunftsdialoge thematisierten – und auch das wurde als positiv herausgestellt – zudem in der Regel aktuelle Fragen der Integration, neuere Phänomene wie Hate Speech und Rechtspopulismus, insbesondere online, sowie den mit großer Vehemenz um sich greifenden Alltagsrassismus.

Die Koordinierungsstelle plant, erneut eine wissenschaftliche Expertise in Auftrag zu geben, um die seit 2014 erfolgten Veränderungen ihrer Arbeit, eingedenk neuer Themengebiete und des durch die Integration des Bündnisses modifizierten organisatorischen Rahmens, beurteilen und adäquate Schlussfolgerungen aus der veränderten politischen Gesamtsituation ziehen zu können.

³⁸ Schubarth, Wilfried/Michael Kohlstruck/Manfred Rolfes: Expertise zum Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“, Potsdam 2014, S. 31.

6. Neue Herausforderungen

6.1 Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Viele Brandenburgerinnen und Brandenburger engagierten sich enorm in der Flüchtlingshilfe. Parallel zur Hilfsbereitschaft nehmen gleichwohl Hass und Gewalt zu, wobei sich einzelne Teile der Bevölkerung zumindest partiell von der demokratischen Gesellschaft und ihren Strukturen abwenden. Dabei richtete sich der Hass nicht allein gegen Geflüchtete. Neben dem Islam, der zu einem Feindbild avancierte, sind es Vertreterinnen und Vertreter sowie Institutionen der demokratischen Gesellschaft, die angegriffen werden: Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfer, Parteien, Politikerinnen und Politiker, Behörden, gewählte Amtsträger und Amtsträgerinnen, Journalistinnen und Journalisten und teilweise selbst Angehörige von Hilfsorganisationen oder Polizistinnen und Polizisten. Die größte Herausforderung geht deshalb nicht mehr von einem subkulturellen oder parteiförmigen Neonazismus, sondern von einer demokratiefeindlichen und rassistischen Strömung aus, die durchaus bürgerlich auftritt und in bürgerliche Strukturen ausstrahlt. Das trug dazu bei, dass europaweit rechtspopulistische Parteien in der Demokratie und den Parlamenten erstarken.

Diese Entwicklung im Allgemeinen und insbesondere die wiederkehrenden rassistischen Tabubrüche³⁹ führender AfD-Politikerinnen und AfD-Politiker waren innerhalb des Beratungsnetzwerkes Anlass für Diskussionen darüber, wie weitreichend Demokratinnen und Demokraten skandalöse Meinungsäußerungen tolerieren müssen – und ab welchem Maß ein deutlicher Widerspruch geboten ist. Begleitet wurde diese Diskussion von Fachtagungen und Publikationen. Die Diskussion mündete im Jahr 2017 u.a. in der Formulierung gemeinsamer Eckpunkte des Aktionsbündnisses mit den Landesverbänden demokratischer Parteien, die eine Grundlage für die Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Strömungen auch in den Wahlkämpfen der Jahre 2017 bis 2019 bilden sollen.

Auch nach Einschätzung der RAA Brandenburg wirkte die Flüchtlingsdebatte seit 2015 wie ein „Durchlauferhitzer“ für die Renaissance rechtsextremer und rechtspopulistischer Positionen in Deutschland – insbesondere in den östlichen Bundesländern. Konnte man noch bis etwa 2015/16 davon ausgehen, dass durch ein gemeinsames Handeln von Staat und Gesellschaft der organisierte Rechtsextremismus isoliert und gesellschaftlich an den Rand gedrängt werden kann, so ist es seitdem rechtsextremistischen Positionen deutlich sichtbar gelungen, Brücken in die sog. „Mitte der Gesellschaft“ zu bauen und damit ihre Wirkungen zu verstärken. Beratung, Fortbildung und die Unterstützung von Netzwerken – all dies erfolgt unter sich dramatisch verändernden gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen.

Ungeachtet dessen darf nicht vergessen werden, dass der Rechtspopulismus nicht ausschließlich auf den verstärkten Flüchtlingszugang zurückzuführen ist. Der internationale Vergleich zeigt, dass sich diese Entwicklungen auch unabhängig vom „Sommer der Willkommenskultur“ in anderen Staaten vollziehen. Für das Handlungskonzept wie für die Integrationsarbeit in Brandenburg wird es künftig darum gehen, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, dabei die Diskussionsstränge innerhalb der Gesellschaft

³⁹ Folgende Tabubrüche seien hier exemplarisch genannt: So äußerte der AfD-Spitzenkandidat Dr. Alexander Gauland während einer Wahlkampfveranstaltung in Eichsfeld (Thüringen) 2017, er wolle die Vize-Vorsitzende der SPD, Aydan Özoguz, „in Anatolien entsorgen“. Der AfD-Politiker André Poggenburg bringt in seiner politischen Aschermittwochs-Rede 2018 vor: „Diese Kümmelhändler, diese Kameltreiber sollen sich dorthin scheren, wo sie hingehören. Weit, weit, weit hinter den Bosphorus, zu ihren Lehmhütten und Vielweibern.“ Und Björn Höcke, Partei- und Fraktionsvorsitzender der AfD Thüringen, äußert: „Ich will, dass Deutschland nicht nur eine tausendjährige Vergangenheit hat. Ich will, dass Deutschland auch eine tausendjährige Zukunft hat.“ (FAZ, 16.10.2015).

genau zu beobachten und die Akteure vor Ort in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen und (rechts-)populistischen Aktivitäten zu unterstützen.

Vor dem Hintergrund der Aufnahme von Flüchtlingen in den Kommunen, den damit einhergehenden Veränderungen im Gemeinwesen sowie der deutlich gestiegenen rechtsmotivierten Gewaltstraftaten erreichten das MBT in 2017 verstärkt Beratungsanfragen, die sich mit der Sicherung des sozialen Friedens beschäftigten. Dem MBT zufolge lassen sich seit 2017 oftmals Konfliktlagen beobachten, bei denen diese Problemdurchdringung durch die Ermöglichung einer Ethnisierung oder Kulturalisierung des Konfliktes erschwert wird. So entschied etwa ein Landkreis, dass alle Flüchtlinge in die Kreisstadt zu fahren hätten, um dort ihr Geld abzuholen. Das führte zur objektiven Überlastung des öffentlichen Personennahverkehrs. Schnell ertönten Stimmen aus der ortsansässigen Bevölkerung, die nicht etwa die Entscheidung in Frage stellten, sondern einfach behaupteten, „die Flüchtlinge“ oder „die Araberinnen und Araber“ würden die Busse besetzen, so dass man etwa für eigene Einkäufe nicht mal mehr in die Stadt fahren könne.

Neben solchen Konflikten, die eigentlich aus reinem Verwaltungshandeln resultieren, können auch divergierende Bedürfnisse, seien sie noch so menschlich und unprätentiös, zu größeren Problemen führen. Beispielhaft dafür ist die Konkurrenz zwischen Bedürfnissen der Sozialität und Geselligkeit – auch im öffentlichen Raum – und dem Bedürfnis nach Ruhe und Erholung. Diese konkurrierenden Bedürfnisse sind seit jeher natürlich ohne ethnische Begründungen in Nachbarschaften anzutreffen, sowohl in Großstädten als auch in kleineren Ortschaften. Und eben jene divergierenden Bedürfnisse können natürlich ebenso Geflüchtete in ihrer Eigenschaft als Nachbarinnen und Nachbarn und Nutzerinnen und Nutzern öffentlicher Räume betreffen. Hier wird der Konflikt aber häufig zusätzlich mit einer kulturellen Aussage verknüpft.

Die Beratung solcher Prozesse, so das MBT, ist hoch komplex, sehr zeitaufwendig und ausgesprochen wichtig, da Rechtsextreme und Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten versuchen, solche Konflikte für sich zu instrumentalisieren. Die präventive Wirkung von gelungenen Beratungsprozessen in solchen Fällen ist folglich überaus groß. Daher unterstützt das MBT die Akteurinnen und Akteure vor Ort, die Konflikte zu analysieren und Handlungsoptionen zu entwickeln. Das MBT verfolgt dabei einen inkludierenden Ansatz und arbeitet mit den lokalen Akteurinnen und Akteuren an der Entwicklung von Kommunikationsmechanismen und -formaten, um die Akteurinnen und Akteure aus den unterschiedlichen Milieus wieder stärker miteinander ins Gespräch zu bringen. Gleichwohl existieren auch Akteurinnen und Akteure, die grundsätzlich nicht an der Lösung von Konflikten interessiert sind. Das Ziel jener Akteurinnen und Akteure – genannt werden hier bspw. das „Bürgerbündnis Havelland“ oder der Verein „Zukunft Heimat“ –, konstatiert das MBT, ist die Agitation, die Polarisierung und nicht die Beruhigung der Lage. Letztere stellt aber die fundamentale Voraussetzung für die Bearbeitung der eigentlichen Probleme dar.

Nach Einschätzung des MBT scheint der parteipolitisch organisierte Rechtsextremismus weiterhin um Konsolidierung bemüht zu sein. NPD-Verbotsverfahren, parteipolitisch nicht erfolgreiche Versuche, die sog. „Flüchtlingskrise“ für sich nutzbar zu machen, sowie die neue Konkurrenz durch den Rechtspopulismus führten zu Versuchen seitens rechtsextremer Politikerinnen und Politiker, neue Wirkungs- und Organisationsformen zu entfalten. Bei der Bundestagswahl 2017 wählten immerhin noch 12.993 Brandenburger und Brandenburgerinnen die NPD mit ihren Zweitstimmen, woraus deren Vertreterinnen und Vertreter Hoffnungen schöpfen. Zudem sind einzelne NPD-Kreisverbände nach wie vor in Form von

Stammtischen und ähnlichen Aktionen aktiv, um neue Mitglieder und Wählerinnen und Wähler zu gewinnen.

Bislang ist der exkludierende Ansatz im Umgang mit rechtsextremen Akteurinnen und Akteuren in Brandenburg erfolgreich gewesen. Es war und ist für die Mehrzahl der Brandenburgerinnen und Brandenburger klar: Mit Nazis wollen sie nichts zu tun haben. Gegenwärtig beobachtet das MBT die Nutzung von Plattformen durch rechtsextreme Akteurinnen und Akteure zur Rekrutierung neuer Mitglieder. Die „Identitäre Bewegung“ in Cottbus nutzt dafür bspw. die Demonstrationen von „Zukunft Heimat“. Damit stellt sich jedoch die Frage, wie mit Situationen umgegangen werden soll, in denen sowohl rechtsextreme Akteurinnen und Akteure eine gewisse Rolle spielen als auch fremdenfeindliche, rassistische und chauvinistische Inhalte kommuniziert werden, die jedoch nicht eindeutig und v.a. ausschließlich dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen sind. Vor diesem Hintergrund zielt die MBT-Arbeit mittlerweile darauf ab, eine Sensibilität dafür zu vermitteln, dass es längst nicht mehr ausreichend ist, sich eindeutig gegen Rechtsextremismus zu positionieren. Viel wichtiger ist es nunmehr, der Frage nachzugehen, wofür die demokratische Gesellschaft steht und sich für diese Werte und Vorstellungen aktiv einzusetzen. Ferner begleitet und unterstützt das MBT die Akteurinnen und Akteure vor Ort bei diesen Prozessen der Sensibilisierung und der Stärkung unserer demokratischen Gesellschaft.

Eine weitere Herausforderung stellt die (politische) Kommunikation dar. In Zeiten der gesellschaftlichen Polarisierungen stellt sich vor Ort oftmals die Frage, wie es gelingt, mit denjenigen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen bzw. im Gespräch zu bleiben, die sich von der Politik abwenden. Die bisherigen Erfahrungen des MBT zeigen, dass eine wesentliche Voraussetzung für die Gesprächsbereitschaft die differenzierte und offene Haltung der lokalen Akteurinnen und Akteure ist. Dabei geht es v.a. darum, die Differenzen der verschiedenen Akteurinnen und Akteure in Wahrnehmung, Bewertung, Handlungsmöglichkeiten und -zwängen zunächst einmal zu akzeptieren und als Ausgangspunkt für die Debatte anzuerkennen. Die genaue und konsequente Differenzierung vor Ort ist von enormer Bedeutung. Demokratie lebt vom Austausch aus verschiedenen Blickwinkeln. Eine Vermischung der verschiedenen Rollen ist sehr gefährlich. Insbesondere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, so das MBT, tendieren dazu, bei komplexen und unpopulären Themen die Sichtweisen der Verwaltung zu übernehmen – häufig lässt sich dies mit fehlenden Zeitressourcen erklären. Für den politischen Willensbildungsprozess aber ist es notwendig, unterschiedliche Perspektiven in den Blick zu nehmen und verschiedene Positionen zu diskutieren. Sofern solch ein Diskurs nicht gelingt, ist damit ein wichtiges Prinzip der Demokratie gefährdet, nämlich die Trennung von Verwaltung und Politik bzw. von Exekutive und Legislative, was in der Konsequenz auch einen Nährboden für populistische Entwicklungen bietet.

Daher gilt nach wie vor: Jedes Gemeinwesen lebt von aktiven Mitgliedern. Die Professionalisierung von Angeboten, die fortschreitende Vereinzelung in unserer Gesellschaft und die demografischen Entwicklungen sind nur einige Themen, die unsere Gesellschaft verändern. Wie gelingt es Brandenburg, die Gesellschaft in den peripheren Regionen aktiv zu halten? Wie kann gesellschaftliche Teilhabe, aber auch politische Partizipation gesichert werden? Wie gelingt es, Menschen für gesellschaftliche Verantwortung zu gewinnen bzw. sie dabei zu unterstützen? All dies sind Fragen, die zunehmend an Relevanz gewinnen. Dies gilt im Besonderen vor dem Hintergrund, dass Parteien gerade im ländlichen Raum eine geringer werdende Rolle spielen. Wichtige Akteure wie die Freiwillige Feuerwehr oder Vereine, die zunächst diese Lücke zu schließen vermochten, klagen seit geraumer Zeit ebenfalls über Nachwuchsprobleme.

Besonders problematisch wird die Situation dann, wenn rechtsextreme Akteurinnen und Akteure diese Lücken für sich nutzen und instrumentalisieren. Exemplarisch hierfür ist dem MBT zufolge der kürzlich erfolgte Erwerb zweier Immobilien durch einen rechtsextremen Unternehmer im Süden Brandenburgs. Eine dieser Immobilien ist die alte Gaststätte des Ortes, die er nunmehr für die Einwohnerinnen und Einwohner wieder geöffnet hat. Der neue Eigentümer sponsert zudem mit Mitteln aus seinem rechtsextremen Versandhandel und Plattenlabel das örtliche Parkfest, den Sportverein und die Kita. Das führt zu einem problematischen Rückhalt in der Bevölkerung. Insbesondere aufgrund seines Engagements für die Kommune wird er von der Gemeinschaft in erster Linie nicht als Rechtsextremist wahrgenommen, sondern als ein Bürger, der sich in das Gemeinwesen einbringt. So kann er seinen rechtsextremen Geschäften nachgehen und gleichzeitig mit der gestiegenen Akzeptanz seine Ideologien im Dorf verbreiten. Eine kritische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Allgemeinen und mit ihm als rechtsextremen Akteur im Besonderen wird damit erheblich erschwert.

In den Kanon dieser Einschätzungen der Akteure des Beratungsnetzwerkes reihen sich ebenso die Erfahrungen des Landessportbundes Brandenburg ein. Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Situation ist ein deutlicher Zuwachs der Anschlussfähigkeit von undemokratischen Äußerungen und Verhaltensweisen auch im organisierten Sport erkennbar. Als Schwerpunktregion und Herausforderung in diesem Kontext lokalisiert der Landessportbund gegenwärtig die Region Südbrandenburg.

Insoweit gilt es zukünftig, die vorhandenen Potentiale eines toleranten Miteinanders für die verschiedenen Zielgruppen wieder erlebbar zu gestalten sowie extremistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen entgegenzuwirken. Hierbei stehen einerseits die konsequente Positionierung für Demokratie und demokratisches Handeln sowie die kritische Auseinandersetzung mit undemokratischem Verhalten im Fokus des Landessportbundes inklusive seiner Untergliederungen. In Anbetracht der verstärkten Zuwanderung von Geflüchteten nach Brandenburg steht andererseits die Unterstützung der vielfältigen Aktivitäten der Sportvereine für die Integration von Zugewanderten im Mittelpunkt der zukünftigen Arbeit des Landessportbundes. Insbesondere jene Vereine, die sich erstmals in diesem Themenfeld engagieren, müssen unterstützt werden. Insgesamt muss der Prozess der interkulturellen Öffnung der Sportorganisation vorangebracht werden.

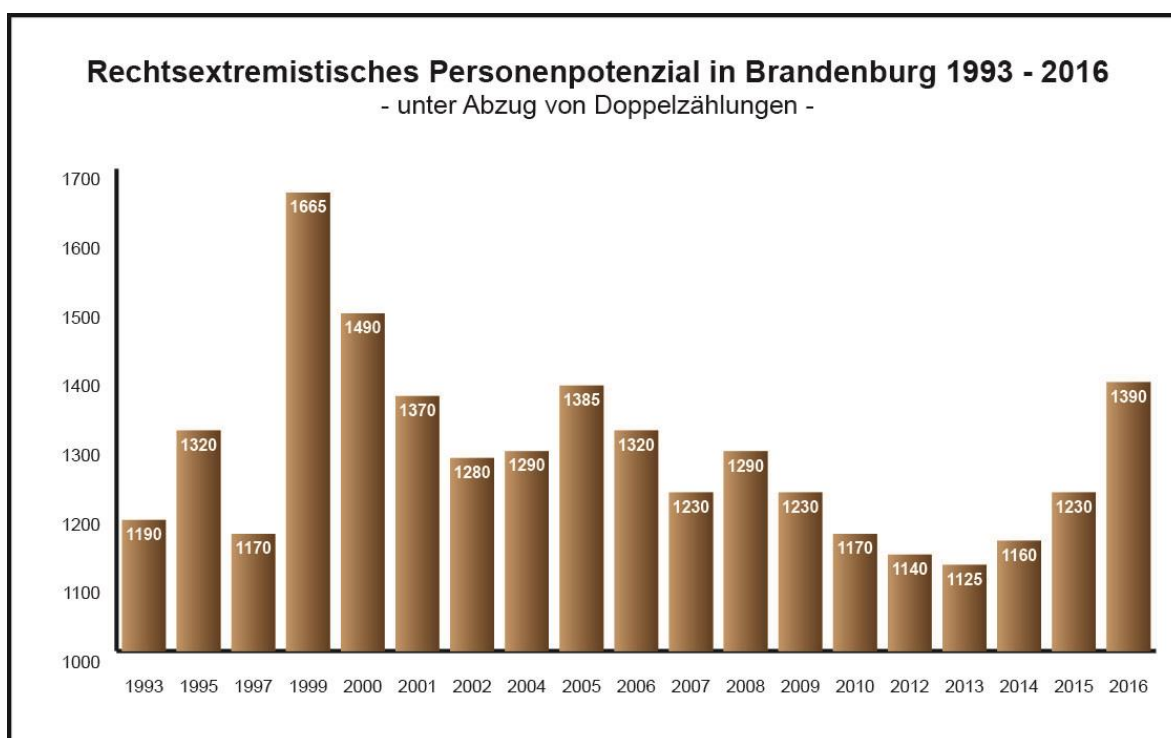
Zu berücksichtigen gilt in diesem Kontext aber auch: Der Bezug auf die Landesverfassung, insbesondere Art. 7a LV, veranschaulicht, dass sich Brandenburg nicht nur der kritischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus verschrieben hat. Vielmehr schützt der Verfassungsbezug „das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen“. Damit beraten das MBT und das gesamte Beratungsnetzwerk nicht „neutral“, sondern präzise auf Grundlage des Wertekanons der Landesverfassung. Die parteipolitische Neutralität ist in diesem Zusammenhang natürlich stets zu wahren.

Der sich wandelnde Rechtsextremismus aus Sicht des Verfassungsschutzes

Insgesamt hat sich der Rechtsextremismus in Brandenburg in den bald 30 Jahren seit der Wiedervereinigung tiefgreifend gewandelt. Die gesellschaftliche wie staatliche Auseinandersetzung hat dabei drei Phasen durchlaufen:

- 1990-1997: zunächst Transformation totalitärer in demokratische Sicherheitsbehörden, danach Restitution ordnungspolitischer Repression zur lageangepassten Eindämmung und Zurückdrängung rechtsextremistischer Gewalt und neonationalsozialistischer Bestrebungen;
- 1998-2015: Implementierung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“/Spezifizierung, Kommunikation und Durchsetzung von Maßnahmen im Bereich des regionalen Ordnungsrechts/Erlernen des parlamentarischen Umgangs mit der rechtsextremistischen DVU;
- 2014-heute: Umgang mit den Fluchtbewegungen bei gleichzeitigen Versuchen der rechtsextremistischen Szene, eine massive Anti-Asyl-Kampagne zu initiieren/anhaltender Verlust der Trennschärfe zwischen extremistisch und nicht-extremistisch motivierten Protesten.

Diesen Verlauf spiegelt auch die Entwicklung des gesamten rechtsextremistischen Personenpotentials wider. Wurden 1993 zunächst 1.190 Personen diesem Milieu zugeordnet, so stieg die Zahl bis zum Jahr 1999 auf 1.665 an. 2013 wurde ein Tiefstand mit 1.125 Personen erreicht. Seitdem ist wieder ein starker Anstieg zu beobachten. 2016 zählte der Verfassungsschutz 1.390 Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten. Das ist der höchste Stand seit dem Jahr 2000. Für das zurückliegende Jahr 2017 kann zudem *nicht* mit einem Rückgang gerechnet werden.



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Gegenwärtig stellt sich für den Verfassungsschutz die Lage wie folgt dar: Das Potential gewaltbereiter Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten bleibt hoch, ebenso die Zahl der entsprechend verübten Taten. Jedoch hat die Intensität der Gewalt in den letzten Jahren insofern abgenommen, als keine To-

desopfer zu beklagen waren. Es kann und muss jedoch jeder Zeit mit schlimmsten Gewaltstraftaten gerechnet werden. Der Großteil dieses Milieus ist jedoch für strukturierte Arbeit im organisierten Rechtsextremismus kaum erreichbar.

Gleichzeitig haben rechtsextremistische Parteien an Mobilisierungs- und Organisationsfähigkeit eingebüßt. Das gilt in erster Linie für die größte Partei, die NPD, welche 2016 noch 300 Mitglieder zählte. Die Kleinst-Organisation „Die Rechte“ ist mit ihren überwiegend aus dem neonationalsozialistischen Milieu stammenden 25 Mitgliedern nicht handlungsfähig. „Der III. Weg“, der ebenfalls rund 25 Mitglieder zählt, ist dagegen auf Aktivitäten ausgerichtet. Er verfolgt in Form und Inhalt jedoch einen derart antiquiert-historischen Nationalsozialismus, dass er derzeit nur bedingt anschlussfähig ist. Nichtsdestotrotz kann er aufgrund seiner fundamentalistischen Ausrichtung jederzeit Impulse zur weiteren Radikalisierung leisten.

Hingegen verfolgten die Neonationalsozialistinnen und Neonationalsozialisten mit ihrem nach wie vor sehr hohen Personenpotential und rund 20 Personenzusammenschlüssen im Jahr 2016 verschiedene Strategien. Für alle gilt ein hoher Grad an Binnenkommunikation („Kameradschaftsabende“), eine tiefe ideologische Durchdringung und eine davon ausgehende zumindest ideologisch bedingte Gewaltorientierung. Ein Teil der Szene orientiert sich habituell am Rockermilieu und tritt nach Außen wenig in Erscheinung. Andere kooperieren punktuell bspw. mit Parteien, ein weiterer Teil wartet ab und beobachtet. Wiederum andere sind gewillt, über Bündnispolitik Brückenköpfe ins nicht-extremistische Protestspektrum zu bauen, um auf diesem Weg ihre politischen Ziele zu verfolgen, die dadurch aber nicht an extremistischer Intensität und Zielsetzung verlieren. Demgegenüber sind rechtsextremistisch motivierte „Reichsbürger und Reichsbürgerinnen“ innerhalb der Szene kaum anschlussfähig und gelten sogar dort meist als „Spinner“. Anschlussfähig und impulsgebend sind sie jedoch innerhalb der übergreifenden „Reichsbürger/innen“-Szene außerhalb des Rechtsextremismus.⁴⁰ Die gesamte „Reichsbürger/in“-Szene umfasste 2016 insgesamt 440 Personen und ist weiter anwachsend. Von ihr gehen Gefahren insbesondere für Staatsbedienstete aus, weil einige „Reichsbürger und Reichsbürgerinnen“ zu Gewalt neigen. Gleichzeitig stiften sie über die internetbasierten Sozialen Medien reichlich Verwirrung und rekrutieren neue Anhängerinnen und Anhänger.

Im Vergleich dazu ist die „Identitäre Bewegung“ klein, aber agil, „kreativ“ und virulent. Ihre Ideologie ist geeignet, den herkömmlichen Rechtsextremismus einer zumindest sprachlichen Modernisierung zu unterziehen und „poppig“ zu verkleiden. In Brandenburg verfügt sie über nur knapp 20 Anhängerinnen und Anhänger. Jedoch gelingt es der Bewegung immer wieder, mit vergleichsweise geringem Aufwand große Resonanz über etablierte und alternative Medien zu erzeugen. Damit wird es ihr nach Einschätzung des Verfassungsschutzes auch weiterhin gelingen, sowohl außerhalb als auch innerhalb des rechtsextremistischen Milieus wesentliche Impulse zu setzen. Zugeordnet wird die „Identitäre Bewegung“ dem Rechtsextremismus; funktional nimmt sie eine Brückenkopffunktion ein und ist in beide Richtungen anschlussfähig.

⁴⁰ Verfassungsschutz und Polizei betrachten das „Reichsbürger/in“-Milieu als eigenständiges Extremismusphänomen, wenngleich ein Teil - die „Reichsbürger und Reichsbürgerinnen“ i.e.S. - rechtsextremistisch argumentiert. In Brandenburg sind 440 „Reichsbürger und Reichsbürgerinnen und Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter“ bekannt (2016: 300). Davon sind 40 Personen (9 Prozent) behördlich bekannte Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten.

6.2 Islamistischer Extremismus

Wie eingangs bereits erläutert, steht dem großen Engagement in der Flüchtlingshilfe neben Hass und Gewalt nicht zuletzt die Ablehnung des Islams gegenüber, was mit Blick auf die verbürgte Religionsfreiheit problematisch ist. Gleichwohl ist aber auch anzuerkennen, dass von einer Minderheit der Islam als Religion missbraucht wird, weshalb der Islamismus (bzw. islamistische Extremismus) eine ernstzunehmende Bedrohung darstellt.

Die Aufmerksamkeit der Landesregierung gilt allen Formen des politischen Extremismus. Gemeinsam ist seinen verschiedenen Formen, dass sie zumindest Teile der demokratischen Verfassungsordnung bzw. der Bundesrepublik ablehnen und z.T. aggressiv angreifen. Politischer Extremismus stellt daher eine Bedrohung für die Sicherheit und ein freiheitliches Leben der Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs dar. Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ fokussierte von Anfang an den Rechtsextremismus als zentrale politische Bedrohung der Demokratie und tut dies bis heute. Intoleranz, ausgrenzendes Verhalten, rassistische Diskriminierung und Übergriffe, die im Einzelfall sogar terroristische Ausmaße annehmen, bilden nach wie vor die gefährlichste Variante des politischen Extremismus in Brandenburg.

Seit einigen Jahren lassen sich jedoch im zunehmenden Maße auch islamistische Vorfälle beobachten, darunter Propaganda für den Dschihad, Gewalt- und terroristische Straftaten. Organisationen wie der sog. „Islamische Staat“ kündigten bereits vor Jahren an, Terroristinnen und Terroristen, die sich als Geflüchtete ausgeben, nach Europa zu schleusen. Auch die regionale Nähe der islamistischen Szene in Berlin stellt für Brandenburg ein Sicherheitsrisiko dar. Dort wie auch in Brandenburg wünschen sich neu zugewanderte Muslime und Muslimas und solche, die bereits seit langer Zeit hier leben oder in Deutschland geboren wurden, in erster Linie ein friedliches Zusammenleben und nehmen ihr grundgesetzlich verbürgtes Recht auf freie Religionsausübung wahr.

Eine Minderheit der Muslime und Muslimas versteht den Islam jedoch nicht nur als Religion, sondern als politische Weltanschauung, die mit Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit unvereinbar ist. Dies steht auch in Zusammenhang mit einem Klima gegenüber Muslimen und Muslimas, das in einigen Teilen der Gesellschaft von Angst über Skepsis und Misstrauen bis hin zu dem Wunsch nach Ab- und Ausgrenzung sowie rassistischer Abwertung geprägt ist. Die Unwissenheit über die vielerorts als „neu“ empfundene Religion Islam, die Notwendigkeit der Integration muslimischer Migrantinnen und Migranten, v.a. der schutzsuchenden Geflüchteten, gesellschaftlicher Rassismus und die Aktivitäten islamistischer Gruppierungen in Brandenburg stellen aktuelle Herausforderungen dar, denen sich die Landesregierung in Zukunft verstärkt widmet.

Diesen Herausforderungen wird sich Brandenburg stellen. Die Koordinierungsstelle erarbeitet mit Unterstützung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und des „Nationalen Präventionsprogramms gegen islamistischen Extremismus“ der Bundesregierung ein neues Handlungskonzept der Landesregierung, das vorhandene staatliche und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure und Ressourcen bündeln soll. Das Beratungsnetzwerk der Koordinierungsstelle kann auf viele Erfolge bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus zurückblicken und hat bewiesen, dass es auch auf neuere Herausforderungen, wie die Entstehung des Rechtspopulismus und Konflikte in Zusammenhang mit neueren Fluchtbewegungen nach Brandenburg, flexibel reagieren kann. Deswegen wird erneut auf die Expertise des Beratungsnetzwerkes bei der Bearbeitung islamistischer Phänomene zurückgegriffen. Dabei ist das bewährte Handlungskonzept mit seiner effektiv arbeitenden Infrastruktur sowie den Leitideen „Politik der

klaren Signale“, „Sozialen Zusammenhalt stärken“ und „Repression wirksam organisieren“ Vorbild für das neu hinzugekommene Vorhaben.

Ergänzend wurde eine neue interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) „Islamistischer Extremismus“ gegründet. Damit setzt die Koordinierungsstelle weiterhin auf die bewährte Arbeitsweise und den notwendigen Informationsaustausch zwischen den diversen Akteurinnen und Akteuren im Rahmen solcher Gremien. Ebenso kann teilweise auf dieser inhaltlichen Ebene auf Erfahrungen aus der langen Geschichte der Präventions-, Ausstiegs- und Deradikalisierungsarbeit im Kontext des Rechtsextremismus aufgebaut werden. Überdies kooperiert die Koordinierungsstelle mit anderen Bundesländern und deren Landesdemokratiezentren im Arbeitsfeld islamistischer Extremismus und wird in Zukunft die Vernetzung mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern intensivieren.

Konsequente staatliche Reaktionen auf islamistischen Extremismus sind ebenso wichtig wie der Abbau von Vorurteilen und die Vermittlung von Kenntnissen über die islamische Religion. Dabei muss nicht am Punkt Null begonnen werden. Bereits seit September 2017 wird mithilfe des Bundesprogrammes „Demokratie Leben!“ und des „Toleranten Brandenburgs“ die Fachstelle Islam in Brandenburg gefördert. Zu ihren Schwerpunkten zählen, landesweit ein Verständnis für Diversität des Islams zu vermitteln und antimuslimischem Rassismus und islamistischer Radikalisierung zu begegnen. Die Arbeit der Fachstelle knüpft hierbei an die lokalen Büros von RAA und MBT an und unterstützt u.a. Kommunen, Einrichtungen, Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten bei der Auseinandersetzung mit Islamismus und antimuslimischem Rassismus. Kommunen werden dabei unterstützt, berechnete religiöse Anliegen von v.a. über die Flüchtlingsaufnahme aufgenommenen muslimischen Menschen anzunehmen und Maßnahmen umzusetzen. Somit leistet die Fachstelle einen zentralen Beitrag zum Zusammenleben unterschiedlicher Alt- und Neu-Brandenburgerinnen und -Brandenburger. Die Arbeit der Fachstelle soll weiter ausgebaut werden.

Auch die Landesregierung wird sich weiterhin für eine pluralistische, demokratische Gesellschaft einsetzen. Dafür nutzt sie das breite Spektrum der Präventionsmethoden, wie politische Bildungsarbeit, Sozialarbeit, Partizipation, Aufklärung und Deradikalisierung, sowie Sicherheitsmaßnahmen.

6.3 Antisemitismus

Im Zuge neuerer antisemitischer Vorfälle in Deutschland und der Veröffentlichung des Berichts des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, der die Berufung einer/s Antisemitismusbeauftragten im Bundeskanzleramt gefordert hatte, wurde während den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene entschieden, die Funktion einer/s Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung zu schaffen. Der/die Beauftragte solle den Kampf gegen antisemitische Tendenzen begleiten und jüdisches Leben in Deutschland stärken. Zu Jahresbeginn hatte sich der Bundestag bereits dafür ausgesprochen, eine/n Antisemitismusbeauftragte/n zu berufen. Diese/r solle von einem unabhängigen Kreis aus jüdischen und nichtjüdischen Fachleuten aus Wissenschaft, Bildung und Zivilgesellschaft beraten werden.

Auf der Kabinettsitzung am 11. April 2018 hat die Bundesregierung den Diplomaten Dr. Felix Klein zum „Beauftragten für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus“ berufen. Der Beauftragte wurde mit Wirkung zum 1. Mai 2018 beim Bundesinnenministerium angesiedelt.

Das Land Brandenburg ist seit langem im Bereich der Antisemitismusbekämpfung tätig. Die Aufklärung über Ursachen und Erscheinungsformen von Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, politi-

schem Extremismus und Gewalt sowie die Möglichkeiten zu ihrer Bekämpfung ist ein explizites Ziel der Landesregierung. Auch heute noch stellt Antisemitismus ein Problem dar. Er bedroht die demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaft und steht dem Einsatz für Toleranz, Menschenrechte und Demokratie diametral entgegen. So verzeichnete der Kriminalpolizeiliche Meldedienst im Zeitraum 2013-2017 in Fällen Politisch motivierter Kriminalität 425 antisemitische Straftaten, darunter 13 Gewalttaten.

Mithilfe des Beratungsnetzwerkes „Tolerantes Brandenburg“ werden Träger, Kommunen, Land und Zivilgesellschaft daher auch zu Fragen der Bekämpfung des Antisemitismus als dem Rechtsextremismus inhärentes Phänomen beraten. So schließt etwa der Verein Opferperspektive antisemitische Übergriffe in sein ständiges Monitoring und die Beratungspraxis ein. Gleiches gilt für die MBT und die Arbeit der RAA Brandenburg.

Entsprechend hält die Landesregierung die Einsetzung des Antisemitismusbeauftragten auf Bundesebene für ein geeignetes Instrument, um jüdisches Leben in der Bundesrepublik zu unterstützen und Antisemitismus zu begegnen. Sie wird die Arbeit des Beauftragten durch die Mitarbeit in der geplanten Bund-Länder-Kommission unterstützen und in diesem Rahmen mögliche weitere Maßnahmen abstimmen.

Derzeit wird ebenso in verschiedenen Bundesländern die Einsetzung von Landesbeauftragten diskutiert. Ob das Land Brandenburg ebenfalls eine/n Antisemitismusbeauftragte/n beruft, wird die Landespolitik im Rahmen eines umfangreichen Beratungsprozesses entscheiden, wenn über die Strukturen und Aufgaben auf Bundesebene sowie die Einbindung der Länder abschließend befunden wurde. Ungeachtet dessen wird das Land Brandenburg auch in Zukunft Antisemitismus in jeglicher Form und unabhängig von dessen Verursacherinnen und Verursachern entschlossen angehen.

6.4 Unterstützung für eine digitale Zivilgesellschaft als Reaktion auf „Fake News“ und „Hate Speech“

Ebenso wichtig wie die Arbeit vor Ort ist mittlerweile auch die Arbeit im Internet geworden. Denn parallel zur wachsenden Bedeutung sozialer Online-Medien wie Facebook, Twitter, Instagram und YouTube rückten in den letzten Jahren vermehrt die Phänomene „Hate Speech“ (Hassrede) und „Fake News“ in den Fokus der Öffentlichkeit. Auch wer die Onlineplattformen nicht intensiv nutzt, ist mit hoher Wahrscheinlichkeit bereits mit Hate Speech oder Fake News in Berührung gekommen.

Politische Akteurinnen und Akteure, nicht zuletzt der extremen Rechten, versuchten in der Vergangenheit durch die gezielte Verbreitung von Falschmeldungen Wahlen, u.a. in Deutschland, zu beeinflussen sowie Bürgerinnen und Bürger gegen Geflüchtete und gegen eine Politik für Integration und Diversität aufzubringen. In diesem Zusammenhang konstatiert der Verfassungsschutz Brandenburgs, dass der rasante Bedeutungszugewinn internetbasierter Sozialer Medien mit der Etablierung hochdynamischer, offener, pluraler, kostenneutraler sowie alternativer Informations- und Kommunikationsplattformen einhergeht, die den etablierten Medien teilweise diametral entgegenstehen. Immer mehr Menschen nutzen diese Möglichkeiten passiv wie aktiv, während traditionelle Medien an Reichweite einbüßen. Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten fluten die alternativen Informationskanäle der Sozialen Medien mit ihrer Ideologie.

Das wird zwangsweise Verschärfungen politischer Debatten nach sich ziehen. Im Kontext dieser Medienpluralisierung wächst ein diskursorientiertes, intellektuell ausgerichtetes „neurechtes“ Milieu heran, welches Bezüge zum Rechtsextremismus aufweist, aber nicht durchgehend rechtsextrem motiviert ist.

Dieses Milieu wird auf gesellschaftliche Großkonflikte Einfluss nehmen und gerade dort Wirkungskraft entfalten, wo ein demokratisches Protestmilieu für Änderungen in der Flüchtlingspolitik eintritt. Trennscharfe Abgrenzungen zwischen demokratisch und extremistisch motivierten Protesten werden zukünftig schwerer fallen, zumal ein Teil des rechtsextremistischen Milieus daran sicherlich teilnehmen wird. Da derzeit nicht von einem Ende weltweiter Fluchtbewegungen ausgegangen werden kann, ist ebenfalls nicht von einem absehbaren Rückgang dieses Konflikts in Deutschland auszugehen. Die beschriebene Dynamik wird dem Verfassungsschutz zufolge bestehen bleiben.

So breiten sich Hassreden zunehmend insbesondere in den Online-Kommentarspalten, v.a. der Online-Medienangebote und der sozialen Netzwerke, aus. Dabei beziehen sich die maßlosen und böswilligen Kommentare zumeist auf traditionelle Feindbilder der extremen Rechten, mithin auf Personen, die als ausländisch, jüdisch, „asozial“, als politische Gegnerinnen und Gegner, LGBTIQ-Personen⁴¹ und ihre Unterstützenden identifiziert werden. In der Folge führten Falschmeldungen, z.B. über kriminelle Geflüchtete, bereits zu großflächigen Hassausbrüchen (sog. Shitstorms) – im schlimmsten Fall stellen diese Shitstorms gar eine Gefahr außerhalb des Internets für die betroffene Person dar.

Die Vehemenz des Online-Hasses im Zuge des verstärkten Zuzugs von Geflüchteten kam für viele Verantwortliche in Politik, Medien und Verwaltung überraschend und führte zu der Frage, wie dem neuen Trend angemessen zu begegnen sei. Indessen wurden viele zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Modellprojekte gegründet, die Hassrede durch systematisches Monitoring untersuchen und Methoden der Gegenrede (Counterspeech) erproben. Die entsprechenden Untersuchungen konstatieren für Online-Communities eine partielle Unsicherheit dabei, Äußerungen als Hassrede oder Fake News einzuschätzen. Des Weiteren besteht eine allgemeine Zurückhaltung, dem Hass zu widersprechen, was darauf zurückzuführen ist, dass ein Widerspruch die Wahrscheinlichkeit erhöht, selbst zum Ziel von Beleidigungen und Bedrohungen zu werden.

Derzeit existieren verschiedene Online-Meldestellen und Initiativen, die sich z.T. auf strafrechtlich relevante Inhalte konzentrieren, in erster Linie der Vernetzung einfacher User oder aber der Information und Aufklärung dienen. Jedoch existiert bislang kein umfassender technischer Ansatz zum nachhaltigen und fachlich abgesicherten Empowerment der Zivilgesellschaft im digitalen Raum.

Die Koordinierungsstelle nutzte daher 2017 die Möglichkeit, im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Modellprojekt „Digitale Zivilgesellschaft“ durchzuführen. Bislang beschränken sich Förderprojekte noch allzu oft etwa auf die Vermittlung von Medienkompetenz bei den Userinnen und Usern. Dies ist wichtig, es bedarf aber aus Sicht des „Toleranten Brandenburgs“ einer umfassenden technischen Lösung, um dem Online-Hass direkt zu begegnen. Gemeinsam mit dem renommierten Hasso-Plattner-Institut für Digital Engineering wurden unter Einbeziehung innovativer Projektentwicklungsmethoden Ideen für ein Software-Konzept entwickelt, mit deren Hilfe die digitale Zivilgesellschaft aktiv in Debatten eingreifen kann.

Zur Abstimmung der nächsten Schritte berät sich die Koordinierungsstelle derzeit mit anderen Projekten und führenden Expertinnen und Experten im Feld, wie der Amadeu-Antonio-Stiftung, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Netzpolitikerinnen und Netzpolitikern. Geprüft wird insbesondere, wie in Brandenburg Peer-to-Peer-Ansätze gestärkt werden können. Das erklärte Ziel ist es, hier unter Einbeziehung des Beratungsnetzwerkes entsprechende Hilfestellungen insbesondere für Counter-Speech zur Verfügung stellen zu können.

⁴¹ Das Kürzel enthält die Bezeichnungen Lesbisch, Schwul, Bi-, Trans- und Intersexuell sowie Queer bzw. im Englischen entsprechend Lesbian, Gay, Bisexual, Trans, Intersex, Queer.

7. Zusammenfassung und Ausblick

Am 23. Juni 1998 hat die Landesregierung unter Ministerpräsident Stolpe das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ beschlossen, um auf Hasskriminalität, Ausländerfeindlichkeit und rechtsextremistisches Gedankengut noch stärker abgestimmt zu reagieren. Prävention und Repression waren zwei Handlungsstränge, die möglichst sinnvoll ineinander greifen sollten. Damit reagierte die Landesregierung nicht nur auf eine gesellschaftliche Herausforderung, sondern sendete auch ein deutliches Signal aus. Bewusst stellte sie sich an die Seite der Opfer, erteilte rechtsextremistischem Gedankengut eine in dieser Form bis dahin nicht existierende deutliche Absage, sie verstärkte den Verfolgungsdruck auf rechtextremistische Straftäterinnen und Straftäter und beobachtete die Szene gezielt, sie aktivierte und unterstützte den zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen antidemokratische Haltungen. Kurzum: Die Landesregierung machte den Rechtsextremismus mit einer klaren Haltung zu einem öffentlichen Thema.

Insbesondere mit der Verzahnung der unterschiedlichen Beratungs- und Unterstützungsangebote entwickelte sich das Handlungskonzept schnell zu einem Vorbild für andere Bundesländer. Durch das Handlungskonzept gelang eine umfangreiche Aktivierung der Zivilgesellschaft. Dies war ein maßgeblicher Grund dafür, dass Kommunen und Regionen Probleme mit rechtsextremistischen Strukturen nicht mehr wegdiskutierten, sondern offensiv angingen. Sie waren dabei nicht nur auf sich selbst gestellt, sondern konnten auf die umfangreiche Expertise von Beratungsteams und auf Unterstützungsangebote für zivilgesellschaftliche Strukturen zurückgreifen. Dieses Maßnahmenbündel führte dazu, dass Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Brandenburg lange Zeit deutlich zurückgedrängt wurden.

Das änderte sich im Zuge der weltweiten Fluchtbewegungen. In der gesamten Bundesrepublik und auch in Brandenburg ist eine Verunsicherung darüber entstanden, wie Flüchtlinge in unsere Gesellschaft integriert werden sollen. Verstärkt wurde diese Tendenz durch islamistische Terrorakte in ganz Europa. Heute muss konstatiert werden, dass rechtspopulistische und rechtsextreme Strömungen wieder mehr Zustimmung erfahren. Die anfänglich strapazierten kommunalen und regionalen Systeme stellten die Arbeit des Beratungsnetzwerkes vor große Anforderungen, wodurch der komplexe Bereich Integration zu einem wesentlichen Bestandteil der Arbeit des Beratungsnetzwerkes wurde.

Die Landesregierung initiierte neben zahlreichen, ressortspezifischen Maßnahmen das „Bündnis für Brandenburg“, welches der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ zugeordnet wurde. Die Ansiedlung erwies sich als eine richtige und wichtige Entscheidung, denn so konnte einerseits das „Bündnis für Brandenburg“ von dem seit Jahrzehnten etablierten Beratungsnetzwerk und dessen Erfahrungen profitieren. Das Beratungsnetzwerk konnte sich andererseits gemeinsam mit dem Bündnis den neuen Aufgaben stellen sowie im Zuge der Bündnisarbeit das eigene Netzwerk erweitern.

Aber nicht nur für den Bereich „Integration“ stellt die Zusammenlegung eine sinnvolle Maßnahme dar. Auch für die Bekämpfung des Rechtsextremismus ergeben sich Synergieeffekte. Zunehmend besteht ein fließender Übergang zwischen *Rechtsextremismus* und *Rechtspopulismus*, weshalb auch die verschiedenen Akteurinnen und Akteure nicht mehr eindeutig kategorisierbar sind. Dieser Verlauf ist nicht zufällig, sondern kann als eine Strategie beschrieben werden. Damit wird die kritische und zielgenaue Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, dem Rechtspopulismus und deren Akteurinnen und Akteuren erschwert.

Dies führt zu Entwicklungen, die sich gegenseitig bedingen und auf die im Rahmen des Handlungskonzeptes reagiert werden muss: Zum einen stellen die islamistischen Vorfälle eine Erschwernis dar, wenngleich nur eine Minderheit der Muslime und Muslimas den Islam als extremistische politische Weltanschauung deutet. Dennoch treiben derartige Vorfälle, aber auch die mehrheitlich bestehende Unkenntnis über die Religion Islam, die Zunahme von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus an. Zum anderen erhärtet sich der Eindruck eines widererstickenden Antisemitismus, der sowohl dem Phänomen des Rechtsextremismus als auch dem Phänomen des islamistischen Extremismus inhärent ist. Eine pauschale Zuschreibung des Antisemitismus zur (vermeintlich homogenen) Gruppe der Geflüchteten jedoch fördert rassistische und fremden- bzw. muslimfeindliche Instrumentalisierungen zusätzlich.

Auch die Medienpluralisierung und eine sich dadurch ändernde Mediennutzung verschärfen die Herausforderungen. Soziale Netzwerke und Kommentarspalten der digitalen Medien erleichtern die schnelle und unmittelbare Verbreitung von „alternativen Fakten“ bzw. Fake News, Hasskommentaren oder verschwörungsideologischem Gedankengut. Daraus ergibt sich eine Dynamik zwischen „Online“- und „Offline“-Welt, die die Arbeit gegen Rechtsextremismus, islamistischen Extremismus und Antisemitismus sichtbar erschwert. Die Anonymität der Nutzerinnen und Nutzer sowie die stellenweise ungeklärte Rechtslage mit Blick auf die Löschung bzw. Unterbindung der Weiterverbreitung von solchen Inhalten bringen demokratische Akteurinnen und Akteure und den Rechtsstaat an ihre Grenzen.

Aus all diesen Entwicklungen erwachsen grundlegende Probleme für Politik und Gesellschaft: Obgleich in jüngster Vergangenheit viele Initiativen zur Förderung von Toleranz und Willkommenskultur gegründet wurden, lässt sich heute wieder offenbarende gesellschaftliche Akzeptanz fremdenfeindlicher und rassistischer Vorurteile bedenkliche Parallelen zur gesellschaftlichen Atmosphäre im Land Brandenburg der 1990er Jahre erkennen.

Hinzu kommt, dass Teile der Bevölkerung in hohem Maße die Lösungsfähigkeit von Politik und Staat für aktuelle Probleme infrage stellen, was die gemeinsame Aushandlung von politischen Entscheidungen beeinträchtigt oder sogar verunmöglicht. Auf der anderen Seite wird von Teilen der Bürgerschaft in Bezug auf die Problembewältigung eine enorme Erwartungshaltung an den Staat und die Politik herangebracht, an der beide gerade in aufgeheizten Situationen zu scheitern drohen.

Hervorgetreten ist eine tendenziell gespaltene Gesellschaft, eine drohende Erosion gesellschaftlicher Solidarität, eine unterkomplexe Darstellung und Diskussion der (künftigen) gesellschaftspolitischen Herausforderungen, die Verleugnung zivilisatorischer Errungenschaften sowie ein nicht zu unterschätzender Konservatismus mit zuweilen gefährlichen inhaltlichen Anschlüssen an (rechts-)populistische Elemente.

Zusammenfassend lässt sich zweierlei erkennen: Es besteht nach wie vor Handlungsbedarf auf dem Gebiet der Arbeit gegen antidemokratische Einstellungen und Entwicklungen. Jedoch, und das ist für den „Brandenburger Weg“ entscheidend, vermochte und vermag das Handlungskonzept sowie das Beratungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ seit jeher, auf aktuelle Problemlagen schnell, flexibel und nachhaltig zu reagieren. Diese Anpassungsfähigkeit fußt einerseits auf der effektiven Arbeitsteilung innerhalb des Beratungsnetzwerkes. Andererseits war und ist die Offenheit des Handlungskonzeptes maßgeblich.

Die über zwei Jahrzehnte hinweg gesammelten Erfahrungen und das Netzwerk bilden mitunter den wichtigsten Fundus, um auf die neuen Problemlagen reagieren zu können. Die im Handlungskonzept formulierten Ebenen („Politik der klaren Signale“, „sozialen Zusammenhalt stärken“, „Repression wirksam organisieren“) eröffnen dem Beratungsnetzwerk und der Koordinierungsstelle Möglichkeiten, um antidemokratischen Entwicklungen auch über die klassischen Formen des Rechtsextremismus hinaus begegnen zu können.

Zukünftig muss verstärkt die Frage in den Vordergrund rücken, wie Demokratieförderung und Demokratieentwicklung vorangebracht werden können. Dazu gehört die eingehende Beschäftigung mit der Verbreitung von rechtspopulistischen, rechtsextremen, verschwörungsideologischen und menschenfeindlichen Phänomenen im Internet. Hasskommentare und gezielte Falschmeldungen sowohl auf öffentlichen als auch auf inoffiziellen Seiten richten sich v.a. an Menschen, die sich in einer inneren Distanz zu politischen Akteurinnen und Akteuren befinden und sich bewusst oder unbewusst von diesen Beiträgen beeinflussen lassen.

Gleichwohl und korrespondierend mit der Demokratieförderung und -bildung muss künftig auch die Auseinandersetzung um den Islamismus konstruktiv vorangetrieben werden. Hierbei gilt es, eine klare Differenzierung zwischen Handlungen der Religionsausübung und religiös motivierten bzw. fundierten politischen Akten vorzunehmen. Diese Differenzierung muss öffentlich erkennbarer werden. Eine Reduktion des Islams auf gewaltbeladene oder terroristische Akte dient weder der interkulturellen und interreligiösen Verständigung noch der öffentlichen Aufklärung. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung erfolgte mit der bereits aufgenommenen Arbeit an einem neuen Handlungskonzept zum islamistischen Extremismus.

All diese Tendenzen zeigen zudem die Notwendigkeit an, die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure auch in Zukunft voranzutreiben. Auf der einen Seite bedarf es eines steten Austausches, denn die Zivilgesellschaft ist auch eine Art Seismograph für die gesellschaftlichen und politischen Bedürfnisse und Problematiken. Auf der anderen Seite stellt die Zivilgesellschaft eine wichtige Säule bei der Umsetzung des Integrationsprozesses sowie im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus dar. Zivilgesellschaftliches Engagement kommt nicht ohne Anerkennung aus. Menschen, die sich aktiv für unsere Gemeinschaft, die Demokratie und ein tolerantes Zusammenleben einsetzen, müssen gewürdigt werden. Andernfalls droht die Bereitschaft zu freiwilligem Engagement zu schwinden.

Diese Würdigung allein ist jedoch nicht hinreichend. Es müssen konkrete positive Partizipationserfahrungen ermöglicht werden. Überspitzt formuliert: „Abendspaziergänge“ und „Zukunft Heimat“ erfahren politisch, medial und auch in der konkreten Reaktion einen deutlich höheren Stellenwert, als eine Stadtteilinitiative oder ein Schüler/innen-AG, die sich Gedanken über eine attraktivere Schulhofgestaltung macht. Die Erfahrung von Wirkmächtigkeit muss sich wieder stärker an konstruktiven und weniger an destruktiven Prozessen orientieren. Hierbei kommt neben dem politischen Raum auch dem Beratungsnetzwerk ein hoher Stellenwert zu. MBT, RAA, Aktionsbündnis und die Sportjugend können gerade positive Partizipationserfahrungen nachhaltig anregen, begleiten und modellhaft entwickeln.

Neben den Beratungsleistungen kommt es in den nächsten Jahren aber auch noch stärker als bisher auf die angesprochene „Politik der klaren Signale“ an. Politik muss klar und vernehmbar Haltelinien formulieren, bis wohin ein gesellschaftlicher Diskurs zulässig ist und ab wann die öffentliche Ordnung und ein zivilisiertes Miteinander bedroht sind. Der politische Raum ist massiv gefordert, der Durchsetzung von rechtspopulistischen Argumenten Einhalt zu gebieten. Insbesondere auf kommunaler Ebene, aber auch auf Landesebene müssen sich alle Akteurinnen und Akteure dieser Verantwortung bewusst sein. Überall dort, wo Haltelinien Gefahr laufen, überschritten zu werden, bedarf es jenseits bestehender politischer Differenzen eines geschlossenen Auftretens aller demokratischen Kräfte im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Gab sich in den 1990er Jahren und Anfang der 2000er Jahre eine spür- und sichtbare Übereinkunft darin zu erkennen, den rechtsextremen Agitationen und Vereinigungen im politischen Raum keine Anschlussfähigkeit zu bieten, muss um diesen Konsens zumindest in Bezug auf rechtspopulistische Äußerungen vermehrt gerungen werden. Dort, wo Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten, ob organisiert oder unorganisiert, (vermeintliche) „Tabus“ brechen, muss diesen unmissverständlich und mit einem breiten Konsens entgegengetreten werden.

Das im Art. 7a der Landesverfassung neu formulierte Staatsziel ist deshalb auch eine permanente Selbstverpflichtung der Politik, die sich diesem neuen Ziel nicht entziehen kann. Stärker als bislang ist gerade ein Handlungskonzept wie das „Tolerante Brandenburg“ darauf angewiesen, dass die politisch Aktiven sich selbst in der Pflicht sehen, es mit Leben zu füllen und das eigene Handeln danach auszurichten.

Die Politik der klaren Haltung muss dabei glaubwürdig bleiben. Tatsächlich bestehende Probleme dürfen nicht kleingeredet werden. Und dort, wo Staat und Politik Änderungen zusagen, müssen diese Änderungen spür- und erlebbar werden. Gleichzeitig muss mit der Politik der klaren Signale auch verdeutlicht werden, dass man nicht vordergründig einen defizitorientierten Ansatz verfolgt, sondern berechnete Interessen auch dann angeht, wenn es (noch) keine breite Kritikwelle gibt.

Das Wesensmerkmal der Demokratie ist es, dass sie sich selbst immer wieder aufs Neue begründen muss. Sie ist auf die stetige Überprüfung ihrer strukturellen Voraussetzungen und auf eine aktive Bürgergesellschaft angewiesen; Demokratie ist mithin ein Prozess des Werdens. Diese Angewiesenheit der Demokratie auf eine engagierte und kontinuierliche Stabilisierung und Stärkung durch die Gesamtheit der demokratischen Kräfte unserer Gesellschaft bildet nach wie vor die Basis für ein tolerantes, weltoffenes, solidarisches und somit lebenswertes Land Brandenburg. Zugleich gilt: Erst durch Toleranz ist menschliches Zusammenleben möglich und sie schafft die notwendigen Voraussetzungen für die Entwicklung unserer Gesellschaft.⁴²

⁴² Vgl. Kleger, Heinz: „Tolerantes Brandenburg“ – staatliche und nichtstaatliche Handlungschancen. In: Julius H. Schoeps/Gideon Botsch/Christoph Kopke/Lars Rensmann (Hrsg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin 2007, S.165-171, hier S. 165.

Literaturverzeichnis

- „Tolerantes Brandenburg“. Handlungskonzept der Landesregierung gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Potsdam 1998, http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/handlungskonzept_1998.pdf (zuletzt gesichtet am 16.05.2018).
- Bürk-Matsunami, Thomas/Beate Selders: Fremdenfeindliche und rechtsextreme Übergriffe auf Imbissbuden im Land Brandenburg. Ein Forschungsbericht, o.O. 2004, http://www.opferperspektive.de/wp-content/uploads/2014/04/Anschlaege_Imbissbuden.pdf (zuletzt gesichtet am 16.05.2018).
- Demurray, Enrico/Gesine Enwaldt: Die Stadt gehört uns - Rechte Gewalt in Schwedt 1993 (Film), Erstausstrahlung ARD 1993, <https://www.youtube.com/watch?v=59iYMZfVpeY>, zuletzt gesichtet am 16.03.2018.
- Die Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg (Hrsg.): Annäherungen. Bericht der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg 2006, Potsdam 2006.
- Feist, Mario: Das „Fürstentum Germania“ – „Nicht rechts, nicht links, sondern vorne“? In: Dirk Wilking/Michael Kohlstruck (Hrsg.): Einblicke III. Ein Werkstattbuch, Potsdam 2010.
- Jaschke, Gabi/Kay Wendel: Wie alles anfang. In: Opferperspektive e.V. (Hrsg.): Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt. An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren. Münster 2013, S. 216-226.
- Kleffner, Heike/Mark Holzberger: Reform der polizeilichen Erfassung rechter Straftaten. In: CILIP. Bürgerrechte & Polizei, Nr. 77, Heft 1/2004, S. 56-64.
- Kleger, Heinz: „Tolerantes Brandenburg“ – staatliche und nichtstaatliche Handlungschancen. In: Julius H. Schoeps/Gideon Botsch/Christoph Kopke/Lars Rensmann (Hrsg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin 2007, S.165-171.
- Kopke, Christoph/Gebhard Schultz: Forschungsprojekt „Überprüfung umstrittener Altfälle Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt im Land Brandenburg seit 1990“. Abschlussbericht, Potsdam 2015, https://mik.brandenburg.de/media_fast/4055/MMZ_Abschlussbericht.pdf (zuletzt gesichtet am 16.05.2018).
- Kraus, Matthias: „Fast kein Tag ohne Ausländerfeindlichkeit“. Almuth Berger stellt Bericht der Landesregierung vor / Kritik an geplanter Flüchtlings-Rückführung. In: Berliner Zeitung, 27.02.1997, <https://www.berliner-zeitung.de/almuth-berger-stellt-bericht-der-landesregierung-vor---kritik-an-geplanter-fluechtlings-rueckfuehrung--fast-kein-tag-ohne-auslaenderfeindlichkeit--16541454> (zuletzt gesichtet am 16.05.2018).
- Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1997, Potsdam 1998, http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/VSB_1997.pdf (zuletzt gesichtet am 16.05.2018).
- Möller, Kurt: Politische Programme zur pädagogischen und sozialarbeiterischen Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt – Aktuelle Ansätze und ihre Probleme aus der Praxisperspektive. In: Journal für Konflikt und Gewaltforschung, Vol. 4, 1/2002, S. 74-100.
- Opferperspektive e.V. (Hrsg.): Mobiler Fachtag. 29. September 2006. Rechtsextremismus in Brandenburg – Einblicke vor Ort, Potsdam 2006.
- Opferperspektive: Die Opfer in den Blickpunkt rücken. Von der Analyse der Tätergesellschaft zur Förderung von Solidarisierungsprozessen mit den Betroffenen. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Was tun gegen rechts, Berlin 1999, S. 46-57.
- Platzeck, Matthias: Modernisierung mit märkischer Prägung - Regierungserklärung von Ministerpräsident Matthias Platzeck, 13.11.2002, <http://brandenburg.de/cms/detail.php/bb2.c.415854.de> (zuletzt gesichtet am 16.05.2018).
- RAA Brandenburg (Hrsg.) in Kooperation mit der Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg: 10 Jahre Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie, Potsdam 2008.
- Rautenberg, Erardo Cristoforo: Die Verfolgung rechtsextremer Straftaten im Land Brandenburg und deren mögliche Ursachen. In: Julius H. Schoeps/ Gideon Botsch/Christoph Kopke/Lars Rensmann (Hrsg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin 2007, S. 221-229.

- Roos, Alfred: Das Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. In: RAA Brandenburg (Hrsg.): 10 Jahre Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie, Potsdam 2008.
- Schlamann, Gabriele: Die Auseinandersetzung mit dem „Fürstentum Germania“ in der Gemeinde Plattenburg 2009. In: Dirk Wilking/Michael Kohlstruck (Hrsg.): Einblicke III. Ein Werkstattbuch, Potsdam 2010, S. 125-139.
- Staud, Toralf: „Ich wollte es nicht wahrhaben“ (Gespräch mit Manfred Stolpe). In: DIE ZEIT, Nr. 39, 21.09.2000, https://www.zeit.de/2000/39/Ich_wollte_es_nicht_wahrhaben/komplettansicht (zuletzt gesichtet am 16.05.2018).
- Stolpe, Manfred: „Den Brandenburger Weg neu bestimmen.“ Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Manfred Stolpe, vor dem Brandenburgischen Landtag am 20. August 1997, <http://www.stk.brandenburg.de/reden/1997/p2008a.htm> (zuletzt gesichtet am 16.05.2018).
- Schubarth, Wilfried/Michael Kohlstruck/Manfred Rolfes: Expertise zum Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“, Potsdam 2014.
- Wilking, Dirk: Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aufnehmen: 20 Jahre mobile Beratung im Land Brandenburg. In: Ders./Michael Kohlstruck (Hrsg.): Einblicke IV. Ein Werkstattbuch, Potsdam 2012, S. 16-29.

Anhang

Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner des „Toleranten Brandenburgs“

Seit 2005

- Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V.
- Landessportbund Brandenburg e.V.

Seit 2006

- AOK Nordost - Die Gesundheitskasse
- Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Berlin-Brandenburg
- Landesjugendring Brandenburg e.V.
- Landkreis Elbe Elster
- LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Brandenburg

Seit 2007

- Internationale Jugendgemeinschaftsdienste Landesvereine Berlin, Brandenburg, Sachsen e.V.
- LAG mobile Jugendarbeit Streetwork Brandenburg e.V. c/o Lindenpark Potsdam
- Landesfeuerwehrverband Brandenburg e. V., Projekt "Ohne Blaulicht"
- Landeskoordinierungsstelle für LesBiSchwule Belange/AndersARTIG e.V.
- Technisches Hilfswerk, Länderverband Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt
- TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH
- LAG Jugendkunstschule und kulturpädagogische Einrichtungen Brandenburg e.V.

Seit 2008

- Stadt Oranienburg
- Lausitzer Energie AG (vorm. Vattenfall Europe Mining AG und Vattenfall Europe Generation AG Cottbus)
- Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg
- Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz K.d.ö.R.

Seit 2009

- Deutscher Hotel- und Gaststättenverband Brandenburg e.V. (DEHOGA)
- Handelsverband Berlin Brandenburg e.V.
- Seniorenrat des Landes Brandenburg e.V.
- Fußball-Landesverband Brandenburg e.V.
- Katholisches Büro Berlin- Brandenburg des Erzbistums Berlin K.d.ö.R.
- Landeschülerrat Gremiengeschäftsstelle im MBSJ

Seit 2010

- Deutsches Jugendherbergswerk Landesverband Berlin - Brandenburg e.V.
- Stadt Königs Wusterhausen - Präventionsrat

Seit 2011

- Arbeitslosenverband Deutschland, Landesverband Brandenburg e.V.
- Berlin-Brandenburgische Landjugend e.V.
- Brandenburger Landfrauenverband e.V.
- Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.
- Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg e.V.

Seit 2013

- Verband der Campingwirtschaft im Land Brandenburg e.V.
- LTV Landestourismusverband Brandenburg e.V.
- GSE Protect - Gesellschaft für Sicherheit und Eigentumsschutz mbH

Seit 2014

- Gemeinde Schorfheide
- Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg e.V.
- Interessensgemeinschaft Energieroute der Lausitzer Industriekultur c/o Bergbautourismusverein Stadt Welzow e.V.

Seit 2016

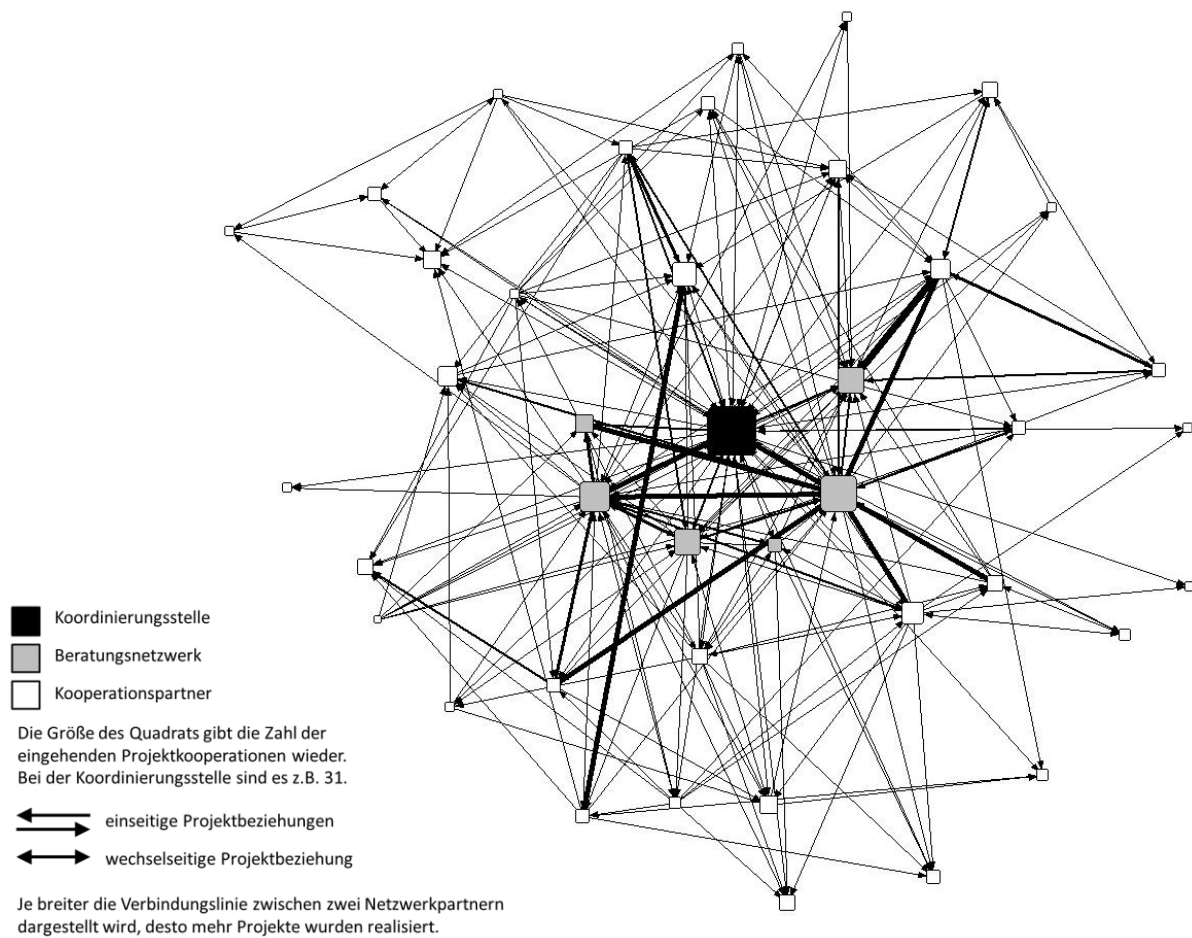
- Zalando SE

-pro agro - Verband zur Förderung des ländlichen Raumes in der Region Brandenburg-Berlin e.V.

Seit 2017

- BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V.
- Fachverband Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit Brandenburg (FJB) e.V.

Gemeinsame Aktivitäten und Projektbeziehungen im Netzwerk des „Toleranten Brandenburgs“



Quelle: Befragung zur Analyse des Netzwerks „Tolerantes Brandenburg“, in: Schubarth, Wilfried/Michael Kohlstruck/Manfred Rolfes: Expertise zum Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“, Potsdam 2014.